

- **Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende**
- **Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich.** Prognose für 2022 bis 2024
- **Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022
- **Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2023

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



96. Jahrgang, Heft 1/2023

3-18 ■ **Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende**

Gabriel Felbermayr

Multiple und gleichzeitige Herausforderungen wie die noch immer nicht ganz bewältigte COVID-19-Pandemie, Verwerfungen in den globalen Lieferketten, die durch den Ukraine-Krieg verschärfte Energiekrise, die grüne Transformation und vor allem geopolitische Rivalitäten bewirken eine Wiederentdeckung der Industriepolitik. Viele Länder setzen auf Subventionen, Beschränkungen des Außenhandels und der Direktinvestitionen sowie auf Ausnahmen im Wettbewerbsrecht, um die heimische Industrie zu fördern. Auch in Europa stellt sich die Frage, wie mit diesen neuen Bedingungen umgegangen werden soll. Statt industriespezifische Subventionen oder Ausnahmen im Wettbewerbsrecht auszubauen, sollte eine umfassende Standortpolitik betrieben werden. Die staatlichen Mittel sollten auf den Ausbau der erneuerbaren Energie, der Infrastruktur und auf eine Ausbildungsoffensive konzentriert werden. Auf EU-Ebene besteht die beste Industriepolitik darin, den Binnenmarkt weiter zu vertiefen und zu dynamisieren.

Industrial Policy After the Geopolitical Turning Point

19-33 ■ **Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024**

Stefan Ederer, Christian Glocker

Der internationale Konjunkturabschwung hat im 2. Halbjahr 2022 auch die österreichische Wirtschaft erfasst. Das BIP dürfte im Winterhalbjahr zurückgehen. Für das Frühjahr 2023 werden wieder Impulse aus dem Außenhandel erwartet. Die allmähliche Entspannung auf den Energiemärkten dämpft die Inflation und dürfte dazu beitragen, dass sich die Stimmung im Lauf der Zeit verbessert und die Konjunktur wieder anzieht. 2022 wird Österreichs Wirtschaftsleistung um 4,7% wachsen. 2023 dürfte das BIP weitgehend stagnieren (+0,3%). 2024 erhöht sich das Wachstum auf 1,8%.

Global Economic Downturn Hits Austria. Economic Outlook for 2022 to 2024

34 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

35-43 ■ **Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung zeigen für 2022 eine gedämpfte Investitionsnachfrage. Nach Branchen ist das Bild gemischt. Während einige Sektoren wie etwa das Gastgewerbe von einem starken Einbruch ihrer Investitionstätigkeit im Jahr 2022 berichten, melden Unternehmen anderer Branchen, etwa Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, weiterhin eine kräftige Expansion. Sachgütererzeuger sind hinsichtlich ihrer Investitionspläne zwar deutlich zurückhaltender als Dienstleister, diese planen jedoch für 2023 abermals eine Einschränkung ihrer Investitionstätigkeit. Großbetriebe dürften ihre Investitionen 2023 stärker ausweiten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten dienen Investitionen dem Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen als Investitionszweck lediglich eine untergeordnete Rolle.

Investment Plans for 2023 Significantly Reduced. Results of the Autumn 2022 WIFO-Investitionsbefragung

- 45-62 ■ **Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte.** Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"
Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

Die privaten Haushalte sehen sich durch die jüngsten Preisanstiege, vor allem in den Bereichen Treibstoffe, Haushaltenergie und Lebensmittel, mit Herausforderungen konfrontiert. Dies zeigen die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung, die das Österreichische Gallup Institut Anfang Oktober 2022 im Auftrag des WIFO durchführte. Ein Großteil der Befragten gab an, der Teuerung durch Verhaltensanpassungen wie den Kauf von günstigen Produktalternativen oder Energieeinsparungen begegnen zu wollen. Zur Energieersparnis tätigten bzw. planten Teile der Befragten größere Anschaffungen im Haushalt, vor allem Personen in Haushalten mit höheren Einkommen. Durch die gestiegenen Ausgaben sehen sich insbesondere Personen in einkommensschwachen Haushalten genötigt, auf Sparrücklagen zurückzugreifen, falls solche überhaupt vorhanden sind. Sofern die kräftige Teuerung anhält, werden jedoch auch Personen in Haushalten mit mittleren Einkommen vermehrt Sparreserven auflösen müssen. Infolge des Anstiegs der Finanzierungskosten und des erhöhten Eigenmittelbedarfs gab lediglich rund ein Drittel der Befragten an, bereits geplante Vorhaben im Bereich des Immobilienerwerbs und der Sanierung unverändert realisieren zu wollen.

High Uncertainty Shapes Assessments of Private Households. Results of a Survey on "Inflation", "Heating", "Credit Financing" and "Saving"

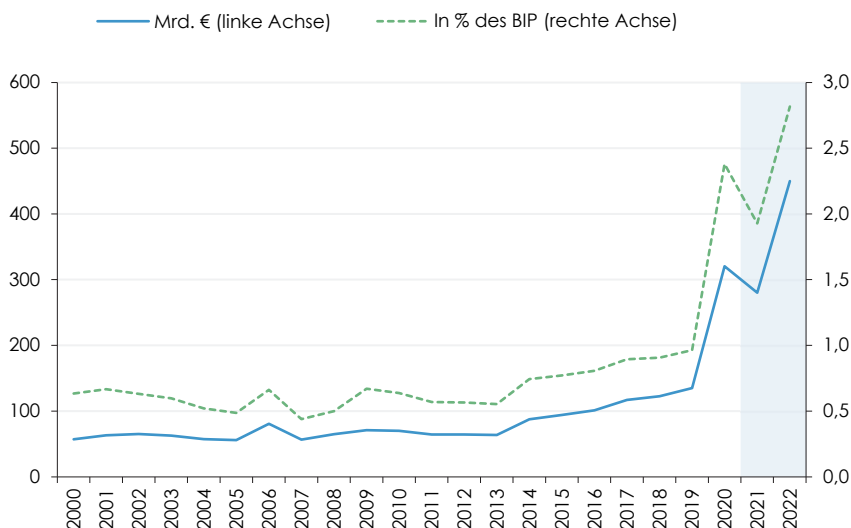
- 63-75 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**
Economic Indicators

Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende

Gabriel Felbermayr

- Multiple Herausforderungen – COVID-19, Lieferkettenkrise, Energiekrise, grüne Transformation und vor allem geopolitische Rivalitäten – bewirken eine Wiederentdeckung der Industriepolitik.
- Subventionen, Beschränkungen des Außenhandels und der Investitionen werden von vielen Ländern sehr strategisch eingesetzt, um die heimische Industrie zu fördern.
- In Europa stellt sich die Frage, wie mit diesen neuen Bedingungen umgegangen werden soll.
- Statt industriespezifische Subventionen oder Ausnahmen im Wettbewerbsrecht auszubauen, sollte eine umfassende Standortpolitik betrieben werden.
- Die staatlichen Mittel sollten auf den Ausbau der erneuerbaren Energie, der Infrastruktur und auf eine Ausbildungsoffensive konzentriert werden.
- Auf EU-Ebene besteht die beste Industriepolitik darin, den Binnenmarkt weiter zu vertiefen und zu dynamisieren.

Bei der Europäischen Kommission notifizierte EU-weite Staatshilfen



"Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie leidet unter hohen Energiekosten. Den Wohlstand von morgen sichern jedoch nicht immer neue und immer höhere schuldenfinanzierte Subventionen für einzelne Sektoren, sondern ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energie, eine Infrastrukturoffensive und Investitionen in Bildung."

Staatshilfen für Unternehmen steigen in der EU seit 2012 deutlich an und dürften im Jahr 2022 auf mehr als 400 Mrd. € oder 2,8% des Bruttoinlandsproduktes geklettert sein (Q: Eurostat, 2021 und 2022: Prognose).

Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende

Gabriel Felbermayr

Industriepolitik nach der geopolitischen Zeitenwende

Multiple und gleichzeitige Herausforderungen wie die noch immer nicht ganz bewältigte COVID-19-Pandemie, Verwerfungen in den globalen Lieferketten, die durch den Ukraine-Krieg verschärfte Energiekrise, die grüne Transformation und vor allem geopolitische Rivalitäten bewirken eine Wiederentdeckung der Industriepolitik. Viele Länder setzen auf Subventionen, Beschränkungen des Außenhandels und der Direktinvestitionen sowie auf Ausnahmen im Wettbewerbsrecht, um die heimische Industrie zu fördern. Auch in Europa stellt sich die Frage, wie mit diesen neuen Bedingungen umgegangen werden soll. Statt industriespezifische Subventionen oder Ausnahmen im Wettbewerbsrecht auszubauen, sollte eine umfassende Standortpolitik betrieben werden. Die staatlichen Mittel sollten auf den Ausbau der erneuerbaren Energie, der Infrastruktur und auf eine Ausbildungsoffensive konzentriert werden. Auf EU-Ebene besteht die beste Industriepolitik darin, den Binnenmarkt weiter zu vertiefen und zu dynamisieren.

JEL-Codes: L50, L60 • **Keywords:** Wirtschaftliche Entwicklung, Industriepolitik

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 1. 2023

Kontakt: Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at)

Industrial Policy After the Geopolitical Turning Point

Multiple and simultaneous challenges such as the COVID-19 pandemic, which has still not been fully addressed, dislocations in global supply chains, the energy crisis exacerbated by the Ukraine war, the green transformation and, above all, geopolitical rivalries are causing a rediscovery of industrial policy. Many countries are relying on subsidies, restrictions on foreign trade and direct investment, and exemptions in competition law to promote domestic industry. In Europe, too, the question is how to deal with these new conditions. Instead of expanding industry-specific subsidies or exceptions in competition law, a comprehensive location policy should be pursued. Government funds should be concentrated on the expansion of renewable energy, infrastructure, and a training offensive. At the EU-level, the best industrial policy is to further deepen and dynamise the internal market.

1. Einleitung

In vielen Ländern Europas haben jüngste Entwicklungen zu Sorgen über eine Deindustrialisierung und zu einem neuen Nachdenken über Industriepolitik geführt. Die einzelnen Länder reagieren auf das veränderte Umfeld u. a. mit Subventionszahlungen, einer protektionistischeren Außenwirtschaftspolitik und mit Ausnahmen für strategische Sektoren oder Produkte im Wettbewerbs- und Beihilferecht. Solche Maßnahmen können bestenfalls kurzfristig Anpassungen erleichtern. Langfristig geht es vor allem um die Sicherung einer umfassend definierten Standortqualität.

In der Tat ist die Zukunftsfähigkeit Europas als Industriestandort bedroht. Der Überfall Russlands auf die Ukraine treibt die Preise für fossile Energieträger, die für die Industrie von hoher Standortrelevanz sind. Die Abkehr von fossilen Energieträgern schafft Unsicherheit über die zukünftige Energieversorgung in Europa. Globale Lieferketten haben sich in den multiplen Krisen der letzten Jahre als verletzlich erwiesen. Der Arbeitskräftemangel und seine erwartete Verschärfung

werfen die Frage auf, ob große Industrieprojekte in Zentraleuropa überhaupt noch realisierbar sind. Und die sich zuspitzende geostrategische Rivalität zwischen Groß- und Mittelmächten, zwischen Autokratien und Demokratien, und zwischen marktwirtschaftlichen und staatskapitalistischen Systemen erschüttert das Fundament der Weltwirtschaftsordnung, wodurch Industrieunternehmen mit ihren traditionell hohen Exportquoten großen Unsicherheiten auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten im Ausland gegenüberstehen. Auf EU-Ebene und in den großen Mitgliedsländern sind eine breite Palette an industriepolitischen Maßnahmen mit hohen Finanzierungsvolumina im Gespräch. Auch für Österreich stellt sich die Frage: Wie soll sich eine kleine offene Volkswirtschaft in einem solchen Umfeld aufstellen?

Diese Frage ist aus mindestens drei Gründen von großer Bedeutung. Erstens ist der Industriesektor von gesellschaftspolitischer Relevanz. Dabei geht es nicht nur um seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder um seinen Anteil an der Gesamtbeschäftigung.

Politisch höchst relevant ist vor allem, dass die Industrie gutbezahlte und relativ sichere Arbeitsplätze für Personen mittlerer Qualifikation bietet, und das nicht selten in ländlichen Gegenden. Die Literatur zeigt sehr klar, dass Deindustrialisierung von Regionen mit einem Wegbrechen des Mittelstandes und zunehmender ökonomischer Polarisierung verbunden ist (siehe etwa Autor et al., 2021; Dauth et al., 2017). In der Industrie, und dort besonders in exportierenden Betrieben, werden bei gleicher Qualifikation, Berufserfahrung, gleichem Alter, usw. vergleichsweise höhere Löhne gezahlt (siehe dazu Elvery & Dunn, 2021; Felbermayr et al., 2018). Schließlich ist die Industrie auch eine wichtige Nachfragerin verschiedenster Dienstleistungen und nimmt in nationalen und EU-weiten Wertschöpfungsnetzwerken eine zentrale Stellung ein.

2. Empirische Befunde

2.1 Langfristiger Rückgang der relativen Bedeutung der Industrie

Die statistische Abgrenzung des Industriesektors ist nicht unproblematisch. Neben einer engen Definition, die nur die Herstellung von Waren (NACE 2008, Abschnitt C) in den Blick nimmt, kann man der Industrie auch die Energie- und Wasserwirtschaft, den Bergbau, oder sogar die Bauwirtschaft zurechnen. Dazu kommt, dass sich die Klassifikations-schemata immer wieder ändern, was für die Darstellung von Zeitreihen wichtig ist. Außerdem stellen sich selbst bei der engen Definition konzeptuelle Abgrenzungsfragen. Wenn Industriebetriebe bisher im Haus erledigte Dienstleistungsaufgaben auslagern, etwa IT-Services, dann sinkt die Industriewertschöpfung, obwohl realwirtschaftlich keine fundamentale Veränderung erfolgt. Bezieht man unternehmensnahe Dienstleistungen ein und definiert so einen breiten "servo-industriellen" Sektor, dann steigt der Wertschöpfungsanteil deutlich an. Laut Industriellenvereinigung erzeugt dieser Bereich mehr als die Hälfte des heimischen BIP¹⁾.

In Österreich machte der produzierende Bereich nach Angaben von Eurostat im Jahr 2021 19,4% des BIP aus; zieht man den Bergbau sowie die Energie- und Wasserversorgung ab, so liegt der Anteil bei 16,5% des BIP. Etwa ein Sechstel der heimischen Bruttowertschöpfung wird also in der eng definierten Industrie (Herstellung von Waren) erwirtschaftet. Dieser Anteil mag im Vergleich zum dominierenden Dienstleistungssektor klein erscheinen. Dennoch ist Österreich immer noch klar ein Industrieland; der Wertschöpfungsanteil der Industrie liegt seit etwa 2000

Zweitens hat die Industrie auch für die gesamtwirtschaftliche Dynamik eine herausragende Bedeutung. Das liegt vor allem daran, dass im quantitativ viel größeren Dienstleistungssektor das Produktivitätswachstum langsamer ist (Peneder & Prettnner, 2021).

Und drittens ist die Industrie geostrategisch außerordentlich wichtig. Sie verwendet importierte Rohstoffe und setzt ihre Erzeugnisse weltweit ab. Damit ist der Erfolg der heimischen Industrie auch von Maßnahmen ausländischer Regierungen abhängig. Für den Dienstleistungssektor gilt das nur in einzelnen Teilbereichen (wie IT oder Finanzen), und auch dort in geringerem Ausmaß. Dazu kommt, dass die Industrie auch sicherheitspolitisch wichtig ist. In Zeiten geostrategischer Rivalitäten ist eine hinreichend große Industrie für die Sicherung der strategischen Autonomie unerlässlich.

Die Industrie hat gesellschaftspolitisch, geostrategisch und für die gesamtwirtschaftliche Dynamik eine herausragende Bedeutung.

um fast 2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt (Abbildung 1, obere Grafik).

Neben Deutschland haben nur einige Länder in Osteuropa höhere Industrieanteile als Österreich. Hier sticht vor allem Tschechien heraus; aber auch in Slowenien, der Slowakei, Ungarn und Polen trägt die Industrie relativ stärker zum BIP bei; pro Kopf sind die Wertschöpfungsbeiträge der Industrie in diesen Ländern jedoch deutlich kleiner als in Österreich. Die anderen EU-Länder liegen deutlich hinter Österreich zurück. Am niedrigsten ist der Industrieanteil in Luxemburg (4,8% des BIP). In den großen EU-Volkswirtschaften Italien und Frankreich liegt er bei 14,9% bzw. 8,9% des BIP.

In Österreich und in den meisten anderen EU-Ländern ist der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt im langfristigen Trend rückläufig. Im EU-Durchschnitt ist er im Zeitraum 1995 bis 2021 von etwa 18% auf 15% gesunken (Abbildung 1, untere Grafik). Österreich konnte sich diesem Abwärtstrend zumindest teilweise entziehen. Von ähnlichem Niveau ausgehend blieb der Anteil der industriellen Wertschöpfung hierzulande zunächst konstant; rund um die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 sank der Anteil dann abrupt um etwa 2 Prozentpunkte; seither verharrt er annähernd auf demselben Niveau. Es ist also nicht so, dass die Öffnung der EU gegenüber Ostmitteleuropa und der dortige industrielle Aufschwung zu Lasten Österreichs gegangen wären. Für Deutschland gilt Ähnliches, wie auch Dauth et al. (2017) ökonometrisch belegen. Dort ist allerdings seit 2016 ein spürbarer Rückgang des Wertschöpfungsanteils der Industrie

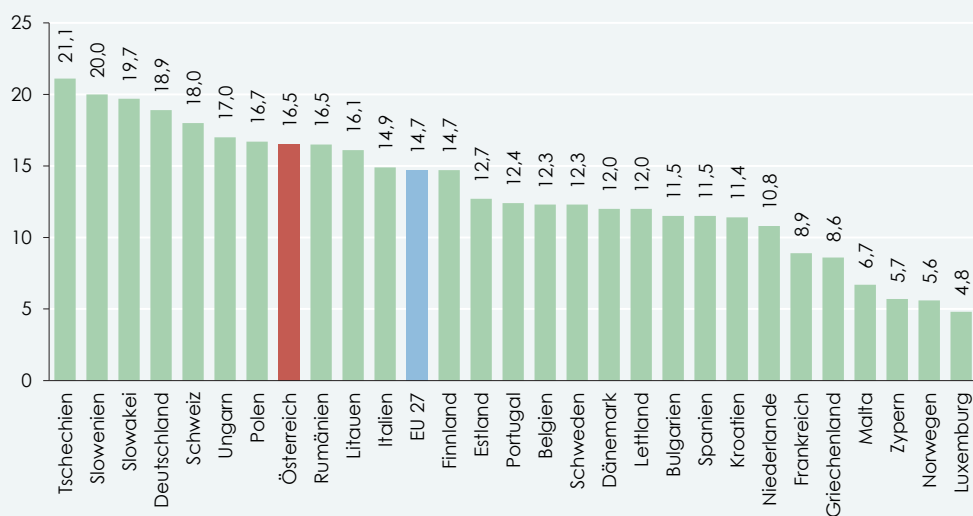
¹⁾ <https://www.iv.at/Unsere-Industrie/Unsere-Industrie/Das-Industrieland--sterreich/Das-Industrieland-Oesterreich.de.html>.

festzustellen. Lag dieser 2016 noch bei 20,7%, ist er mittlerweile auf 18,9% gesunken. Österreich hat sich erfolgreich diesem negativen Trend beim wichtigsten Handelspartner entzogen. Auch Tschechien, das EU-Land mit

dem höchsten Industrieanteil am BIP, musste in den letzten Jahren einen Rückgang verbuchen. Viel dramatischer war dieser allerdings in Luxemburg.

Abbildung 1: Anteil der Herstellung von Waren am Bruttoinlandsprodukt

2021, in %



Veränderung in Prozentpunkten



Q: Eurostat, WIFO-Darstellung, NACE 2008, Abschnitt C.

In den USA und in den meisten EU-Ländern ist der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt rückläufig. Österreich ist davon weniger betroffen.

Außerhalb der EU bestehen ebenfalls große Unterschiede hinsichtlich des Wertschöpfungsanteils der Industrie. Im Vereinigten Königreich hat sich der Anteil seit 1995 fast halbiert und beträgt nunmehr weniger als 9% (2021). Auch in den USA ist der Anteil deutlich gesunken (von 16,5% auf 10,7%). Interessant ist hierbei, dass die Anstrengungen der dortigen Regierung, industrielle Wertschöpfung zurück in die USA zu holen, den Niedergang nicht aufhalten konnten; im Gegenteil,

im Vergleich zum Fünfjahresabschnitt 2010/2015 hat er sich beschleunigt. Verglichen mit den USA hat die EU deutlich weniger an industrieller Substanz verloren. Nahe an großen Märkten gelegene und handelspolitisch gut integrierte Schwellenländer wie Mexiko (Unterzeichner des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA²⁾) und die Türkei (Mitglied der EU-Zollunion) konnten ihre Anteile nach Jahren des Rückgangs ab 2011 ausbauen. Im Länderquerschnitt

²⁾ Seit 2020 "USMCA US-Mexico-Canada Agreement".

stechen ostasiatische Länder, allen voran China, aber auch Korea mit hohen Industrieanteilen hervor. Doch auch dort geht die

relative Bedeutung der Industrie zurück. Seit 1995 dürfte der Industrieanteil in China um ganze 10 Prozentpunkte geschrumpft sein.

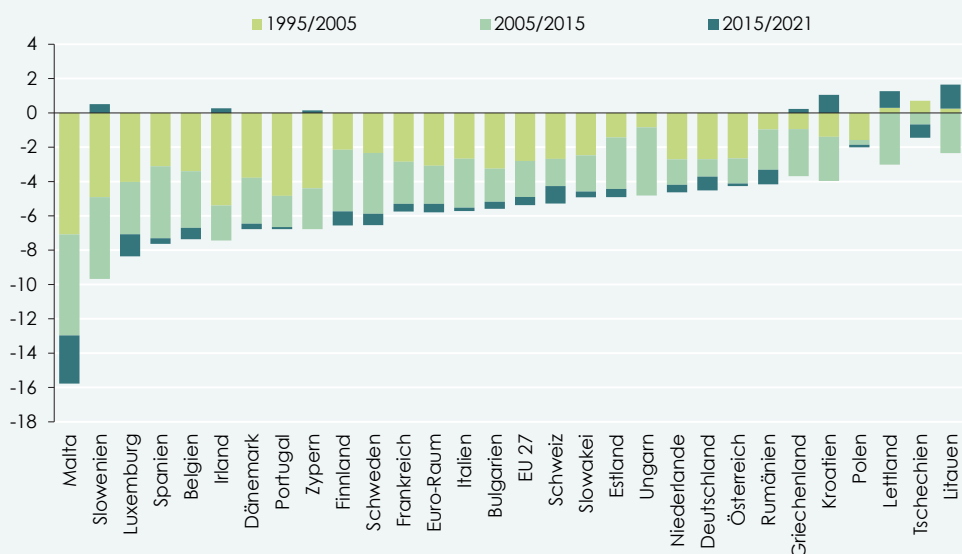
Übersicht 1: Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

	1995	2000	2005	2010	2015	2021
	In %					
Vereinigtes Königreich	15,3	13,2	10,5	9,5	9,2	8,8
Kanada	.	17,0	13,4	10,0	10,0	.
USA	16,5	15,1	13,0	11,9	11,7	10,7
EU	18,1	17,5	15,8	14,5	15,3	14,7
Indien	17,9	15,9	16,0	17,0	15,6	14,0
Türkei	22,6	18,7	16,9	15,1	16,7	22,2
Mexiko	19,2	19,0	15,7	15,6	17,2	18,1
Japan	23,5	22,5	21,4	20,8	20,5	19,4
Korea	25,8	26,4	25,7	27,4	26,6	25,5
China ¹⁾	37,4	35,0	32,1	31,6	29,0	27,4

Q: Weltbank. NACE 2008, Abschnitt C. – 1) Werte für 1995 und 2000 geschätzt.

Abbildung 2: Anteil der Beschäftigung in der Herstellung von Waren an der Gesamtbeschäftigung

Veränderung in Prozentpunkten



Q: Eurostat, WIFO-Darstellung. NACE 2008, Abschnitt C.

Betrachtet man statt des Wertschöpfungsanteils den Anteil der Industrie an der Gesamtbeschäftigung (Abbildung 2), so sieht das Bild sehr ähnlich aus. In allen dargestellten Ländern ist der Anteil der Beschäftigten, die in der Industrie arbeiten, zurückgegangen, teilweise sehr deutlich. In den meisten Ländern ist er stärker geschrumpft als der Anteil der Industrie am BIP. Daran zeigt sich das oben erwähnte kräftigere Produktivitätswachstum in der Industrie. Die eingangs skizzierten Vorteile einer Beschäftigung im Industriesektor kommen somit einem immer kleineren Anteil von Arbeitnehmer:innen zugute.

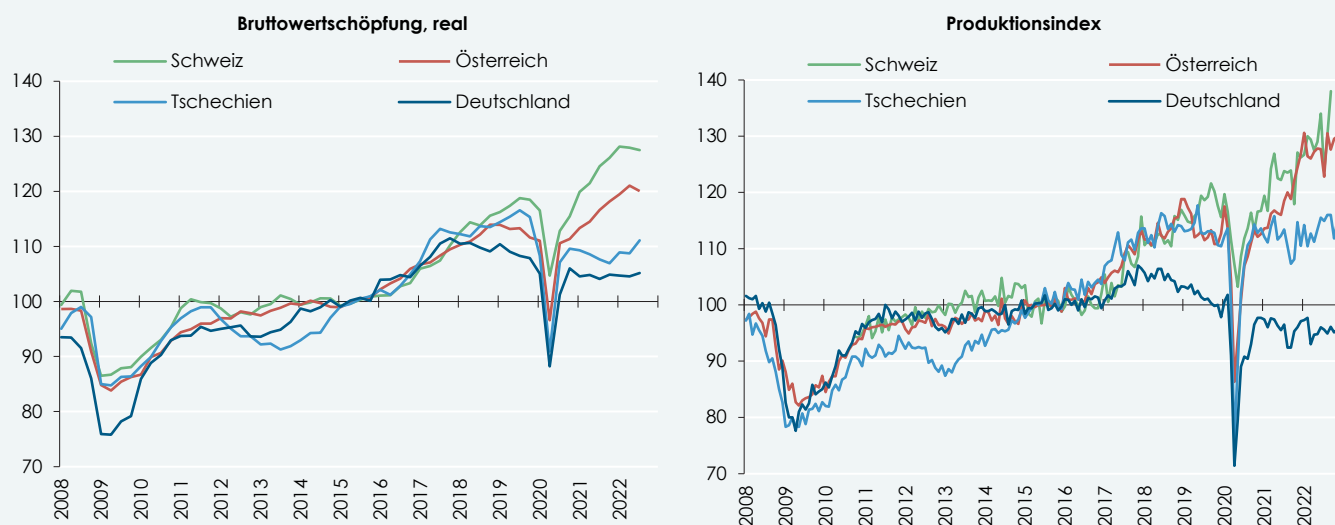
2.2 Die besondere Schwäche im industriellen Kernland Europas

Bisher lag das Augenmerk auf dem Anteil der Industrie am BIP oder an der Gesamtbeschäftigung. Das sind interessante Indikatoren, zeigen sie doch die Struktur einer Volkswirtschaft. Allerdings ist ein Anstieg des Industrieanteils auch in Situationen möglich, in denen die Industriewertschöpfung in absoluten Zahlen zurückgeht, nämlich dann, wenn diese schwächer abnimmt als das BIP. Daher braucht es auch den Blick auf die Niveaugrößen.

Abbildung 3 zeigt in der linken Grafik die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in der Industrie – hier in der breiten Definition einschließlich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung – für Österreich und drei seiner Nachbarländer (Deutschland, Tschechien und die Schweiz). Anders als in den vorhergegangenen Abbildungen ist hier kein Anteil, sondern ein Index der absoluten, preisbereinigten Wertschöpfung ausgewiesen (2015 = 100, saison- und arbeitstags-

bereinigt). Außerdem wurde auf eine vierteljährliche Frequenz und höchstmögliche Aktualität geachtet. Die Zeitreihe endet mit dem III. Quartal 2022. In den betrachteten Zeitraum fallen drei Krisen: die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, die Euro-Schuldenkrise 2012/2014 und die COVID-19-Krise 2020; am aktuellen Rand sind auch erste Auswirkungen der aktuellen Teuerungskrise erkennbar.

Abbildung 3: **Bruttowertschöpfung und Produktionsindex in der Industrie**
2015 = 100, saison- und arbeitstagsbereinigt



Q: Eurostat. Wertschöpfung: NACE 2008, Abschnitte B bis E; Produktion: NACE 2008, Abschnitte B bis D.

In allen dargestellten Ländern ist die reale Bruttowertschöpfung der Industrie seit 2015 gestiegen. Zwischen den Ländern sind jedoch markante Unterschiede feststellbar. In Deutschland liegt der aktuellste Wert um etwa 5% über dem Niveau von 2015, in Tschechien um 11%, in Österreich um 20% und in der Schweiz gar um 28%. Bis einschließlich 2017 entwickelte sich die Bruttowertschöpfung der vier Länder relativ ähnlich; danach kam es zu einer starken Divergenz. Deutschland, und mit einer gewissen Verzögerung auch Tschechien, verzeichneten Rückgänge. In Deutschland sank sie seit dem III. Quartal 2017 um fast 6%, in Tschechien um mehr als 1%. In Österreich und der Schweiz hingegen lag die reale Bruttowertschöpfung der Industrie zuletzt um fast 8% über dem Niveau vor der COVID-19-Krise. Die Daten zeigen also eindeutig eine Schwäche der deutschen Industrie.

Wertschöpfungsmaße hängen stark von der Gestaltung der industriellen Wertschöpfungsketten ab. Je mehr Dienstleistungen aus Industrieunternehmen ausgelagert werden, umso kleiner erscheint die Bruttowertschöpfung, obwohl der Output der Industrie möglicherweise gar nicht abnimmt. Daher ist es

zweckmäßig, auch Produktionsindizes zu betrachten (Abbildung 3, rechte Grafik). Der Blick darauf verstärkt das bereits gewonnene Bild. Seit Mitte 2017 befindet sich die deutsche Industrie in einer trendmäßigen Rezession, während in Österreich und der Schweiz die Produktion stark zugenommen hat. Zudem zeigt sich, dass die Industrieproduktion in Deutschland noch stärker zurückgegangen ist als die Bruttowertschöpfung. Damit ist wohl nicht die zunehmende Auslagerung von Dienstleistungen der Hauptgrund für den Rückgang der Wertschöpfung, sondern die Abnahme des Produktionsvolumens. Allerdings dürfte die Wertschöpfungstiefe (Wertschöpfung pro Outputeinheit) in Deutschland etwas gestiegen sein. In Österreich und der Schweiz hat die Produktion deutlich stärker zugenommen als die Bruttowertschöpfung, sodass hier Auslagerungen in andere Sektoren oder ins Ausland eine Rolle gespielt haben könnten, während die Wertschöpfungstiefe offenbar gesunken ist.

Betrachtet man die gesamte EU, so zeigt sich, dass sowohl die reale Bruttowertschöpfung als auch die Produktion nach der Krise von 2008/09 nur zögerlich gewachsen sind.

Erst 2017 übertraf die Industrieproduktion das Niveau von 2007; 2021 lag sie dann über dem Niveau vor der COVID-19-Krise. Damit unterscheidet sich die Entwicklung auf EU-Ebene von jener in Deutschland oder Österreich, wo die Produktion deutlich dynamischer wuchs. Die reale Bruttowertschöpfung der Industrie erreichte in der EU schon 2015 das Niveau von 2007 und erholte sich danach trotz des COVID-19-Einbruchs kräftig. Österreichs Industrie erlebte hingegen weder die Schwächephase während der Euro-Schuldenkrise, noch – anders als Deutschland – eine trendmäßige Schrumpfung seit 2017.

Die deutsche Industrieschwäche ist für Europa keine gute Nachricht. Sie schwächt den Kontinent geostrategisch. Sie setzt Lieferanten im deutschen Wertschöpfungsnetzwerk Risiken aus. Und sie könnte einer neuen, stark nationalistisch geprägten Industriepolitik die Bahn brechen. Daher ist es wichtig, die Gründe der deutschen Malaise zu verstehen, um auch für Europa und Österreich die richtigen Schlussfolgerungen abzuleiten.

Die globalen Rahmenbedingungen – etwa die hohe Unsicherheit durch die protektionistische Handelspolitik von Präsident Trump oder die Schwierigkeiten in den globalen Lieferketten – sind keine plausiblen Erklärungen, denn sie gelten auch für die anderen Länder. Auch der Wechselkurs oder industriefeindliche Regulierungen durch die EU taugen nicht als Erklärung – sie müssten auch die Dynamik der österreichischen Industrie schwächen. Es scheinen also eher Faktoren zu sein, die spezifisch für Deutschland sind. Offenbar hat Deutschland ein

Standortproblem: entweder treffen die für alle Industrieländer wirksamen Herausforderungen das deutsche Industriemodell besonders stark – etwa weil es überproportional auf den stark exponierten Automobilsektor angewiesen ist – oder es sind spezifisch deutsche binnenwirtschaftliche Faktoren für seine Industrieschwäche verantwortlich.

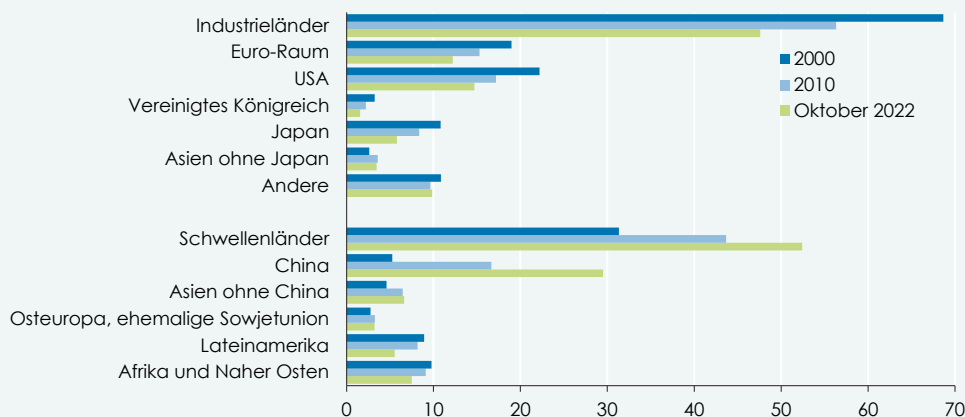
2.3 Geopolitik: Dominanz der westlichen Industrie zu Ende

Aus geopolitischer Perspektive ist der Anteil von Ländern oder Länderblöcken an der weltweiten Industriewertschöpfung von Interesse. Bis 2021 konnte der "Westen", statistisch erfasst in der Gruppe der OECD-Länder, noch mehr als 50% der globalen Bruttowertschöpfung auf sich vereinen. In den letzten 25 Jahren ist sein Anteil allerdings dramatisch geschrumpft und lag 2022 bereits unter 50%. Der Anteil Chinas ist hingegen deutlich gewachsen und beträgt derzeit etwa 30%. Auf die EU und die USA entfallen ähnliche Anteile – aktuell jeweils etwa 15,5%; Japan stellt einen Anteil von 7%. Bis auf China spielen Schwellenländer nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Indien, das China 2022 hinsichtlich der Bevölkerungszahl überholt haben dürfte, hat seinen Anteil an der globalen industriellen Wertschöpfung seit 1997 von 1,1% auf 2,8% gesteigert. Dieser Wert ist jedoch nicht einmal ein Zehntel des chinesischen, und das im Verhältnis zu Indien sehr kleine Korea stellt einen höheren Anteil. Der Anteil Mexikos ist sogar zurückgegangen, jener Russlands nach kurzem Aufschwung ab Verhängung der Sanktionen wegen der Krim-Annexion ebenfalls.

Die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie ist hausgemacht und schwächt Europa geostrategisch.

Abbildung 4: Anteil einzelner Regionen an der globalen Industriewertschöpfung

In %



Q: World Trade Monitor des Centraal Planbureau, WIFO-Berechnungen und -Darstellung. Bruttowertschöpfung der Industrie (ohne Bau). Die Werte für die Jahre 2000 und Oktober 2022 wurden berechnet, indem der Wertschöpfungsanteil 2010 mit der Entwicklung der Industrieproduktion fortgeschrieben wurde.

Der Befund eines Bedeutungsverlustes der westlichen Industrieländer erhärtet sich, wenn man die globale Industriewertschöpfung betrachtet (Abbildung 4). Im Jahre 2000 war die Dominanz des Westens noch erdrückend: Die EU (einschließlich Vereinigtes Königreich) und die USA stellten damals gemeinsam fast die Hälfte der globalen Wertschöpfung. Heute sind es nur mehr 31%.

Bezeichnend ist auch, dass der Anteil Chinas am globalen industriellen Output seit 2000 um 24 Prozentpunkte gestiegen ist, womit es

den Zuwachs der Schwellenländer insgesamt (+21 Prozentpunkte) maßgeblich trug. Das ist geopolitisch hoch relevant, da sich damit auch innerhalb der Schwellenländer massive Verschiebungen der relativen Bedeutung ergeben haben.

Jedenfalls ist der Anteil eines Landes (bzw. einer Region) an der weltweiten Industriewertschöpfung oder -produktion ein guter Indikator für seine geopolitische Stärke, weil Industriegüter im Unterschied zu Dienstleistungen international handelbar sind.

3. Energie und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas

3.1 Preis und Verfügbarkeit von Energie

Energie ist ein zentraler Input für industrielle Prozesse. Damit ist ihr Preis eine wichtige Determinante der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere der Ölpreis, der Gaspreis und der Preis für elektrischen Strom spielen hierbei eine entscheidende Rolle. In den letzten Jahren haben sich diese drei Energieträger drastisch verteuert. Das hat verschiedene Gründe. Während der akuten Phase der COVID-19-Krise ist der Ölpreis stark gefallen; Brent-Futures waren zeitweise nur mehr 20 \$ je Barrel wert. Als sich die Weltwirtschaft schneller erholte als erwartet, traf eine lebhaftere Nachfrage auf ein eingeschränktes Angebot. Der Preis für Rohöl stieg schnell und lag schon vor dem Einmarsch Russlands in der Ukraine bei etwa 90 \$ je Barrel. Der Ukraine-Krieg ließ den Preis kurzzeitig auf 125 \$ ansteigen; seither geht er mit teils großen Schwankungen wieder zurück. Produktionsausfälle und die starke Abwertung des Euro haben allerdings die Weitergabe dieser Effekte an die Konsument:innen verzögert.

Auch der Preis für das international handelbare Erdgas stieg schon im Jahr 2021 stark an, nachdem er im Sommer 2020 pandemiebedingt auf unter 5 € je MWh gefallen war (Dutch TTF). Im Oktober 2021 erreichte er, getrieben von der starken Nachfrage auf dem Weltmarkt, die Marke von 120 € je MWh, zu Jahresende 2022 sogar 180 € je MWh. Als im Februar 2022 der Ukraine-Krieg ausbrach, stieg er kurzfristig auf 225 € je MWh, weil unklar war, ob Russland seine Lieferverpflichtungen einhalten würde. In der Tat hatte Russland schon ab Mitte 2021 die Gaslieferungen nach Europa gedrosselt und seine Lieferverpflichtung nur durch Entleerung der unter Kontrolle der staatlichen Gazprom stehenden Speicher in Europa erfüllt. Seit März 2022 sind die Lieferungen weiter zurückgegangen, anfangs aufgrund behaupteter technischer Probleme, später auch unter offensichtlicher Verletzung der bestehenden Verträge. Mittlerweile sind die wöchentlichen Gasimporte der EU aus Russland auf etwa ein Sechstel bis ein Siebtel der bisher üblichen Mengen zusammengeschmolzen.

Importe aus anderen Ländern haben diesen Rückgang bislang weitgehend kompensiert: im Verlauf des Jahres 2022 bewegten sich die Gasimporte der EU insgesamt stets in jenem Korridor, der von den maximalen und minimalen wöchentlichen Liefermengen in den 5 Jahren vor Kriegsausbruch markiert wird. Aufgrund des unsicheren Umfelds schwankte der Gaspreis 2022 dramatisch und stieg bis Ende August auf 350 € je MWh. Die globale Konjunkturabschwächung, der Ausbau der Lieferinfrastruktur (Flüssiggasterminals), Einsparungen durch Industrie und private Haushalte sowie das überraschend milde Wetter haben den Gaspreis aber wieder sinken lassen. Derzeit liegt er bei etwa 60 € je MWh.

Neben dem Öl- und dem Gaspreis ist auch der Strompreis massiv angestiegen. Lag der Großhandelspreis für Strom in Österreich im Monatsdurchschnitt Jänner 2019 bei etwa 56 € je MWh, so betrug er im August 2022 494 € je MWh. In der ersten Jännerhälfte 2023 lag er bei 120 € je MWh. Der Strompreis wurde in den letzten Jahren durch die steigende Nachfrage, den Ausfall von Produktionskapazität in Frankreich, einen niedrigen Wasserstand der Flüsse, den Preis für Emissionsrechte und vor allem durch den hohen Gaspreis getrieben. Wie auf allen wettbewerblich organisierten Märkten für homogene Güter bestimmen Angebot und Nachfrage den Strompreis. Wenn die Nachfrage so hoch ist, dass sie nur durch Einsatz von teuren Gaskraftwerken befriedigt werden kann, dann entspricht der Marktpreis den Produktionskosten eben dieser Produzenten. In modernen Gaskraftwerken entstehen aus 1 MWh Gas etwa 0,5 MWh Strom. Damit ergibt ein Gaspreis von 350 € je MWh einen Strompreis von 700 € je MWh; der aktuelle Gaspreis von 60 € je MWh impliziert somit einen Strompreis von 120 € je MWh. Würde der Preis behördlich unter diesen Wert gezwungen, würden die Gaskraftwerke nicht produzieren; manche Nachfrager könnten nicht bedient werden. Damit die Systeme funktionsfähig bleiben, würden die Nachfrager sich gegenseitig den Strom "wegbieten"; der Preis würde so stark steigen, bis die Nachfrage dem verfügbaren Angebot entspricht

Stark steigende und volatile Energiepreise sind eine Gefahr für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit.

und zwingend mindestens bei jenem Wert liegen, der sich ergibt, wenn teure Gaskraftwerke produzieren. Der marktwirtschaftliche Mechanismus stellt sicher, dass es zu keinen Blackouts kommt. Das ist auch trotz dramatischer Preissteigerungen nicht passiert. Wer die Preisvolatilität reduziert, muss mit höherer Mengenvolatilität rechnen. Um die massiven Preissteigerungen bei Strom zu verhindern, müsste der Gaspreis für die Stromerzeugung sinken. Das WIFO und andere haben vorgeschlagen, diesen Preis europaweit zu subventionieren, so wie dies seit dem Frühjahr 2022 auf der iberischen Halbinsel geschieht. Das würde, abhängig vom Marktpreis für Gas, in der EU erhebliche staatliche Mittel erfordern. Ein anderer, deutlich invasiverer Eingriff bestünde darin, die Gaskraftwerke de facto zu verstaatlichen, und sie zu zwingen, trotz hoher Verluste die Residuallast zur Verfügung zu stellen. Das ist, vereinfacht gesagt, jenes Modell, das in Frankreich oder in der Schweiz praktiziert wird³⁾. Diese Strategie erscheint wenig zielführend, weil sie langfristig die Versorgungssicherheit gefährdet. Dies zeigt sich am Beispiel des Atomstromriesen Electricité de France (EDF), der aufgrund laufender Unterdeckung im operativen Geschäft nicht ausreichend in die sichere Funktionsfähigkeit der Kraftwerke investiert hat.

Wenn Europa aus Russland nicht mehr mit Pipelinegas beliefert wird, dann wird es wie die großen asiatischen Märkte zu einem

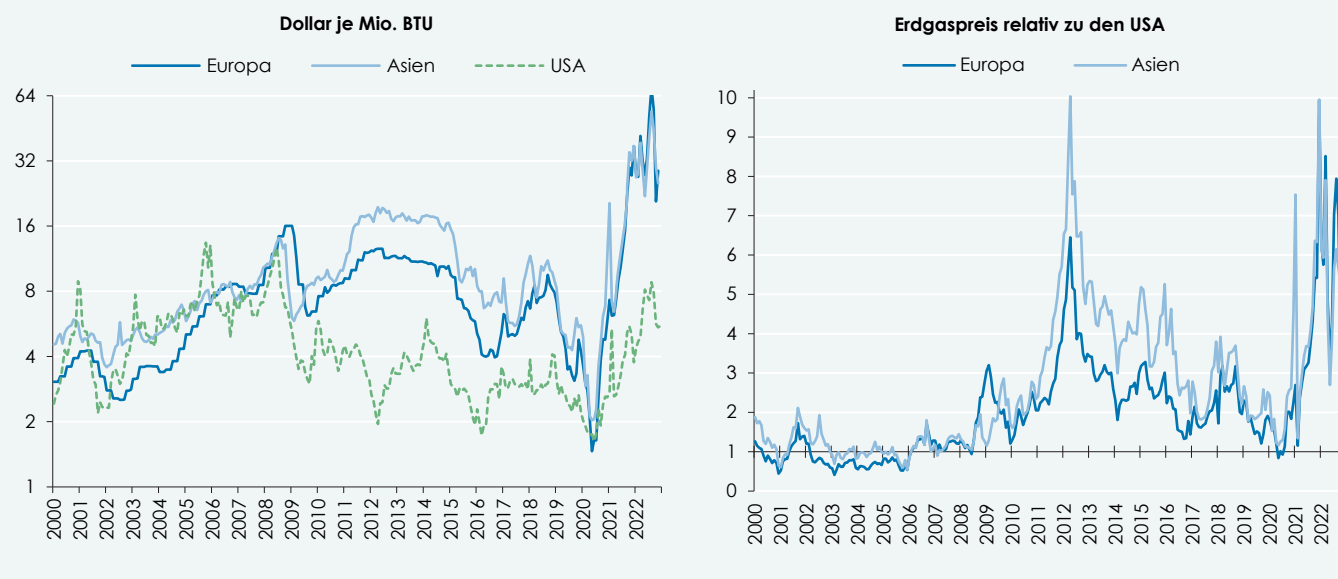
Flüssiggasmarkt. Die großen Gasmärkte EU, Asien und USA sind durch Flüssiggaslieferungen miteinander verbunden. Die Transportkapazitäten sind allerdings beschränkt und es fallen relativ hohe Kosten an. Daher spielt die regionale Nachfrage- und Angebotsituation für den regionalen Preis eine wichtige Rolle und das Gesetz des einheitlichen Preises kann, wenn überhaupt, nur sehr approximativ gelten.

3.2 Gaspreise im internationalen Vergleich und das Austauschverhältnis im Außenhandel

Abbildung 5 zeigt weitgehend vergleichbare Preise für Gas in Europa, den USA und Asien⁴⁾. Wie die linke Grafik belegt, waren die Gaspreise in den drei Märkten bis etwa 2008 ähnlich hoch. Danach entwickelten sich die Preise allerdings auseinander, was vor allem mit der Fracking-Revolution in den USA zu tun hat. Die USA wurden vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur von Erdgas. In Europa und Asien entwickelten sich die Preise hingegen auch nach 2008 relativ ähnlich, mit einem Vorteil für Europa, der auf die Verfügbarkeit russischen Gases zurückzuführen war. Die Abbildung verdeutlicht jedoch, dass die Behauptung, Europas Wettbewerbsfähigkeit sei auf billiges russisches Gas angewiesen, nicht zutrifft; jedenfalls war Gas ab 2008 in der EU um ein Vielfaches teurer als in den USA.

Abbildung 5: **Spotpreise für Erdgas in Europa, Asien und den USA**

Monatsdurchschnitte



Q: Federal Reserve Economic Data, WIFO-Berechnungen und -Darstellung. BTU . . . British Thermal Unit.

³⁾ In der Schweiz sind die Energieversorger fast ausschließlich in direktem Besitz der Kommunen bzw. Kantone, sodass die Höhe der Verbraucherpreise nicht von der Marktpreisentwicklung abhängt.

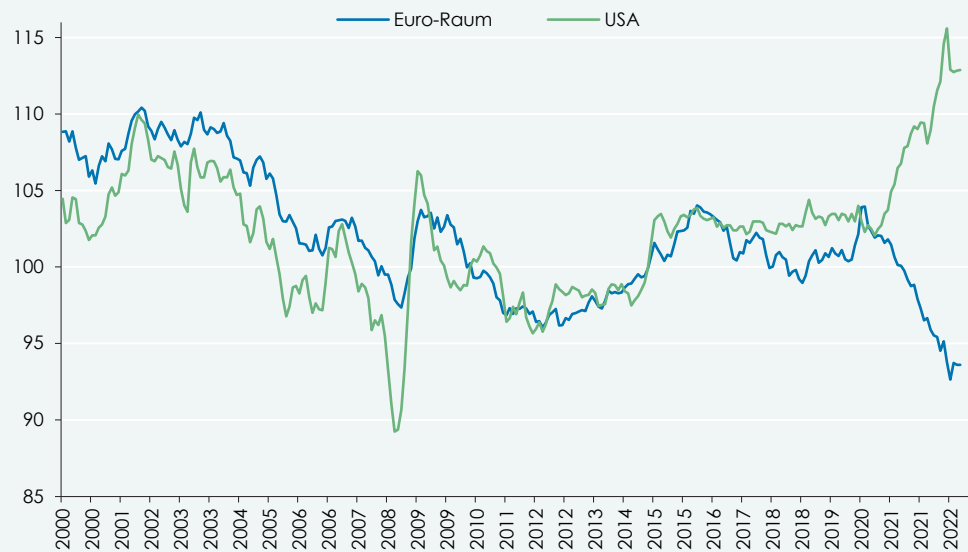
⁴⁾ USA: Henry Hub Natural Gas spot price, Asien: globaler Flüssiggaspreis für Asien, Europa: globaler Preis für Gas; die Preise sind nicht vollständig vergleichbar und die Zeitreihen nicht saisonbereinigt.

Hohe Gaspreisdifferenzen zwischen Europa und den USA durch Subventionen auszugleichen, wäre weder leistbar noch industriepolitisch sinnvoll.

Die rechte Grafik stellt den Erdgaspreis in Europa bzw. Asien relativ zum Preis in den USA dar. Im April 2012 war der Preis in Europa mehr als sechsmal so hoch wie in den USA. In Folge dieser Entwicklung beschloss etwa der Stahlherzeuger VOEST, im texanischen Corpus Christi eine Eisenschwammanlage zu bauen. In der COVID-19-Krise näherten sich die Preise in den drei Märkten wieder an; danach entwickelten sie sich erneut sehr divergent. Teilweise lag der Preis in Europa um den Faktor 8 über dem Niveau in den USA. Mittlerweile ist der Abstand auf den Faktor 5 gesunken und sollte sich weiter verringern. Je mehr Importmöglichkeiten für Flüssiggas in der EU geschaffen werden, umso stärker wird sich der Preis im Nettoimportmarkt EU jenem des Nettoexportmarktes USA annähern; der langfristig verbleibende Abstand wird von den Kosten der Verflüssigung, des Transports und der Regasifizierung getrieben, womit der Preiszuschlag bei etwa 40% bis 50% liegen dürfte. Will Europa dieser Logik entrinnen, muss es eigene Lagerstätten erschließen, sonst verbleibt ein Wettbewerbsnachteil. Energiepreisdifferenzen dieser Höhe durch Subventionen auszugleichen, erscheint weder langfristig leistbar noch industriepolitisch sinnvoll.

Neben Gas haben sich auch andere Rohstoffe nach Ende der akuten Phase der COVID-19-Krise verteuert. Darunter fallen Erdöl, aber auch viele Erze (z. B. Kupfer, Nickel, seltene Erden), sowie Agrarrohstoffe. Nettoexporteure dieser Güter konnten damit ihr außenwirtschaftliches Austauschverhältnis – die sogenannten "Terms-of-Trade", definiert als der durchschnittliche Preis der Exportgüter dividiert durch den durchschnittlichen Preis der Importgüter – deutlich verbessern – auf Kosten der Nettoimporteure. Das wird vor allem an den Beispielen USA und Europa überaus deutlich (Abbildung 6). Seit Mitte 2020 profitierten die USA von einer massiven Verteuerung ihrer Exportgüter bei relativ stabilen Importpreisen. Erstere verteuerten sich um etwa 10% stärker als letztere. In der Folge verbesserten sich die Terms-of-Trade der USA drastisch. Das ist relevant, weil die Terms-of-Trade ein Maß für die Wohlstandsentwicklung darstellen: verbessern sie sich, so steigt die aus den erzielten Exporten resultierende Kaufkraft für die heimische Bevölkerung. In der klassischen BIP-Berechnung tauchen derartige Effekte nicht auf⁵⁾.

Abbildung 6: **Außenwirtschaftliches Austauschverhältnis des Euro-Raums und der USA**
2010 = 100



Q: Centraal Planbureau, WIFO-Berechnungen und -Darstellung. Durchschnittlicher Exportpreis relativ zu durchschnittlichem Importpreis.

3.3 Strompreiseunterschiede innerhalb der EU

Ebenfalls relevant für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie ist die Hetero-

genität der Strompreise innerhalb des EU-Binnenmarktes. Abbildung 7 zeigt die durchschnittlichen Strompreise im Großhandel in den verschiedenen Regelzonen für die Jahre 2018 und 2022. Diese Darstellung

⁵⁾ Das BIP wird standardmäßig mit dem BIP-Deflator preisbereinigt. Dieser misst den Preis der im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen und kann sich in

Zeiten starker Bewegungen der Terms-of-Trade sehr deutlich vom Verbraucherpreisindex unterscheiden, der für die Kaufkraft der Konsument:innen relevant ist.

macht die Kostenexplosion in Mitteleuropa sichtbar, zeigt aber auch, dass die Strompreise nicht überall gestiegen sind. In manchen Regionen Skandinaviens waren sie 2022 geringer als 2018; dort finden energieintensive Produktionsstätten aufgrund reichlich vorhandener Wasser- und Windenergie gute Bedingungen vor. Insgesamt zeigt sich, dass

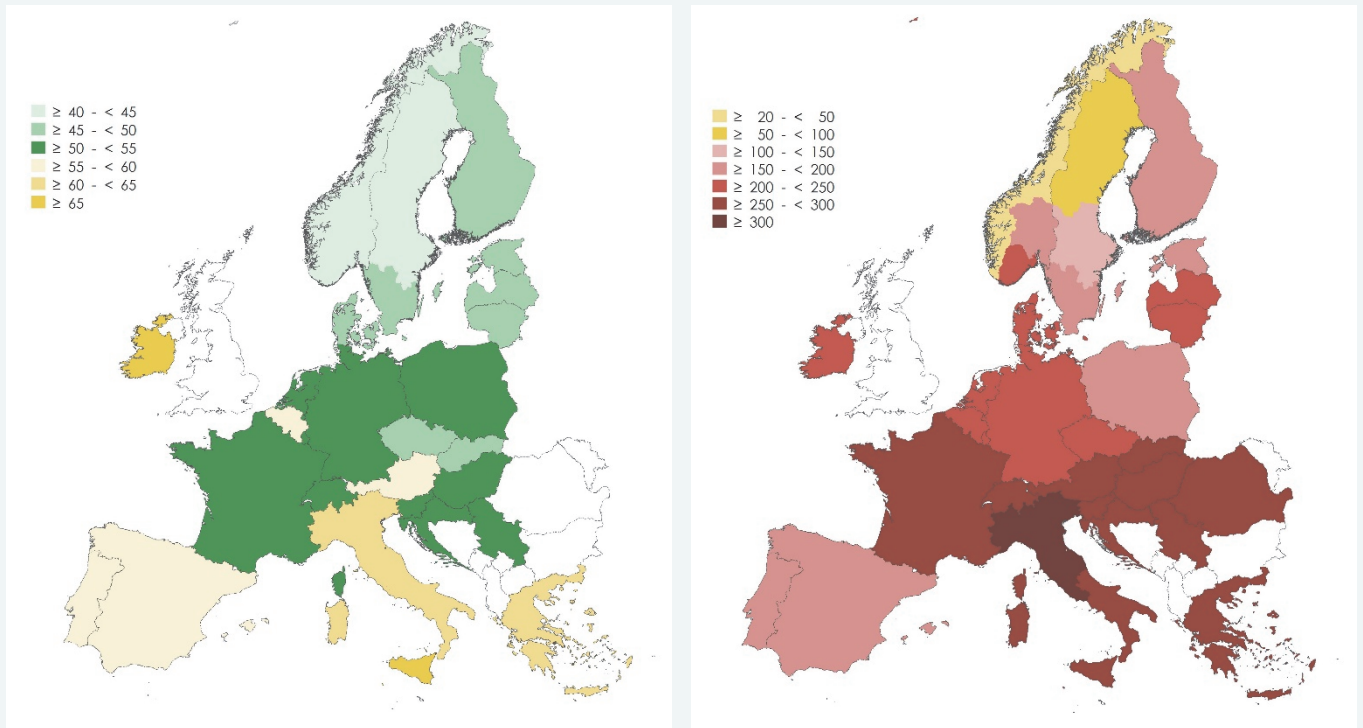
die Preise 2022 sehr stark variierten. Auf der iberischen Halbinsel hat die Bezuschussung des Gaspreises bei der Verstromung die Preise weniger stark ansteigen lassen als etwa in Frankreich oder Italien. Sollten diese großen Diskrepanzen Bestand haben, wird dies nicht ohne Folgen für die Standortpolitik der Industrie bleiben.

Abbildung 7: **Durchschnittliche Großhandelspreise für Strom in Europa**

€ je MWh

2018

2022



Q: European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E), Börsenstrompreise (Jahresdurchschnitte); Energy-Charts (<https://energy-charts.info/>); WIFO-Darstellung.

Allerdings gilt auch hier: Strompreisdifferenzen sind in der EU nichts Neues. So hat Österreich seit der Trennung der gemeinsamen Strompreiszone (2002/2018) einen etwas höheren Großhandelspreis als Deutschland. Im Winter war er zeitweise bis zu 25% höher (Abbildung 8). Bisher haben in Deutschland hohe Netzentgelte und die Ökostromumlage (gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz) den Strompreis für die Industrie und vor allem für die privaten Haushalte über das österreichische Niveau getrieben. Durch die Abschaffung mehrerer Abgabentypen schlägt der Großhandelspreis jedoch immer stärker auf die Verbraucherpreise durch,

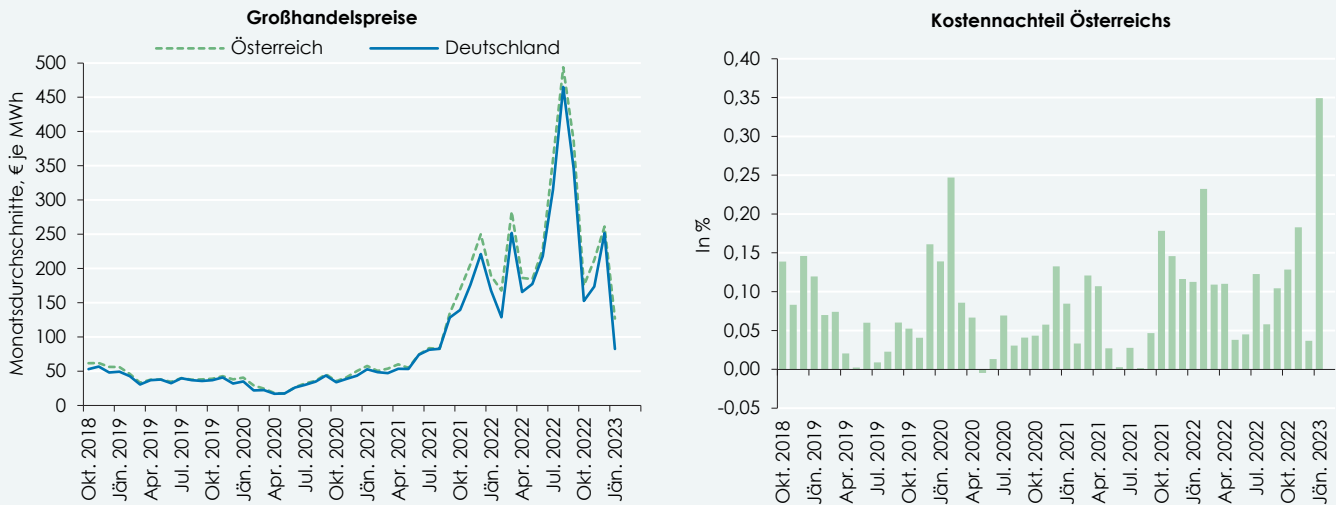
was zum Standortnachteil Österreichs im Vergleich zum wichtigsten Handelspartner wird. Der Grund für den günstigeren Preis im Nachbarland liegt in der besseren Verfügbarkeit erneuerbarer Energie, vor allem von Wind- und Sonnenstrom. Dadurch steigt zwar die Volatilität der Preise, das durchschnittliche Niveau sinkt jedoch. Seit 2001 exportiert Deutschland mehr Strom, als es importiert; in Österreich gilt das Gegenteil⁶⁾. Um den Strompreisschaden aufzuholen, muss Österreich die Erzeugungskapazität für erneuerbaren Strom ausbauen und die Importlücke (im Winter bis zu 30%) schließen⁷⁾.

Die Strompreise sind innerhalb des EU-Binnenmarktes sehr unterschiedlich.

⁶⁾ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153533/umfrage/stromimportsaldo-von-deutschland-seit-1990/>.

⁷⁾ <https://positionen.wienenergie.at/grafiken/oesterreichische-nettostromimporte/>.

Abbildung 8: Strompreise für Österreich und Deutschland im Vergleich



Q: European Network of Transmission System Operators for Electricity (ENTSO-E), Energy-Charts (<https://energy-charts.info/>), WIFO-Berechnungen.

Neben den Energiepreisen spielt eine Vielzahl anderer Faktoren eine große Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und der österreichischen Industrie.

3.4 Andere Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit: Emissionshandel, Lieferketten, Arbeitskräfte

In der EU müssen die Elektrizitätswirtschaft und die Industrie für die Freisetzung von CO₂ Emissionsrechte erwerben. Das verteuert den Strom und den Einsatz von fossiler Energie in der Produktion. Das europäische "Cap-and-Trade"-System, in dem die insgesamt möglichen Emissionen politisch hart begrenzt werden, die Verteilung der Emissionsrechte aber durch einen Emissionshandel geregelt wird, ist ein effizienter und zielgerichteter Mechanismus. Der Preis für Emissionsrechte liegt aktuell bei etwa 80 € je t CO₂ und schwankte im Jahresverlauf 2022 aufgrund der Unsicherheiten über den Gasverbrauch und die damit erforderlichen Emissionsrechte enorm. Vor der COVID-19-Krise lag der Preis nie über 30 € je t CO₂. Andere Länder haben keine CO₂-Bepreisung, was ihnen preisliche Wettbewerbsvorteile verschafft. In der EU soll ein Grenzausgleichsmechanismus diese Wettbewerbsverzerrung eindämmen (siehe dazu Felbermayr et al., 2021).

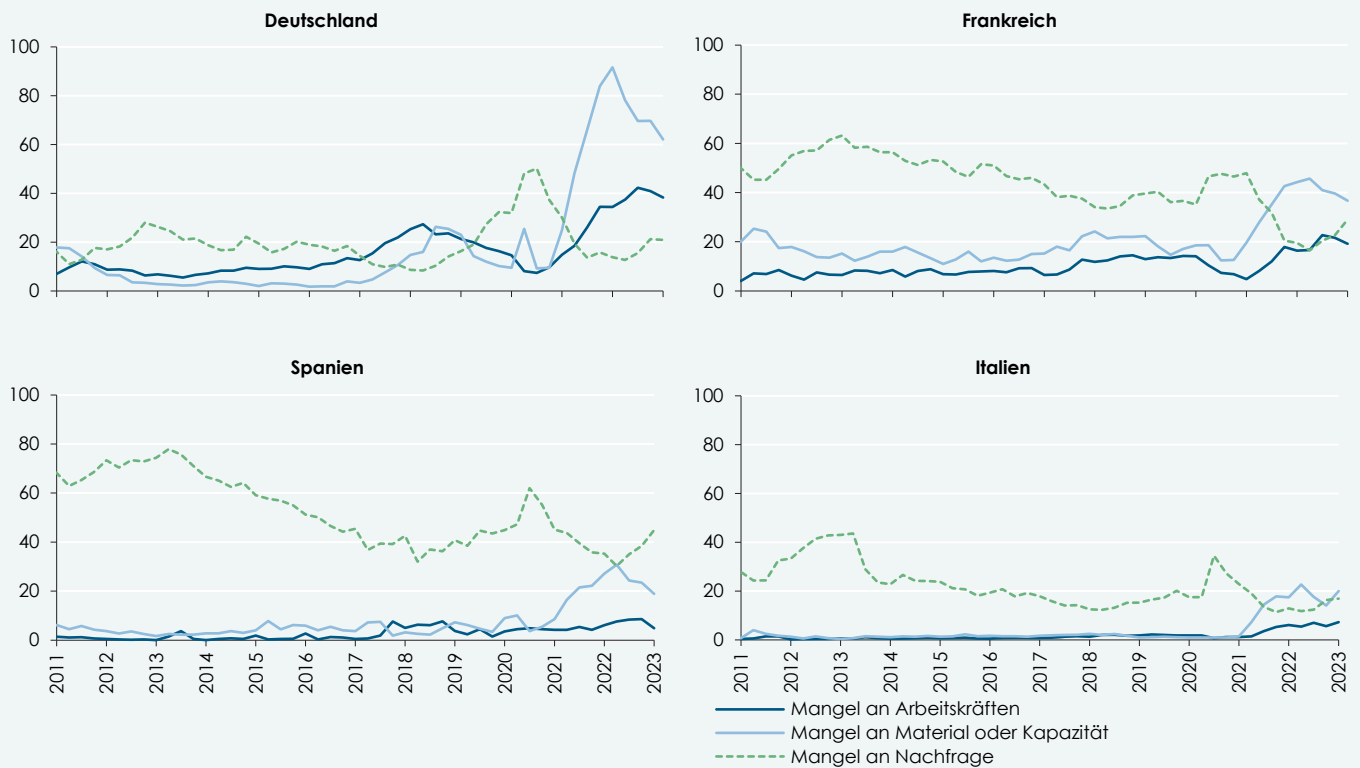
In den letzten Jahren führten Störungen in den globalen Lieferketten zu Produktionsausfällen. Das Problem war besonders in Deutschland akut, dort erreichten die Ausfälle gemäß der Konjunkturumfrage der Europäischen Kommission im I. Quartal 2022 einen historischen Höchststand. In Frankreich, Spanien und – in kleinerem Ausmaß – in Italien ist das Problem ebenfalls manifest (Abbildung 9). Die Lieferkettenprobleme haben verschiedene Ursachen. Dazu zählen vor allem die überraschend starke Nachfrage

nach Logistikdienstleistungen nach der akuten Phase der COVID-19-Krise, wiederkehrende Verwerfungen durch COVID-19-bedingte Produktionsausfälle im Ausland und politische Störungen in Form von Exportbeschränkungen ausländischer Regierungen. Die Störungen in den Lieferketten lösen sich zwar allmählich auf, sind aber immer noch der wichtigste limitierende Faktor der Industrieproduktion.

Auch der Arbeitskräftemangel gewinnt als Hemmnis immer stärker an Bedeutung, vor allem in Deutschland und Frankreich, aber auch in den anderen EU-Ländern. In Österreich stellt sich das Bild sehr ähnlich dar, wie Hölzl et al. (2022) auf Basis von Daten des WIFO-Konjunkturtests feststellten. In der heimischen Industrie werden die gestiegenen Preise für Vorprodukte und Vorleistungen von 66% der Unternehmen als Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit wahrgenommen. 58% der befragten Unternehmen nennen die gestiegenen Energiepreise, 46% Engpässe in den Lieferketten und 45% Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Arbeitskräften. Die Lieferkettenprobleme dürften prinzipiell beherrschbar sein. Auch im Energiebereich bahnt sich Entspannung an, die durch einen Ausbau von erneuerbarer Energie nachhaltig sein kann. Das zentrale zukünftige Problem, das sich einer kurz- oder mittelfristigen politischen Behandlung entzieht, ist vielmehr die Knappheit an Arbeitskräften. In dem Maß, in dem andere Länder – in Südeuropa, aber auch außerhalb Europas – noch große Arbeitskraftpotenziale haben, sind sie für österreichische bzw. europäische Unternehmen attraktivere Standorte als Mitteleuropa.

Abbildung 9: **Produktionshemmnisse in der europäischen Industrie**

Saldo in %, saisonbereinigt



Q: Konjunkturmfragen der Europäischen Kommission.

4. Wie soll die Politik reagieren?

4.1 Viele Länder setzen auf massive Subventionen

Der relative Rückzug der Industrie innerhalb der westlichen Volkswirtschaften und der Rückgang der industriellen Bedeutung des "Westens" in der Weltwirtschaft haben politisch höchst relevante Implikationen – von sozialen Verwerfungen bis hin zu sicherheitspolitischen Risiken. Es ist nicht verwunderlich, dass die oben gezeigten empirischen Entwicklungen zu einer Wiederbelebung der Industriepolitik geführt haben. Vor dem Hintergrund unsicherer Lieferketten wird die Versorgungssicherheit immer wichtiger, aber auch geostrategische Argumente mit technologiepolitischer Färbung gewinnen an Bedeutung. Und schließlich erscheint es vielen Beobachter:innen unumgänglich, die Dekarbonisierung der Wirtschaft durch massive Hilfen des Staates voranzutreiben. Es geht dabei um die Sicherung von "strategischer Autonomie", also der Fähigkeit eines Landes oder Blockes wie der EU, unabhängig von Positionen anderer Mächte zu agieren. In einer Welt mit eng verflochtenen Lieferketten

ist dies keine Selbstverständlichkeit, wie Farrell und Newman (2019) zeigen.

In den Daten zeigt sich vor allem seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 weltweit ein deutlicher Anstieg von Industriesubventionen (Evenett & Fritz, 2021). Der Economist (2023)⁸⁾ berichtet, dass die Subventionen der G7-Länder im Jahr 2016 noch 0,6% des BIP ausmachten und bis 2020 auf 2,0% des BIP angewachsen sind. Daten der EU-Kommission (State Aid Scoreboard) weisen für 2020 Beihilfen in Höhe von 2,4% des BIP aus; nach einer Verringerung im Jahr 2021 dürften die Subventionen im Jahr 2022 ein Rekordniveau erreicht haben. In den beiden letzten Jahren sind noch weitere große Subventionsprogramme hinzugekommen, etwa der "Chips Act" und der "Inflation Reduction Act" in den USA, große Teile des Programms "NextGenerationEU" oder andere Programme in Ländern wie Japan, Indien oder China⁹⁾.

Subventionen haben das Ziel, die heimische Wertschöpfung zu fördern, indem sie

Industriesubventionen und andere industriepolitische Maßnahmen gewinnen zunehmend an Bedeutung.

⁸⁾ <https://www.economist.com/briefing/2023/01/12/globalisation-already-slowng-is-suffering-a-new-assault>.

⁹⁾ Japan begibt neue Anleihen in Höhe von etwa 140 Mrd. €, um den ökologischen Wandel zu bezu-

schussen. Indien will bestimmte Sektoren wie die Fotovoltaik- und die Batterieproduktion mit Staatsmitteln fördern. Auch Länder wie das Vereinigte Königreich und Kanada haben Pläne für Förderprogramme vorgelegt.

Ordnungspolitische Leitlinien sollten sicherstellen, dass Subventionspolitik nicht zur Förderung von Partikularinteressen eingesetzt wird. Internationale Politikkoordination ist erforderlich, um protektionistische Subventionswettläufe zu verhindern.

Standortentscheidungen beeinflussen. Um eine möglichst große Wertschöpfungstiefe zu erreichen, wird ihre Gewährung häufig auch daran geknüpft, dass Zulieferer aus dem Inland kommen. Die Ausreichung von Subventionen führt zu handelspolitischen Spannungen und in immer mehr Fällen auch zur Verhängung von kompensierenden Importzöllen, den sogenannten "countervailing tariffs". Der seit über 18 Jahren schwelende Konflikt zwischen den USA und der EU über Subventionen an die Flugzeugbauer Airbus und Boeing ist das wohl prominenteste Beispiel für solche Handelskriege.

Neben Subventionen werden auch zollarartige Maßnahmen populärer, um "unfairen" Wettbewerb von Anbietern aus Ländern mit niedrigeren Standards auszugleichen. Viele Länder setzen zudem immer stärker auf Investitionskontrollen, um ausländische Investitionen in strategische Industrien im Inland zu regulieren oder zu untersagen. Dabei geraten auch heimische Investitionen im Ausland zunehmend in das Visier einer Politik, die versucht, die Weitergabe westlicher Technologie an geostrategische Rivalen zu verhindern. Auch Exportkontrollen, die jahrzehntelang im Wesentlichen auf militärische und sogenannte "Dual-Use"-Güter begrenzt waren, haben seit der COVID-19-Krise massiv an Bedeutung gewonnen. Wiewohl solche Kontrollmaßnahmen vielfach sicherheitspolitisch unerlässlich sind, ist die Sorge vor protektionistischem Missbrauch, vor der Schaffung von Überkapazitäten und daraus folgenden "Boom-Bust"-Zyklen nicht von der Hand zu weisen.

Wenn Länder außerhalb der EU oder im EU-Binnenmarkt ihre Industriesubventionen ausweiten, stellt sich auch für die EU oder Österreich die Frage, wie darauf zu reagieren ist.

4.2 Ordnungspolitische Prinzipien

Aus den wirtschaftshistorischen Erfahrungen mit aktiver Industriepolitik und aus grundsätzlichen Überlegungen heraus lassen sich einige Leitlinien für eine effiziente und effektive Standortpolitik ableiten. Diese Leitlinien sollen sicherstellen, dass öffentliche Mittel tatsächlich im Sinne des Gemeinwohls und nicht zur Verfolgung von Partikularinteressen eingesetzt werden. Sie sollen außerdem dazu beitragen, dass die richtigen Mittel verwendet werden. In der Klimapolitik sind das häufig nicht (nur) Subventionen sondern (auch) ordnungspolitische Programme wie die Bepreisung von CO₂-Emissionen (Kettner-Marx & Kletzan-Slamanig, 2022). Auch die richtige politische Verortung von Maßnahmen (EU versus Mitgliedsland) ist wichtig.

- Erstens, wenn Handelspartner mit Subventionsprogrammen vorpreschen, dann besteht die optimale Reaktion nicht notwendigerweise darin, ein eigenes ähnliches Programm aufzulegen und damit

eine Protektionismusspirale zu riskieren (siehe dazu etwa Felbermayr, 2022; Elkerbout, 2022). Vielmehr braucht es im Vorfeld eine sorgfältige empirische Analyse, denn nicht jede Subvention im Ausland schadet dem Inland – so verbessern etwa Subventionen in ausländischen Exportsektoren das eigene Austauschverhältnis. Viele protektionistische Eingriffe schaden vielmehr dem Initiator. Das ist gerade für die Handelspolitik von Donald Trump, die ja immer stark industriepolitisch motiviert war, gut wissenschaftlich belegt (Caliendo & Parro, 2021).

- Zweitens, Industriepolitik, die öffentliche Mittel zur Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige einsetzt oder sektorspezifische Ausnahmen vom Wettbewerbsrecht beinhaltet, muss sorgfältig begründet werden. Die Aufbringung von Steuermitteln ist nämlich selbst mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden und ein Aushöhlen der Wettbewerbsordnung hat nationale und internationale Konsequenzen. Insbesondere sollte jede Ungleichbehandlung von Sektoren oder Technologien gut begründbar sein. Zu häufig werden Entscheidungen aus momentanen Stimmungslagen heraus getroffen; zu häufig folgen sie Partikularinteressen anstatt dem Gemeinwohl.
- Drittens, eine erfolgreiche Industriepolitik sollte so gestaltet sein, dass sie über längere Zeiträume sinnvoll anwendbar ist. Sie sollte nicht reflexartig nach dem Eintreten von Schocks oder dem Vorliegen neuer Informationen neu ausgerichtet werden müssen. In anderen Worten, ihr Design soll robust gegenüber dem Auftreten immer neuer, andersartig erscheinender Schocks sein. Langfristige private Investitionsentscheidungen bedürfen einer verlässlichen Grundlage.
- Viertens, Industriepolitik darf nicht überholte Strukturen konservieren, sondern sollte die Transformation von Wirtschaftszweigen unterstützen. Weil die Politik und auch die Expert:innen zwangsläufig unvollständiges Wissen über technologische Entwicklungen der Zukunft haben, geht es dabei weniger um das Erzwingen ganz bestimmter Transformationen sondern vielmehr um die Schaffung von Freiräumen und Bedingungen, in und unter denen industrieller Wandel gelingen kann. Das erfordert in der Regel ein technologieoffenes Vorgehen und ein möglichst breites Zulassen von Marktprozessen.
- Fünftens, die industriepolitischen Ziele sollten klar benannt werden; ebenso sollten die Hindernisse klar identifiziert werden, die einer Erreichung der Ziele im Wege stehen. Wenn etwa Schwierigkeiten in den Lieferketten festgestellt werden, sollte klar gemacht werden, worauf diese ursächlich zurückgeführt werden können. Wenn die Energiepreise zu hoch sind, muss geklärt werden, warum private

Investitionen in Produktionskapazitäten nicht ausreichen. Die industriepolitischen Instrumente sollten diese festgestellten Verzerrungen des Marktgeschehens korrigieren, und zwar an der Stelle, wo sie entstehen. Dabei können durchaus subventionsartige Instrumente zum Einsatz kommen, z. B. "Carbon Contracts for Difference" (Gerres & Linares, 2020). Sind die Verzerrungen nicht klar belegbar oder werden sie schon durch ein bestehendes Instrument adressiert, so führen Förderungen häufig zu ineffizienter Überförderung.

- Sechstens, in einer durch internationale Wertschöpfungsnetzwerke eng verbundenen Welt muss das Hauptaugenmerk darauf gelegt werden, Politikentwürfe zu koordinieren. Sonst drohen teure und ineffektive Subventionswettläufe. Es sollte nicht darum gehen, sich gegenseitig Marktanteile wegzunehmen, sondern gemeinsame Ziele zu identifizieren – wie etwa die Bewältigung der Dekarbonisierung der Energiesysteme – und Förderungen so zu gestalten, dass sie diesem gemeinsamen Ziel dienen.

Diese Prinzipien lassen eine sektorspezifische Industriepolitik nur in seltenen Fällen zu. Sie legen nahe, dass es meist zweckmäßiger ist, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass innerhalb dieser ein möglichst freies Marktgeschehen zu einer effizienten Zielerreichung führt. Das bedeutet zum Beispiel, dass der Staat die ihm genuin zukommenden Aufgaben optimal löst. Er muss etwa für entsprechende Infrastruktur sorgen, denn diese hat in der Regel den Charakter öffentlicher Güter und wird nicht marktwirtschaftlich bereitgestellt. Das gilt für Netze aller Art, vom Strom-, über das Daten-, bis hin zum Verkehrswegenetz. Er muss die Ausbildung der Arbeitskräfte, die zur Bewältigung der vielfachen Herausforderungen benötigt werden, so gut wie möglich fördern; dafür sind die privaten Anreize in aller Regel nicht ausreichend. Und er muss die Bedingungen für eine gedeihliche internationale Kooperation

herstellen. Dabei muss regelmäßig auch in Instrumente investiert werden, die andere Länder abschrecken, opportunistische Maßnahmen zu ergreifen.

Die EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, nannte in ihrer Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 17. Jänner 2023 vier Säulen für eine gute Industriepolitik: Erstens, das Regelungsumfeld, zweitens, die Finanzierung, drittens, die Qualifikationen der Arbeitnehmer:innen und, viertens, die Rahmenbedingungen für den internationalen Handel. Damit spricht sie in der Tat vier ganz zentrale Bereiche an. Allerdings setzt die EU die falschen Schwerpunkte, indem sie ihre Anstrengungen auf die Bereitstellung öffentlicher Hilfen und auf die Gewährung beihilferechtlicher Ausnahmen für spezielle Sektoren oder Unternehmen konzentriert. Besser wäre es, die Industriepolitik auf EU-Ebene und auch auf Ebene der Mitgliedsländer so auszurichten, dass sie gegenüber Branchen und Technologien neutral ist, klar identifizierbares Marktversagen korrigiert, und die internationale Kooperation fördert.

Statt das Handeln ausländischer Regierungen, ob in Peking oder Washington, zum Ausgangspunkt der eigenen Überlegungen zu machen, sollte der Fokus darauf liegen, den eigenen Binnenmarkt zu vertiefen, zu stärken und zu dynamisieren. Dabei geht es um die Vervollständigung der europäischen Bankenunion, um die Vertiefung der europäischen Kapitalmärkte, die Schaffung eines wirklich grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes mit der dazugehörigen sozialstaatlichen Harmonisierung, um die Finanzierung und Bereitstellung hochrangiger grenzüberschreitender Infrastrukturen und um den Aufbau gemeinsamer Top-Universitäten. All das kostet Geld. Werden die verfügbaren Mittel zu stark und zu unüberlegt für die Bezuschussung derzeit attraktiv erscheinender Branchen oder Technologien verwendet, fehlen sie für diese dringend nötigen strukturellen Investitionen.

Das Hauptaugenmerk europäischer Industriepolitik sollte auf der Korrektur klar identifizierbaren Marktversagens und auf der Förderung internationaler Kooperation liegen.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie leidet unter hohen Energiekosten und Problemen in den Lieferketten. In Deutschland ist die Industrie schon länger auf dem Rückzug, was einer allgemeinen Schwäche des Standorts und weniger fehlenden Förderungen zuzuschreiben ist (Dohse & Bode, 2020). In Österreich hat sich der Industriesektor in den letzten Jahren zwar erfreulicher entwickelt, die Probleme sind aber ähnlich gelagert.

Die Industriepolitik muss den neuen geopolitischen Umständen und den Anforderungen

einer raschen Dekarbonisierung des Energiesystems Rechnung tragen. Dabei sollten immer neue und immer höhere schuldenfinanzierte Subventionen für einzelne Sektoren nicht das zentrale Instrument sein, weder auf Ebene der Mitgliedsländer noch auf EU-Ebene. Vielmehr sollten die eigentlichen Schwächen des Binnenmarktes gemeinschaftlich angegangen werden. Dazu sind u. a. ein massiver Ausbau erneuerbarer Energie, eine Infrastrukturoffensive und Investitionen in Bildung erforderlich. Solche Maßnahmen sichern den Wohlstand von morgen.

6. Literaturhinweise

- Autor, D., Dorn, D., Hanson, G., & Majlesi, K. (2020). Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure. *American Economic Review*, 110(10), 3139-3189.
- Caliendo, L., & Parro, F. (2022). Trade policy. In Gopinath, G., Helpman, E., & Rogoff, K. (Hrsg.), *Handbook of International Economics*, 5(4), 219-295. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1573440422000041>.
- Dauth, W., Findeisen, S., & Südekum, J. (2017). Trade and Manufacturing Jobs in Germany. *American Economic Review*, 107(5), 337-342.
- Dohse, D., & Bode, E. (2020). *Analyse der industrierelevanten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland im internationalen Vergleich*. IfW-Kiel.
- Dohse, D., Felbermayr, G., Görg, H., Kooths, S., Lechthaler, W., & Trebesch, C. (2019). Zeit für eine neue Industriepolitik. *Kiel Policy Brief*, (122).
- Elvery, J. A., & Dunn, J. (2021). *Manufacturing Wage Premiums Have Diverged between Production and Nonproduction Workers*. Regional Policy Report. <https://doi.org/10.26509/frbc-rpr-20211109>.
- Elkerbout, M. (2022, 29. November). In a green subsidy race, the EU should not imitate the US. CEPS. <https://www.ceps.eu/in-a-green-subsidy-race-the-eu-should-not-imitate-the-us/>.
- Evenett, S., & Fritz, J. (2021). *Subsidies and Market Access: Towards an Inventory of Subsidies by China, The EU and the USA – The 28th Global Trade Alert Report*. CEPR Press.
- Farrell, H., & Newman, A. (2019). Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion. *International Security*, 44(1), 42-79.
- Felbermayr, G. (2022). Pragmatismus statt Protektionismusspirale. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (abgerufen am 13. 12. 2022).
- Felbermayr, G., Bierbrauer, F., Ockenfels, A., Schmidt, K., & Südekum, J. (2021). *Ein CO₂-Grenzausgleich als Baustein eines Klimaclubs*. Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
- Felbermayr, G., Impullitti, G., & Prat, J. (2018). Firm Dynamics and Residual Inequality in Open Economies. *Journal of the European Economic Association*, 16(5), 1476-1539.
- Gerres, T., & Linares, P. (2020). *Carbon Contracts for Differences: their role in European industrial decarbonization*. Climate Friendly Materials Platform Policy Brief.
- Hözl, W., Klien, M., & Kügler, A. (2022). Auswirkungen von Energiepreisschocks auf Produktion und Preise. Ergebnisse der Sonderbefragung zur Energiepreisentwicklung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022. *WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe*, (3). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70472>.
- Kettner-Marx, C., & Kletzan-Slamani, D. (2022). Allowance Transactions in the EU ETS – Evidence from Austrian Companies. *WIFO Working Papers*, (641). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69256>.
- Peneder, M., & Prettnner, C. (2021). Die Produktivität österreichischer Unternehmen von 2008 bis 2018. *WIFO Research Briefs*, (11). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/68026>.
- The Economist (2023). Globalisation, already slowing, is suffering a new assault. Subsidies, export controls and curbs on foreign investment are proliferating. <https://www.economist.com/briefing/2023/01/12/globalisation-already-slowing-is-suffering-a-new-assault> (abgerufen am 12. 1. 2023).

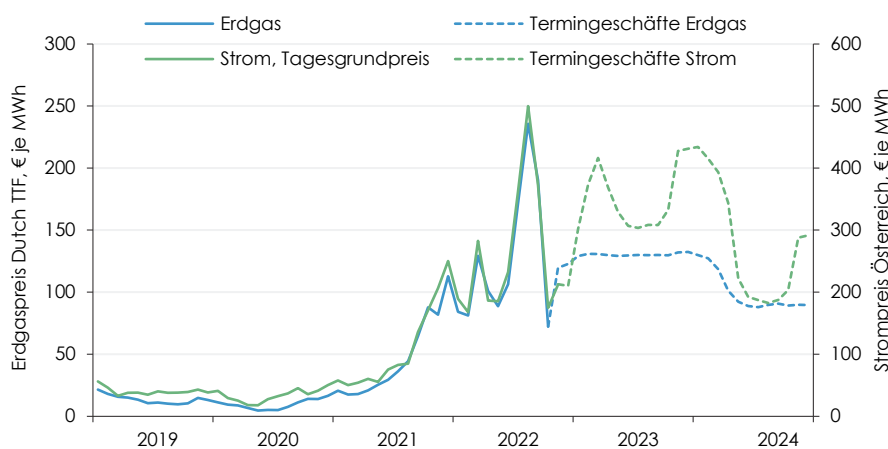
Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich

Prognose für 2022 bis 2024

Stefan Ederer, Christian Glocker

- Der weltweite Konjunkturabschwung erfasst im 2. Halbjahr 2022 die österreichische Wirtschaft. Das BIP dürfte im Winter 2022/23 sinken.
- Aufgrund des starken 1. Halbjahres wächst die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2022 um 4,7%. 2023 stagniert das BIP weitgehend (+0,3%). 2024 erhöht sich das Wachstum auf 1,8%.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich nur vorübergehend eintrüben. Die Arbeitslosenquote sinkt 2022 auf 6,3%, steigt 2023 leicht auf 6,5%, und geht 2024 wieder auf 6,2% zurück.
- Die Inflation hat ihren Höhepunkt voraussichtlich überschritten und dürfte im Gesamtjahr 2022 bei 8,5% liegen. In den Folgejahren verlangsamt sie sich auf 6,5% (2023) bzw. 3,2% (2024).
- Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte beträgt 2022 –3,3% des BIP. 2023 und 2024 sinkt das Defizit deutlich unter die Maastricht-Grenze von 3%.

Entwicklung der Energiepreise



"Die Lage auf den Energiemärkten hat sich im Herbst merklich entspannt. An den Terminmärkten wird für 2023 mit deutlich niedrigeren Preisen als noch im Sommer 2022 gerechnet. Das Risiko einer neuerlichen starken Verteuerung besteht allerdings weiterhin."

Die Energiepreise sind seit dem Sommer 2022 deutlich zurückgegangen. Auf den Terminmärkten ist der Erdgaspreis für 2023 derzeit ähnlich hoch wie jener im Frühjahr 2022 (Q: Intercontinental Exchange, IWF, European Energy Exchange, WIFO).

Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich

Prognose für 2022 bis 2024

Stefan Ederer, Christian Glocker

Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich.

Prognose für 2022 bis 2024

Der internationale Konjunkturabschwung hat im 2. Halbjahr 2022 auch die österreichische Wirtschaft erfasst. Das BIP dürfte im Winterhalbjahr zurückgehen. Für das Frühjahr 2023 werden wieder Impulse aus dem Außenhandel erwartet. Die allmähliche Entspannung auf den Energiemärkten dämpft die Inflation und dürfte dazu beitragen, dass sich die Stimmung im Lauf der Zeit verbessert und die Konjunktur wieder anzieht. 2022 wird Österreichs Wirtschaftsleistung um 4,7% wachsen. 2023 dürfte das BIP weitgehend stagnieren (+0,3%). 2024 erhöht sich das Wachstum auf 1,8%.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 13. 12. 2022

Kontakt: Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Global Economic Downturn Hits Austria. Economic Outlook for 2022 to 2024

The international economic downturn also affected the Austrian economy in the second half of 2022. GDP is expected to decline in the winter half-year. Stimulus from foreign trade is expected to revive in spring 2023. The gradual easing on the energy markets is dampening inflation and should contribute to an improvement in sentiment over time and a pick-up in economic activity. In 2022, Austria's economic output will grow by 4.7 percent. In 2023, GDP is expected to largely stagnate (+0.3 percent), while in 2024 growth will increase to 1.8 percent.

1. Einleitung

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in einer Schwächephase. Hohe Energie- und Rohstoffpreise treiben in vielen Ländern die Verbraucherpreisinflation und ziehen eine rasche Straffung der Geldpolitik nach sich. Die Stimmung hat sich vielerorts eingetrübt, und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist hoch. Der Konjunkturabschwung, der in den USA bereits früher eingesetzt hatte, zeigt sich nunmehr auch im Euro-Raum deutlich und dürfte dort im Winter zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung führen.

Die Situation auf den Rohstoffmärkten hat sich allerdings zuletzt etwas entspannt. Der Ölpreis geht bereits seit dem Sommer zurück; im Herbst dämpften unerwartet hohe Lagerstände die europäischen Erdgaspreise. Diese werden dennoch vorerst hoch bleiben und erst im 2. Halbjahr 2023 merklich sinken. Die weltweit strafferen geldpolitischen Rahmenbedingungen werden im Prognosezeitraum die Nachfrage dämpfen, was zusammen mit dem Abebben der Rohstoffpreise die Inflation bremsen sollte. Dies dürfte wiederum die Stimmung der privaten Haushalte

und Unternehmen heben und die Konjunktur stützen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird 2023 allerdings schwach ausfallen und erst 2024 wieder spürbar anziehen.

Der weltweite Konjunkturabschwung hat im III. Quartal 2022 auch Österreich erfasst. Die Exporte und die Wertschöpfung der heimischen Industrie schrumpften, während die Wirtschaftsleistung stagnierte. Im Winterhalbjahr 2022/23 dürfte das BIP merklich sinken. Anhaltend hohe Energiepreise, die kräftige Preisdynamik und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung drücken die Stimmung. In weiterer Folge dürfte sich die österreichische Wirtschaft aber erholen. Aus dem Ausland sind ab dem Frühjahr 2023 wieder merkliche Impulse zu erwarten. Zudem stabilisieren sich mit der abnehmenden Unsicherheit und der allmählichen Entspannung auf den Energiemärkten der private Konsum und die Investitionen. Zur Belebung der Konjunktur trägt auch die Entwicklung der Real-löhne pro Kopf bei: Sie werden nach den Rückgängen 2021 und 2022 im Jahr 2023 wieder steigen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8	
Herstellung von Waren	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,0	- 2,2	+ 1,5	
Handel	+ 3,0	- 5,9	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,3	+ 1,7	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	- 2,5	+ 2,6	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 1,0	+ 0,2	+ 2,2	
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,3	- 7,0	+ 11,3	- 2,0	+ 0,0	+ 3,6	
Bauten	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7	
Exporte, real	+ 4,0	- 10,7	+ 9,6	+ 8,8	+ 0,3	+ 3,3	
Warenexporte, fob	+ 3,5	- 7,3	+ 12,9	+ 6,0	- 0,1	+ 3,5	
Importe, real	+ 2,1	- 9,2	+ 13,7	+ 5,1	+ 0,9	+ 3,2	
Warenimporte, fob	+ 0,3	- 6,2	+ 14,2	+ 3,1	+ 0,1	+ 3,0	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	- 4,1	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,5	+ 5,8	
	Mrd. €	397,17	381,04	406,15	446,31	471,05	498,34
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,4	3,0	0,4	0,0	- 0,4	0,2
Verbraucherpreise		+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+ 6,5	+ 3,2
BIP-Deflator ³⁾		+ 1,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 5,0	+ 5,2	+ 3,9
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,4	4,0	4,7
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	0,1	- 0,2	- 0,1	1,7	4,4	5,7
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,6	- 8,0	- 5,9	- 3,3	- 2,0	- 1,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁵⁾		+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾		4,8	6,0	6,2	4,6	4,7	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,4	9,9	8,0	6,3	6,5	6,2
Treibhausgasemissionen ⁷⁾		+ 1,5	- 7,7	+ 4,3	- 3,0	- 1,2	+ 0,3
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	79,74	73,59	76,77	74,47	73,61	73,83

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Misst den rein inländischen Preisauftrieb. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁶⁾ Labour Force Survey. – ⁷⁾ Ab 2021: Prognose.

2022 wird das österreichische BIP aufgrund der kräftigen Konjunktur im 1. Halbjahr um 4,7% zulegen. 2023 wird die Wirtschaftsleistung hingegen weitgehend stagnieren (+0,3%) und erst 2024 wieder deutlich wachsen (+1,8%).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin günstig und dürfte sich infolge des Konjunkturabschwungs nur vorübergehend verschlechtern. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2022 (6,3%) wird die Arbeitslosenquote 2023 aufgrund der schwächeren Beschäftigungsdynamik leicht auf 6,5% steigen und 2024 wieder auf 6,2% zurückgehen.

Die Inflation dürfte ihren Höhepunkt bereits überschritten haben. Die Verbraucherpreise

steigen 2022 um 8,5%. 2023 wird sich der Preisauftrieb auf 6,5% abschwächen. Der allmähliche Rückgang der Energiepreise dämpft die Inflation trotz hoher Lohnzuwächse; 2024 legen die Verbraucherpreise somit nur mehr um 3,2% zu.

Die günstige Arbeitsmarktlage und das Auslaufen der COVID-19-Hilfsmaßnahmen verbessern 2022 den Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte. In den Folgejahren dürfte das Defizit wieder deutlich unter die Maastricht-Grenze von 3% des BIP sinken, da etliche Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung des Energiepreisanstiegs wegfallen und die Konjunktur allmählich wieder anzieht.

2. Die Lage der Weltwirtschaft

2.1 Internationale Konjunktur im Abschwung

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich seit Jahresbeginn 2022 abgeschwächt. Geopolitische Spannungen ließen die Energiepreise vielerorts in die Höhe schnellen. Zugleich trieben intensive Hitzewellen und Dürreperioden in Europa sowie in Mittel- und

Südasiens die Lebensmittelpreise. Vor diesem Hintergrund erreichte die Verbraucherpreis-inflation in vielen Ländern langjährige Höchstwerte, was zu einer raschen Straffung der Geldpolitik führte. Obwohl sich die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den meisten Ländern abgeschwächt haben, beinträchtigen wiederholte Infektionswellen

nach wie vor die Wirtschaftstätigkeit, insbesondere in China.

Die Konjunkturabschwächung trifft sowohl den produzierenden Bereich als auch die Dienstleistungen und umfasst Industrie- und Schwellenländer. Die weltweite Industrieproduktion ist zwar im III. Quartal gestiegen, womit der Rückgang im Vorquartal wieder teilweise wettgemacht wurde; Stimmungsindikatoren deuten allerdings darauf hin, dass die Folgen des allmählichen Nachfragerückgangs bald stärker spürbar werden. Dies gilt gleichermaßen für die marktbezogenen Dienstleistungen.

Im Euro-Raum legte die Wirtschaftsleistung im III. Quartal 2022 nur mehr geringfügig zu, nachdem sie im 1. Halbjahr noch gewachsen war. Während der Dienstleistungsbe- reich im Frühjahr noch von der weitgehen-

den Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen profitiert hatte, litt er ab dem Sommer zunehmend unter den kräftigen Preissteigerungen. Umfragen zufolge hat sich das Geschäftsklima auf breiter Front weiter verschlechtert; das Verbrauchervertrauen hat gar einen mehrjährigen Tiefstand erreicht.

Die Wirtschaft der USA expandierte zuletzt, nachdem das BIP in den ersten beiden Quartalen 2022 gesunken war. Maßgeblich getragen wurde das Wachstum durch das gute Auslandsgeschäft. Im Inland fiel das Bild hingegen gemischt aus. Die voranschreitende geldpolitische Straffung belastet zinsabhängige Investitionen im privaten Wohnbau und im Industriebau. Die privaten Konsumausgaben wurden dagegen mäßig ausgeweitet – unterstützt durch die gute Arbeitsmarktlage.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

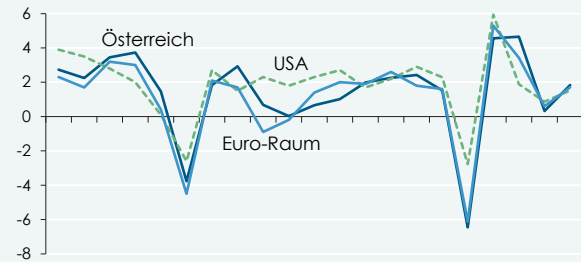
	Gewicht 2021 in %		2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Waren- exporte ¹⁾	Welt-BIP ²⁾						
	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %							
EU 27	67,6	14,9	+ 1,8	- 5,7	+ 5,4	+ 3,6	+ 0,6	+ 1,9
Euro-Raum	51,8	12,0	+ 1,6	- 6,1	+ 5,3	+ 3,4	+ 0,6	+ 1,7
Deutschland	30,1	3,3	+ 1,1	- 3,7	+ 2,6	+ 1,8	- 0,1	+ 1,6
Italien	6,8	1,9	+ 0,5	- 9,0	+ 6,7	+ 3,8	+ 0,4	+ 1,0
Frankreich	3,8	2,3	+ 1,8	- 7,8	+ 6,8	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,5
MOEL 5 ³⁾	15,4	1,7	+ 4,0	- 3,3	+ 6,0	+ 4,8	+ 0,3	+ 2,8
Ungarn	3,7	0,2	+ 4,9	- 4,5	+ 7,1	+ 5,0	- 0,4	+ 3,3
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,0	- 5,5	+ 3,5	+ 2,5	- 0,4	+ 2,3
Polen	4,0	1,0	+ 4,4	- 2,0	+ 6,8	+ 5,9	+ 0,6	+ 2,6
USA	6,7	15,7	+ 2,3	- 2,8	+ 5,9	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,5
Schweiz	5,2	0,5	+ 1,1	- 2,4	+ 4,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 2,1
Vereinigtes Königreich	2,7	2,3	+ 1,6	- 11,0	+ 7,5	+ 4,4	- 0,9	+ 0,8
China	2,9	18,6	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,1	+ 3,4	+ 4,5	+ 4,8
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 3,4	- 2,2	+ 6,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,8
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 1,9	- 5,1	+ 5,5	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,9
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 1,7	- 6,1	+ 10,8	+ 4,7	+ 0,8	+ 3,5
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			64,1	43,3	70,7	99	83	79
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			13,6	9,5	45,9	127	130	100
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			40,1	33,2	107,2	257	351	278
Peak, € je MWh			43,1	36,0	116,8	272	440	362
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,120	1,141	1,184	1,04	1,01	1,12
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,0	0,0	0,0	0,6	3,6	4,4
Sekundärmarkttrendite Deutschland, in %			- 0,3	- 0,5	- 0,4	1,2	3,9	5,4

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, Intercontinental Exchange, IWF, OECD, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2021. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2021. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

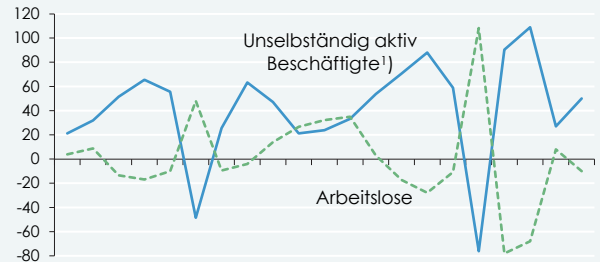
Wirtschaftswachstum

In %



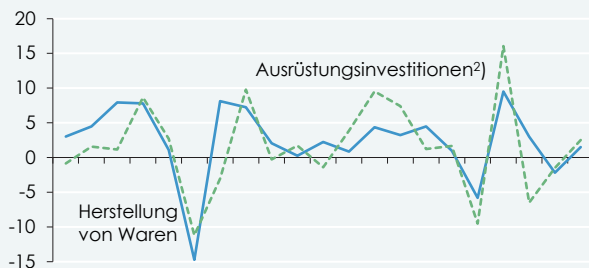
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



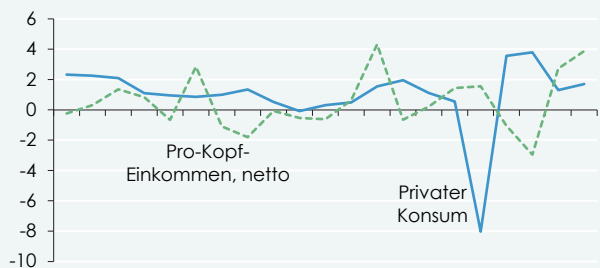
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



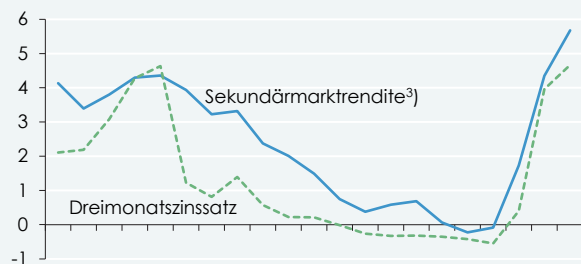
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



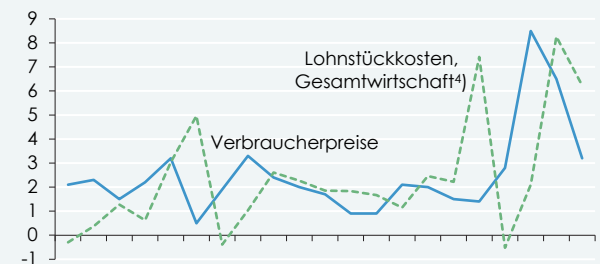
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



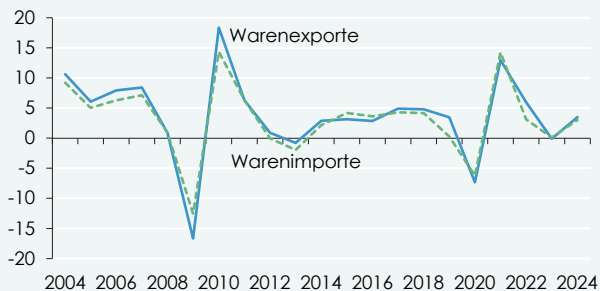
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



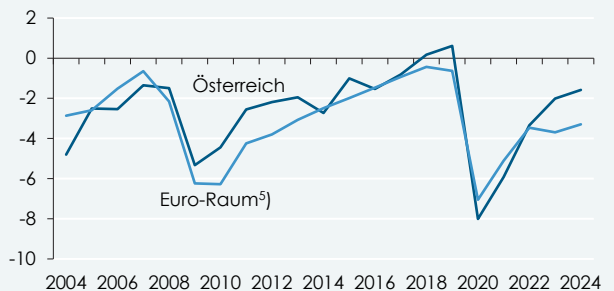
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

In China legte die Wirtschaftsaktivität im III. Quartal merklich zu, zumal sich die Maßnahmen zur Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus auf einen deutlich kleineren Teil des Landes beschränkten als noch im Frühjahr. Das kräftige Wirtschaftswachstum dürfte sich im IV. Quartal 2022 jedoch nicht fortsetzen. In den letzten Wochen zeichneten sich wegen neuer COVID-19-Fälle vielerorts wieder Verschärfungen der Eindämmungsmaßnahmen ab. Infolgedessen häuften sich zuletzt soziale Unruhen, welche die Verbraucherstimmung dämpfen und damit den Konsum belasten. Zudem bleibt die Lage auf dem Immobilienmarkt angespannt. Die kurzfristigen Konjunkturaussichten werden zusätzlich durch das nachlassende Exportgeschäft geübt.

Die Preise vieler Rohstoffe sind in den letzten Monaten vor dem Hintergrund der weltweiten Konjunkturabschwächung gesunken. Dies gilt insbesondere für Industrierohstoffe, aber auch für Rohöl. Der Beschluss der OPEC, die Rohölförderung ab November 2022 zu drosseln, unterbrach den Abwärtstrend der Rohölpreise nur vorübergehend. Die europäischen Erdgas- und Strompreise waren zuletzt deutlich niedriger als zum Höhepunkt Ende August. Der markante Preissprung bei Erdgas in den Sommermonaten wurde bereits ausgeglichen. Für die Wintermonate 2022/23 sind die europäischen Erdgasspeicher ausreichend gefüllt, obwohl Russland seine Lieferungen empfindlich gedrosselt hat.

Der Verbraucherpreisauftrieb gewann im III. Quartal – trotz der bereits tendenziell rückläufigen Rohstoffpreise – weltweit erneut an Breite. Der anhaltende Inflationsdruck führte vielerorts zu einer raschen und synchronen Straffung der geldpolitischen Rahmenbedingungen. Der EZB-Rat beschloss im September und November 2022, die Leitzinssätze jeweils um 75 Basispunkte zu erhöhen. Die Straffung der Geldpolitik ließ die langfristigen Zinsen auf zahlreiche Staatsanleihen steigen. Der Zinsabstand französischer, italienischer und spanischer Staatsanleihen gegenüber deutschen Bundesanleihen hat zwar etwas zugenommen; die vergleichsweise schwache Spreizung weist jedoch darauf hin, dass die Rückführung der lockeren Geldpolitik den Euro-Raum nicht wie in den Jahren 2011/12 zu fragmentieren droht. Dennoch ist die Unsicherheit auf den Aktienmärkten überdurchschnittlich; die Aktienkurse sind, nicht zuletzt wegen der trüben Konjunkturaussichten, tendenziell rückläufig.

Während die COVID-19-Unterstützungsleistungen zurückgefahren werden, haben viele Länder aufgrund des Anstiegs der Energie- und Lebensmittelpreise im Jahr 2022 zusätzliche Ausgabenprogramme beschlossen. Im Euro-Raum haben die Regierungen Maßnahmen zur Subventionierung des Energieverbrauchs einkommensschwacher

Haushalte aufgestockt und zusätzliche Transfers eingeführt. In einigen Ländern wurden die Steuern auf Kraftstoffe gesenkt, Subventionen für Unternehmen erhöht und Sozialleistungen und Löhne im öffentlichen Dienst angehoben. Darüber hinaus hatte der Ukraine-Krieg einen Anstieg der Militärausgaben sowie Investitionen zur Sicherung der Energieversorgung zur Folge.

In den USA sind die während der Pandemie eingeführten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen inzwischen weitgehend außer Kraft. Die Auswirkung des Inflationsbekämpfungsgesetzes auf die Nachfrage wird im Prognosezeitraum begrenzt sein. Die Kosten einer Reihe von Klima- und Energieinitiativen und die Ausweitung der Subventionen für das Gesundheitswesen dürften durch die Einführung einer Mindestkörperschaftsteuer weitgehend ausgeglichen werden. Insgesamt wird die Fiskalpolitik in den USA in den Jahren 2023 und 2024 wohl weniger expansiv sein als zuvor.

2.2 Leichte Entspannung auf den Rohstoff- und Energiemärkten

Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass die Sanktionen gegen Russland andauern, aber die Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa nicht vollständig eingestellt werden. Dennoch werden die Preise an den Spot- und Terminmärkten vorerst hoch bleiben. Angesichts der Notierungen an den Terminmärkten ist in Europa erst in der zweiten Jahreshälfte 2023 mit einem allmählichen Rückgang der Erdgaspreise zu rechnen.

Die weltweit strengeren geldpolitischen Rahmenbedingungen werden sich hemmend auf die Konjunktur auswirken und die Nachfrage dämpfen, wodurch sich die Inflationsdynamik abschwächen sollte. Auch die Verbilligung von Rohstoffen sollte den Verbraucherpreisauftrieb bremsen. Überdies sind im Oktober die Preise für Vorleistungsgüter vielerorts gegenüber dem Vormonat kaum mehr gestiegen oder sogar gesunken. Allerdings hat sich das Lohnwachstum in einigen Industrieländern verstärkt, was den Rückgang der Inflation verlangsamen könnte. Zudem setzt die Fiskalpolitik in vielen Ländern nach wie vor expansive Impulse.

Im Euro-Raum dürfte das reale BIP im Winterhalbjahr 2022/23 schrumpfen, bevor es sich im weiteren Jahresverlauf 2023 leicht erholt. Auf der Angebotsseite schränken hohe Vorleistungspreise die Produktion ein, insbesondere in energieintensiven Sektoren. Auf der Nachfrageseite dämpft vor allem die hohe Inflation die Realeinkommen und damit – trotz der erheblichen Unterstützung durch die Fiskalpolitik – den Konsum der privaten Haushalte. Zugleich belasten die Verlangsamung des Exportmarktwachstums und die steigenden Zinssätze die privaten Investi-

tionen. Die öffentlichen Investitionen werden 2023 stark zunehmen, während die Inflation aufgrund der Stabilisierung der Rohstoffpreise allmählich zurückgeht. Daher dürften 2023 und 2024 sowohl das Wachstum der Realeinkommen als auch das Wirtschaftswachstum anziehen. Der Aufschwung wird jedoch verhalten bleiben, da die Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Energiekrise langsam auslaufen und die Auswirkungen der höheren Realzinsen verstärkt auf die Wirtschaftstätigkeit durchschlagen.

Die Wirtschaft der USA wird 2023 deutlich schwächer wachsen als 2022. Der Rückgang des real verfügbaren Haushaltseinkommens beeinträchtigt weiterhin die Konsumnachfrage, und die höheren Zinssätze dämpfen die Investitionen. Unternehmensumfragen deuten auf eine weitere Abschwächung der Industriekonjunktur hin. Diese dürfte sich zunehmend negativ auf die Ausrüstungsinvestitionen auswirken, während die Bauinvestitionen bereits seit einiger Zeit rückläufig sind,

vor allem im Wohnbau. Die schwache Konjunktur dürfte insbesondere 2023 allmählich auf den Arbeitsmarkt durchschlagen und letztlich das Lohnwachstum bremsen. Der Inflationsdruck wird daher langsam abnehmen, auch begünstigt durch niedrigere Energiepreise.

In China wirkt sich die erwartete schrittweise Aufhebung der strengen COVID-19-Restriktionen im Prognosezeitraum positiv auf die Konjunktur aus. Obwohl die Normalisierung noch einige Zeit dauern wird, hat sie bereits 2023 ein spürbar kräftigeres Wachstum der Gesamtwirtschaft zur Folge. Staatliche Ausgaben, insbesondere für Infrastrukturprojekte, stützen dabei die Konjunktur. Auch von der Geldpolitik gehen expansive Impulse aus, zumal China seine Geldpolitik im Gegensatz zu den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften tendenziell gelockert hat, nachdem sie im Zuge des Immobilienbooms gestrafft worden war.

3. Weltweite Nachfrageschwäche bremst Konjunktur in Österreich

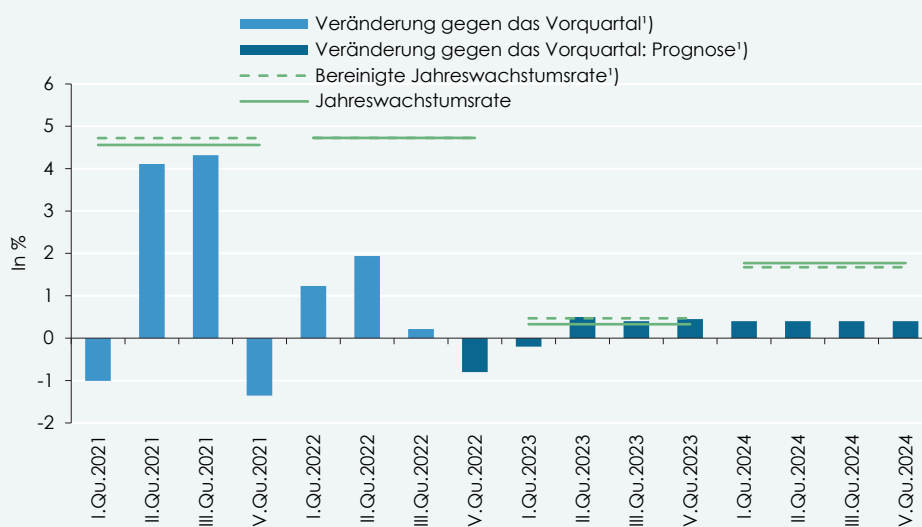
3.1 Rückgang der Wirtschaftsleistung im Winter

Die österreichische Wirtschaft wuchs bis zum Sommer 2022 kräftig. Dies war zum einen der raschen Erholung von der COVID-19-Krise geschuldet, die 2021 vor allem noch die Dienstleistungsbereiche beeinträchtigt hatte. Zum anderen wurden ab Jahresbeginn 2021 die österreichischen Warenexporte infolge der weltwirtschaftlichen Dynamik stark ausgeweitet. Davon profitierte insbesondere die Industrieproduktion, die bis zum Sommer 2022 kräftig expandierte. Im

Einklang mit der globalen Entwicklung verlor die österreichische Wirtschaft im III. Quartal 2022 jedoch abrupt an Schwung. Neben den Exporten sank auch die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung gegenüber dem Vorquartal. Zudem dämpften die hohen Energiepreise und die gestiegene Unsicherheit die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Investitionen. Der weltweite Konjunkturabschwung erfasste im Sommer also auch Österreichs Volkswirtschaft; die konjunkturelle Hochphase ist vorläufig zu Ende.

Abbildung 2: Konjunkturbild Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitstagbereinigt gemäß Eurostat.

Im Winterhalbjahr 2022/23 dürfte die Wirtschaftsleistung merklich zurückgehen. Gemäß WIFO-Konjunkturtest schätzen die Unternehmen die aktuelle Lage in vielen Branchen zwar noch günstig ein, die Erwartungen haben sich jedoch stark eingetrübt. Anhaltend hohe Energiepreise, die starke Preisdynamik und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung dämpfen die Stimmung. Dennoch scheinen sich die Konjunkturindikatoren zum Jahresende hin etwas zu stabilisieren. Die Rohstoffmärkte entspannen sich leicht, die Lieferkettenprobleme lösen sich aufgrund der schwächer werdenden Nachfrage mit der Zeit auf, und der Höhepunkt der Inflation dürfte überschritten sein.

Es ist daher zu erwarten, dass sich die österreichische Wirtschaft ab 2023 allmählich erholt. Aus dem Ausland dürften ab dem Frühjahr wieder merkliche Impulse kommen. Auch der private Konsum und die Investitionen stabilisieren sich mit der abnehmenden

Unsicherheit und der allmählichen Entspannung auf den Energiemärkten. Der fortgesetzte geopolitische Konflikt mit Russland könnte allerdings immer wieder zu neuerlichen Anspannungen führen und die Erholung verzögern. Auch der Zinsanstieg aufgrund der geldpolitischen Straffung wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Nichtsdestotrotz dürfte die heimische Wirtschaft im 2. Halbjahr 2023 wieder auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Dazu trägt auch die Entwicklung der Reallohne pro Kopf bei. Diese werden nach Rückgängen 2021 und 2022 im Jahr 2023 wieder steigen.

Aufgrund der kräftigen Konjunktur im 1. Halbjahr dürfte das österreichische BIP im Gesamtjahr 2022 um 4,7% wachsen. 2023 mündet die flauere Konjunktur im Winterhalbjahr in einer Stagnation der Wirtschaftsleistung (+0,3%). 2024 wird das Wachstum dann wieder deutlich auf 1,8% anziehen.

Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2021	2022	2023	2024
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,8	+ 2,1	- 0,0	+ 0,7
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 6,1	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,6
Jahreswachstumsrate	in %	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	+ 4,7	+ 4,7	+ 0,5	+ 1,7
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,0	± 0,0	- 0,1	+ 0,1

Q: WIFO. 2022 bis 2024: Prognose. – 1) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalltages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 4: Revision der Wachstumsprognose BIP, real

		2022	2023
WIFO-Konjunkturprognose Oktober 2022	in %	+ 4,8	+ 0,3
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,1	+ 0,0
Prognosefehler für das III. Quartal 2022 ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,1	+ 0,1
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2022	in %	+ 4,7	+ 0,5

Q: WIFO. Auf Basis saison- und arbeitstagsbereinigter Werte gemäß Eurostat. – 1) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2022 herangezogen wurde. – 2) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2022 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

3.2 Warenaußenhandel treibt Konjunktur

Der österreichische Warenaußenhandel wurde im 1. Halbjahr 2022 kräftig ausgeweitet. Der weltweite Konjunkturaufschwung beflügelte die Exportnachfrage nach Maschinen und bearbeiteten Waren. Hierbei dürften sich insbesondere die hohen

Auftragsbestände der ausländischen Investitionsgüterindustrie, für die Österreich einen wichtigen Zulieferer darstellt, positiv ausgewirkt haben. Auch die vermehrte Lagerhaltung zur Absicherung gegenüber Preissteigerungen bei Vorprodukten könnte eine Rolle gespielt haben. Die österreichische Kfz-Industrie trug dagegen – wohl vor allem

wegen der Krise der deutschen Automobilindustrie – nur wenig zum Exportwachstum bei.

Die kräftige Exportdynamik riss im III. Quartal allerdings jäh ab. Die Abschwächung der Weltkonjunktur hatte im Sommer einen Rückgang der Warenexporte gegenüber dem Vorquartal zur Folge. Für das IV. Quartal 2022 deuten die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests auf einen neuerlichen Rückgang hin. Auch wenn die Auftragsbestände nach wie vor überdurchschnittlich sind, überwiegen die negativen Exporterwartungen mittlerweile deutlich. 2022 wachsen die österreichischen Warenexporte noch kräftig, 2023 dürften sie preisbereinigt jedoch stagnieren.

Wichtige Handelspartner erleben einen Konjunkturabschwung, der im Winterhalbjahr 2022/23 in etlichen Ländern zu einer Rezession führen dürfte. Das österreichische Marktwachstum wird daher 2023 verhalten bleiben. Auch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der hohen Energiepreise dämpft die Warenexporte, da es so schwieriger wird, Marktanteile zu halten, insbesondere in energieintensiven Teilen der Exportindustrie (chemische Industrie, Papier- und Stahlerzeugung). Erst 2024, wenn die internationale Konjunktur anzieht, werden sich auch die Ausfuhren wieder merklich günstiger entwickeln.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2021	2022	2023	2024	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben insgesamt	258,78	267,20	270,43	274,14	+ 4,8	+ 3,3	+ 1,2	+ 1,4
Private Haushalte ¹⁾	181,82	188,73	191,18	194,43	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,3	+ 1,7
Staat	76,86	78,40	79,18	79,66	+ 7,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,6
Bruttoinvestitionen	99,91	100,38	100,33	103,00	+ 11,4	+ 0,5	- 0,1	+ 2,7
Bruttoanlageinvestitionen	95,38	94,39	94,54	96,65	+ 8,7	- 1,0	+ 0,2	+ 2,2
Ausrüstungen ²⁾	31,79	29,73	29,28	30,01	+ 16,0	- 6,5	- 1,5	+ 2,5
Bauten	41,97	41,97	42,09	42,39	+ 5,8	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7
Sonstige Anlagen ³⁾	21,66	22,64	23,09	24,24	+ 5,1	+ 4,5	+ 2,0	+ 5,0
Inländische Verwendung	358,97	368,09	370,72	377,10	+ 6,5	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,7
Exporte	211,50	230,16	230,79	238,50	+ 9,6	+ 8,8	+ 0,3	+ 3,3
Reiseverkehr	6,32	12,00	11,79	12,52	- 32,5	+ 89,9	- 1,7	+ 6,2
Minus Importe	205,92	216,35	218,40	225,38	+ 13,7	+ 5,1	+ 0,9	+ 3,2
Reiseverkehr	5,34	7,92	7,88	7,96	+ 60,0	+ 48,4	- 0,6	+ 1,1
Bruttoinlandsprodukt	365,16	382,17	383,41	390,47	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8
Nominell	406,15	446,31	471,05	498,34	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,5	+ 5,8

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Die österreichischen Warenimporte steigen 2022 ebenfalls kräftig, wobei sich die Preissteigerungen bei Energie und Vorprodukten deutlich niederschlugen. Die Importdynamik hat sich allerdings im Jahresverlauf spürbar verlangsamt. Der Boom bei dauerhaften Konsumgütern, der in der COVID-19-Krise eingesetzt hatte, trug zu Jahresbeginn noch merklich zum Importwachstum bei. Im Frühjahr 2022 dürften die stärksten Impulse dann aus der Exportindustrie gekommen sein, die ihre hohen Auftragsbestände abarbeitete und deshalb verstärkt Vorprodukte nachfragte. Die schwache Investitionskonjunktur dämpfte hingegen die reale Importdynamik, ebenso wie der Rückgang der eingeführten Energiemenge ab dem Frühjahr. Diese Entwicklungen dürften anhalten und dazu führen, dass die Importe im Winter 2022/23 weiter zurückgehen und erst danach wieder etwas zunehmen.

Aufgrund der hohen Preissteigerungen bei Energie und Vorprodukten hat sich die Leistungsbilanz 2022 deutlich verschlechtert. 2023 dürfte sie erstmals wieder negativ aus-

fallen und sich erst 2024 im Zuge der Konjunkturerholung wieder verbessern. Die Terms-of-Trade werden sich 2023 abermals verschlechtern, auch wenn von den Energiepreisen kein weiterer Druck zu erwarten ist, und sich erst im Folgejahr wieder erholen.

3.3 Industrie im Fahrwasser des internationalen Handels

Österreichs Sachgütererzeugung wuchs im 1. Halbjahr 2022 im Zuge des Exportbooms kräftig. Im III. Quartal ging die Wertschöpfung jedoch zurück. Der Abwärtstrend dürfte auch im Winterhalbjahr 2022/23 anhalten, wengleich sich die Konjunkturindikatoren zuletzt etwas stabilisiert haben. Die Auftragsbestände schrumpften in der zweiten Jahreshälfte 2022 deutlich und die Erwartungen zur künftigen Geschäftsentwicklung fallen mehrheitlich pessimistisch aus. Die Konjunkturabschwächung zeigt sich auch darin, dass immer mehr Sachgütererzeuger den Nachfragemangel als wichtiges Produktionshemmnis wahrnehmen, auch wenn der

Mangel an Arbeitskräften und Vorprodukten weiterhin dominiert. Die Unsicherheit, insbe-

sondere hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Energiepreise, ist weiterhin hoch.

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,29	4,20	4,26	4,26	+ 4,5	- 2,0	+ 1,5	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	68,46	70,51	68,96	69,99	+ 9,6	+ 3,0	- 2,2	+ 1,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,83	10,02	9,94	10,06	- 2,4	+ 2,0	- 0,8	+ 1,2
Bauwirtschaft	19,80	19,84	19,90	20,00	+ 2,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,44	40,43	41,48	42,52	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5
Verkehr	17,02	18,72	17,22	17,57	+ 2,5	+ 10,0	- 8,0	+ 2,0
Beherbergung und Gastronomie	8,89	14,04	14,19	14,89	- 13,2	+ 58,0	+ 1,0	+ 5,0
Information und Kommunikation	13,37	13,84	13,91	14,02	+ 3,5	+ 3,5	+ 0,5	+ 0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,21	15,13	15,54	16,17	+ 1,1	- 0,5	+ 2,7	+ 4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,35	32,03	32,36	32,52	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	33,46	35,07	35,42	36,41	+ 6,8	+ 4,8	+ 1,0	+ 2,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	56,78	58,14	59,02	59,61	+ 5,2	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,56	7,86	7,98	8,05	+ 2,4	+ 4,0	+ 1,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	324,35	339,81	340,44	346,34	+ 4,0	+ 4,8	+ 0,2	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt	365,16	382,17	383,41	390,47	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8

Q: WIFO, Statistik Austria, 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitt R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 7: Produktivität

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,6	- 8,7	+ 4,8	+ 3,5	+ 0,2	+ 1,0
Stundenproduktivität ²⁾	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,8
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,3	- 1,9	+ 2,4	+ 3,1	+ 0,7	+ 1,1
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,0	- 2,2	+ 1,5
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 0,9	- 6,3	+ 5,1	+ 2,2	- 1,3	+ 0,6
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,0	+ 0,5	+ 4,2	+ 0,8	- 0,9	+ 0,9
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,7	- 1,4	+ 0,4	+ 2,0	- 0,2	+ 0,8

Q: WIFO, Statistik Austria, 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Die österreichische Industrie befindet sich dennoch in einer guten Ausgangsposition. Die Auftragsbestände sind trotz deutlicher Rückgänge nach wie vor hoch. Viele Unternehmen arbeiten nun Aufträge ab, die sich aufgrund der Lieferkettenprobleme verzögert haben. Dementsprechend war auch die Kapazitätsauslastung im Herbst 2022 noch durchschnittlich. Ab dem Frühjahr 2023 dürfte sich die Industrieproduktion im Gefolge der internationalen Konjunkturbelebung allmählich erholen, wenn die Energiepreise wieder zu sinken beginnen und die Unsicherheit langsam abnimmt. Dies dürfte

auch die Investitionstätigkeit schrittweise beleben, die bereits im Frühjahr 2022 eingebrochen war. Da die Investitionen stark von den Erwartungen zur künftigen Geschäftslage abhängen, wirkte sich die gestiegene Unsicherheit nach Ausbruch des Ukraine-Krieges besonders negativ aus. Allerdings werden diese dämpfenden Effekte durch die stimulierende Wirkung der Investitionsprämie überlagert. Auch wenn sich die Geschäftslage 2023 allmählich wieder bessert, dürften die Investitionen erst zeitverzögert anziehen, sodass sie im Gesamtjahr 2023 weitgehend stagnieren und erst 2024 wieder deutlich

zulegen. Auch etliche andere Wirtschaftsaktivitäten (z. B. Werbetätigkeit, Projekte in der Informations- und Kommunikationstechnologie), die zur Wertschöpfung der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen beitragen, dürften erst verzögert wieder forciert werden.

3.4 Bauwirtschaft in einer Schwächephase

Die heimische Bauwirtschaft befindet sich seit geraumer Zeit in einer Schwächephase. Die Wohnbauinvestitionen sind bereits seit Mitte 2021 rückläufig. Im III. Quartal 2022 sanken darüber hinaus auch die Nicht-Wohnbauinvestitionen und die Wertschöpfung der Bauwirtschaft. Maßgeblich für diese Abschwächung sind die hohen Baukosten, die 2021 und 2022 um jeweils 10% gestiegen sind und nunmehr die Nachfrage dämpfen. Wirken 2021 noch die Ausläufer einer raschen Erholung der Bauwirtschaft von der COVID-19-Krise preistreibend, so sind es 2022 vor allem die hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie die Engpässe bei Vorprodukten. Auch der allmähliche Anstieg der Zinsen dürfte dämpfend auf die Nachfrage wirken.

Vorlaufindikatoren lassen darauf schließen, dass sich die Bauwirtschaft auch im IV. Quartal 2022 nicht erholt, womit die Bauinvestitionen 2022 stagnieren. Mit der allmählichen Entspannung der Energiepreise dürften die Baukosten in den Folgejahren weniger stark steigen als bisher, wodurch die Bautätigkeit wieder etwas an Schwung gewinnt. Der

schwachen Nachfrage im Wohnungsneubau stehen verstärkte Sanierungsinvestitionen infolge der hohen Energiepreise gegenüber. Stützend wirkt auch der Tiefbau, der vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs profitiert. Hinzu kommen Investitionen in erneuerbare Energie und die digitale Infrastruktur.

3.5 Privater Konsum und Tourismus entwickeln sich 2023 verhalten

Der Konsum der privaten Haushalte ging bereits im Frühjahr 2022 gegenüber dem Vorquartal zurück und nahm im Sommer weiter ab. Das hohe Aufholpotenzial nach der Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen war bereits im I. Quartal 2022 weitgehend ausgeschöpft. Ab dem II. Quartal hemmten dann die gestiegene Unsicherheit infolge des Ukraine-Krieges, der starke Anstieg der Energiepreise und der zunehmende Verbraucherpreisaufrtrieb die Erholung. Diese Faktoren halten an und dämpfen die Konsumausgaben auch zu Jahresende. Zudem schrumpfen 2022 die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wegen der hohen Inflation deutlich. Dies wird allerdings durch einen Rückgang der Sparquote abgefedert. Im Gesamtjahr 2022 legen die privaten Konsumausgaben daher zu, vor allem aufgrund der starken Erholung zu Jahresbeginn. Während der Konsum von Dienstleistungen und nichtdauerhaften Konsumgütern 2022 ausgeweitet wurde, hielt der in der COVID-19-Krise beobachtete Boom bei dauerhaften Konsumgütern nicht an.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,3	+ 1,7
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,2	- 2,2	+ 4,4	- 2,5	+ 2,6	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,6	- 8,6	+ 3,5	+ 4,5	+ 1,2	+ 1,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,6	- 2,9	+ 1,9	- 1,4	+ 0,3	+ 3,8
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,6	13,3	12,0	7,3	6,4	8,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,0	12,8	11,4	6,7	5,8	7,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 7,2	+ 7,0	+ 5,8
	Verbraucherpreise					
National	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+ 6,5	+ 3,2
Harmonisiert	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 6,6	+ 3,0
Kerninflation ²⁾	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,0	+ 5,3	+ 3,2

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – 1) Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

2023 dürften die Konsumausgaben der privaten Haushalte nur verhalten wachsen. Die real verfügbaren Einkommen stagnieren weitgehend, u. a. deshalb, da die Auszahlungen aus dem Klimabonus 2023 deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Wie schon 2022 dürfte die Sparquote auch 2023 weiter zurückgehen. Erst 2024 sollten die Einkommen wieder deutlich steigen und die Konsumausgaben trotz eines merklichen Anstiegs der Sparquote wieder etwas anziehen.

Der Preisauftrieb und die hohe Unsicherheit belasten auch den österreichischen Tourismus. Zwar dürften 2022 die Reiseverkehrsexporte und die Wertschöpfung in der Beherbergung und Gastronomie kräftig wachsen, wodurch der Einbruch in den beiden Vorjahren teilweise wieder wettgemacht wird. 2023 wird die reale Tourismusnachfrage aus dem Ausland dann allerdings leicht sinken, weil Ausgaben für Urlaubsreisen eher eingeschränkt werden können als jene für Lebensmittel oder Wohnen. Viele Gäste dürften daher ihren Urlaub aus Spargründen verkürzen, auf günstigere Unterkünfte umsteigen, Nebenausgaben während der Reise (etwa in Gastronomie und Handel) einschränken,

oder andere Destinationen wählen. Erst 2024 wird der Reiseverkehr wieder deutlich zunehmen.

3.6 Vorübergehende Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich 2022 weiterhin günstig. Zwar hat das Beschäftigungswachstum in der zweiten Jahreshälfte an Schwung verloren, im Jahresdurchschnitt nimmt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten aber deutlich zu. Die Beschäftigungsausweitung zeigt sich breit über alle Sektoren. Insbesondere die während der COVID-19-Pandemie stark eingeschränkten Bereiche Beherbergung und Gastronomie verzeichnen kräftige Zuwächse. Hier liegt die Beschäftigung im 2. Halbjahr 2022 wieder deutlich über dem Vorkrisenniveau von 2019. Lediglich in den sonstigen Dienstleistungen ist die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten Ende 2022 noch deutlich geringer als vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Zusätzlich zu den starken Beschäftigungszuwächsen wird 2022 auch die Kurzarbeit weiter zurückgefahren, womit das Arbeitsvolumen kräftig steigt.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 61,4	- 76,6	+ 96,6	+ 114,0	+ 28,0	+ 53,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+ 109,0	+ 27,0	+ 50,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 12,3	- 53,9	+ 28,1	+ 22,0	+ 5,0	+ 12,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	+ 87,0	+ 22,0	+ 38,0
Selbständige ²⁾	+ 2,5	- 0,5	+ 6,2	+ 5,0	+ 1,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 11,4	+ 9,9	+ 5,4	+ 26,7	+ 10,5	+ 4,6
Erwerbspersonen ³⁾	+ 50,6	+ 31,7	+ 18,7	+ 46,0	+ 36,0	+ 43,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	- 68,0	+ 8,0	- 10,0
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	- 1,0	± 0,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	4,8	6,0	6,2	4,6	4,7	4,5
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,6	8,9	7,2	5,6	5,8	5,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,4	9,9	8,0	6,3	6,5	6,2
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,3
Arbeitslose (laut AMS)	- 3,5	+ 35,9	- 19,0	- 20,5	+ 3,0	- 3,7
Stand in 1.000	301,3	409,6	331,7	263,7	271,7	261,7

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

2023 dürfte die Beschäftigungsdynamik im Einklang mit dem Konjunkturverlauf spürbar abebben und erst 2024 wieder etwas an Schwung gewinnen. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Kopf sinkt in beiden Jahren leicht, wodurch das Arbeitsvolumen erst 2024 in etwa wieder das Vorkrisenniveau von 2019 erreicht.

Die Arbeitslosigkeit geht 2022 deutlich zurück und ist damit niedriger als vor der COVID-19-Pandemie, dürfte aber 2023 aufgrund der schwächeren Beschäftigungsdynamik wieder etwas zunehmen. Darin schlägt sich auch der verstärkte Übertritt Ukraine-Vertriebenen in den österreichischen Arbeitsmarkt nieder. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition sinkt 2022 zunächst auf 6,3%, steigt 2023 wieder auf 6,5%, und geht 2024 erneut auf 6,2% zurück.

Die Löhne und Gehälter pro Kopf wachsen 2022 empfindlich schwächer als die Verbraucherpreise. Nach Abzug der Inflation kommt es daher wie schon im Vorjahr zu Nettoallohnverlusten. Die Lohnabschlüsse im Herbst 2022 (Handel, Metallindustrie, öffentlicher Dienst, Sozialwirtschaft usw.) lagen teilweise über den (rollierenden) Preissteigerungsrate gegenüber dem Vorjahr. Mit einer vom WIFO erwarteten unterjährigen Inflationsrate von über 9% im Frühjahr dürften auch die dann anstehenden Lohnabschlüsse (in Bauwirtschaft, Elektroindustrie, Tourismus usw.) kräftig ausfallen. Diese Abschlüsse wirken auch in das Folgejahr fort, weshalb die Lohnsteigerungen 2024 höher ausfallen als die Inflation.

Übersicht 10: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,7	+ 7,9	+ 6,8
Real ²⁾						
Brutto	+ 1,3	+ 0,8	- 0,3	- 4,4	+ 1,3	+ 3,5
Netto	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1	- 2,9	+ 2,7	+ 3,9
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,9	+ 9,4	- 4,1	- 3,3	+ 3,3	+ 4,1
	In%					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	69,2	68,9	68,6	68,9	70,4	72,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 7,4	- 0,5	+ 2,1	+ 8,3	+ 6,2
Herstellung von Waren	+ 3,2	+ 4,6	- 5,6	+ 4,2	+ 10,9	+ 5,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	- 1,8	+ 2,1	+ 2,7
Real	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	- 2,0	+ 3,0	+ 4,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

3.7 Höhepunkt der Inflation bereits überschritten

Der starke Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise ab dem Frühjahr 2022 hat die Inflationsrate in Österreich in enorme Höhen getrieben. Gegen Jahresende zeichnet sich allerdings eine Stabilisierung des Verbraucherpreisauftriebs ab. Dazu trägt vor allem die leichte Entspannung auf den Rohstoff- und Energiemärkten bei. Die höheren Energiepreise dürften allerdings noch nicht vollständig auf die Verbraucherpreise überwältigt worden sein. Die Strompreisbremse dämpft

im Jahr 2023 die Inflation merklich (um etwa 1 Prozentpunkt).

Der Höhepunkt der Verbraucherpreisinflations dürfte überschritten sein; die Preisdynamik sollte sich im Jahresverlauf 2023 abschwächen. Zwar fallen die Lohnsteigerungen 2023 und 2024 wesentlich stärker aus als in den Vorjahren, der allmähliche Rückgang der Energiepreise dämpft jedoch die Inflation. Nach 8,5% 2022 dürfte sie 2023 auf 6,5% und 2024 auf 3,2% sinken. Der BIP-Deflator, der den inländischen Preisauftrieb abbildet, steigt 2022 und 2023 um jeweils gut 5% und damit wesentlich schwächer als die Ver-

braucherpreise. Die Terms-of-Trade verschlechtern sich 2022 aufgrund des energiepreisbedingten starken Anstiegs der Importpreise deutlich, und dürften 2023 weiter leicht sinken, bevor sie 2024 wieder geringfügig steigen.

3.8 Verbesserung der öffentlichen Haushalte trotz zahlreicher Unterstützungsmaßnahmen

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von mehreren, gegenläufigen Faktoren beeinflusst. Zum einen laufen 2022 etliche temporäre Unterstützungsmaßnahmen aus, die zum Ziel hatten, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen abzufedern. Dies verbessert den Finanzierungssaldo. Zudem verringern sich durch den kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit die entsprechenden Kosten für die öffentliche

Hand. Zum anderen wurden Maßnahmen zur Abfederung der hohen Inflation, wie etwa die Strompreisbremse und Teuerungsausgleiche, neu beschlossen oder aufgestockt. Zudem wurde der Klimabonus angehoben. Für die Unternehmen werden ein Energiekostenzuschuss und eine Strompreiskompensation gewährt, die vor allem 2023 zu höheren Ausgaben führen. Auch die Indexierung von Sozial- und Familienleistungen und der zweite Teil der Steuerreform belasten 2022 bis 2024 die öffentlichen Haushalte. Die Aufstockung der Erdgasreserven erhöht 2022 merklich die Staatsausgaben. Nicht zuletzt steigen auch die Ausgaben für die Grundversorgung der Ukraine-Vertriebenen und der Geflüchteten aus anderen Ländern. Die steigenden Zinsen schlagen sich allmählich, insbesondere ab 2023, in höheren Ausgaben nieder. Die Zinsausgabenquote bleibt mit 1,3% (2024) dennoch niedrig.

Übersicht 11: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,6	- 8,0	- 5,9	- 3,3	- 2,0	- 1,6
Primärsaldo des Staates	2,0	- 6,7	- 4,8	- 2,3	- 0,9	- 0,3
Staatseinnahmen	49,2	48,7	50,0	49,5	49,4	49,3
Staatsausgaben	48,6	56,7	56,0	52,8	51,4	50,9
	In%					
Geldpolitik						
Dreimonatsszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	0,4	4,0	4,7
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,1	- 0,2	- 0,1	1,7	4,4	5,7

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Insgesamt verbessert sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte 2022/2024 deutlich. Das Defizit dürfte, ausgehend von knapp 6% des BIP 2021, bis 2024 auf 1,6% zurückgehen. Infolgedessen, aber vor allem aufgrund des kräftigen Wachstums des nominellen Bruttoinlandsproduktes, nimmt auch die Staatsschuldenquote von etwa 82% (2021) auf 74% (2024) ab.

3.9 Konjunkturabschwächung verringert Treibhausgasemissionen

In den ersten zehn Monaten 2022 wurde in Österreich aufgrund preisbedingter Einsparungen und der relativ milden Herbst- und Wintermonate deutlich weniger Erdgas verbraucht als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Mit dem Rückgang der Wirtschaftsleistung im IV. Quartal dürfte der Jahresverbrauch um 10% geringer ausfallen als 2021. Auch der Kraftstoffverbrauch entwickelt sich seit den merklichen Preisanstiegen im März 2022 verhalten, sodass der Jahresabsatz leicht unter jenem des Vorjahres liegen sollte. Eine wesentliche Rolle dürfte hierbei

auch ein geringerer Kraftstoffexport im Tank gespielt haben, da die Kraftstoffpreise in Österreich lange Zeit höher waren als in den Nachbarländern. Zudem werden 2022 infolge einer geringeren Stahlerzeugung etwas weniger Kohle und Koks verfeuert. Insgesamt dürften die Treibhausgasemissionen 2022 daher um 3% sinken.

Im Jahr 2023 werden sich der Verbrauch von Erdgas und die Stromproduktion aus Wasserkraft wieder normalisieren. Die Pkw-Fahrleistung wird angesichts der hohen Inflation vergleichsweise gering bleiben. Der Konjunkturabschwächung, der auch die Stahlerzeugung trifft, zieht hingegen einen Rückgang der Emissionen nach sich, wodurch der Ausstoß von Treibhausgasen 2023 um voraussichtlich 1,2% sinkt. 2024 dürften die Fortsetzung des Trends in Richtung höherer Energieeffizienz und der weitere Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung und Beheizung die Emissionen dämpfen. Infolge der konjunkturellen Erholung – insbesondere in der Stahlproduktion, die wieder ein in etwa durchschnittli-

ches Niveau erreicht – werden jedoch wieder mehr Treibhausgase emittiert, sodass die

Emissionen 2024 insgesamt leicht zunehmen (+0,3%).

4. Abwärtsrisiken überwiegen

Die Risiken für die internationale und die österreichische Wirtschaft sind weiterhin erheblich. Im Ukraine-Krieg gibt es keine Anzeichen für eine schnelle Entspannung. Zugleich verschlechtern sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland zunehmend. Dies belastet sowohl die russische als auch die europäischen Volkswirtschaften. Eine vollständige Unterbrechung der Erdgaslieferungen aus Russland steht nach wie vor im Raum und könnte die Erdgaspreise im Frühjahr 2023 weiter in die Höhe treiben, sobald die Lagerstände nach dem Winter niedrig sind. Darüber hinaus birgt die Abkehr der EU vom Rohstofflieferanten Russland nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig Inflationsrisiken, wenn die Mitgliedsländer nicht in der Lage sind, auf dem Weltmarkt ausreichend Ersatz zu finden, insbesondere bei Erdgas. Dies gilt ebenso für die kürzlich von der EU eingeführte Preisobergrenze von 60 \$ für den

weltweiten Bezug von russischem Rohöl, wenngleich deren Folgen aus heutiger Sicht schwer absehbar sind.

Außerdem besteht das Risiko, dass der hohe Preisauftrieb noch länger anhält. Zwar wird für 2023 und 2024 eine deutliche Abkühlung der Inflation prognostiziert; neuerliche Schocks bei den Energie- und Lebensmittelpreisen könnten jedoch die Gesamtinflation längerfristig erhöhen. Dies birgt das Risiko steigender Inflationserwartungen und einer noch restriktiveren geldpolitischen Reaktion. Bisher scheinen sich diese Risiken noch in Grenzen zu halten, was zum Teil auf die entschiedeneren Straffung der Geldpolitik zurückzuführen ist; ein anhaltender Anstieg der Vorleistungskosten könnte die Unternehmen jedoch dazu veranlassen, die höheren Kosten weiterzugeben, um ihre Gewinnspannen zu wahren.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

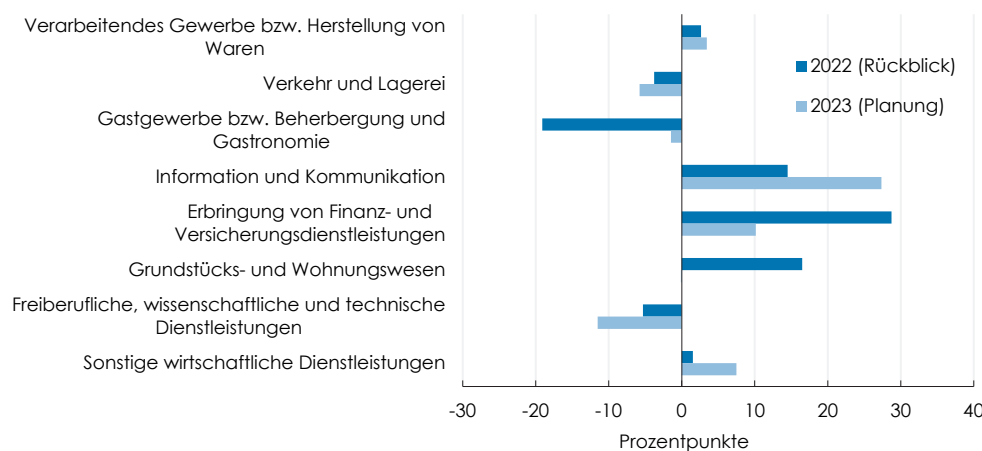
Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im November 2022 befragte das WIFO rund 1.800 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen.
- Nach Wirtschaftszweigen entwickelten sich die Investitionen im Jahr 2022 sehr uneinheitlich. Während sie im Gastgewerbe stark schrumpften, weiteten Finanz- und Versicherungsdienstleister ihre Investitionen aus.
- Für 2023 zeigt sich eine deutliche Rücknahme der Investitionspläne, vor allem im Dienstleistungssektor.
- KMU planen Reduktionen, während Großbetriebe ihre Investitionen ausweiten dürften.
- Technologische Entwicklungen sind die wichtigste Triebkraft der Investitionstätigkeit.
- Die meisten der geplanten Investitionen dienen dem Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen eine geringere Rolle.

Entwicklung der Investitionen



"Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung dürfte die Investitionstätigkeit 2023 spürbar nachlassen. Dieser Rückgang ist vom Dienstleistungssektor getragen."

Die WIFO-Investitionsbefragung weist Salden zwischen den Anteilen der Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen in Prozentpunkten aus. Diese lassen eine Abschätzung der Entwicklung der Investitionen auf Branchenebene zu (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung zeigen für 2022 eine gedämpfte Investitionsnachfrage. Nach Branchen ist das Bild gemischt. Während einige Sektoren wie etwa das Gastgewerbe von einem starken Einbruch ihrer Investitionstätigkeit im Jahr 2022 berichten, melden Unternehmen anderer Branchen, etwa Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, weiterhin eine kräftige Expansion. Sachgütererzeuger sind hinsichtlich ihrer Investitionspläne zwar deutlich zurückhaltender als Dienstleister, diese planen jedoch für 2023 abermals eine Einschränkung ihrer Investitionstätigkeit. Großbetriebe dürften ihre Investitionen 2023 stärker ausweiten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten dienen Investitionen dem Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen als Investitionszweck lediglich eine untergeordnete Rolle.

Investment Plans for 2023 Significantly Reduced. Results of the Autumn 2022 WIFO-Investitionsbefragung

The results of the WIFO-Investitionsbefragung (investment survey) show subdued investment demand for 2022. The picture across industries is mixed. While some, such as accommodation and food service activities, report a sharp drop in their investment activity in 2022, others, such as financial and insurance activities, continue to report strong expansion. Although companies in the manufacturing sector are significantly more restrained in their investment plans than firms in services, the latter are again planning to curtail their investment activity in 2023. Large companies are more likely to expand their investments in 2023 than small and medium-sized companies (SMEs). Investment activity is primarily driven by technological developments. Most often, investments are made to replace old plant or equipment. Capacity expansions play only a minor role as an investment objective.

JEL-Codes: D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose, Konjunkturtest, Befragung, Österreich

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 16. 12. 2022

Kontakt: Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Nach der kräftigen Expansion im 1. Halbjahr 2022 befindet sich Österreichs Volkswirtschaft mittlerweile in einem Abschwung.

Die Aufhebung der COVID-19-Maßnahmen hatte im 1. Halbjahr 2022 zu einem kräftigen Wachstum des Dienstleistungssektors geführt, das vom Konsum getragen wurde. Diese starke Expansion setzte sich im 2. Halbjahr 2022 nicht weiter fort. Der internationale Konjunkturabschwung hat auch die österreichische Volkswirtschaft erfasst. Die Konjunkturabschwächung betrifft sämtliche Wertschöpfungsbereiche, wobei vor allem das energieintensive verarbeitende Gewerbe bereits schrumpfen dürfte. Das reale BIP wuchs 2022 um voraussichtlich 4,7% und dürfte 2023 stagnieren (+0,3%). Da die Inflation hoch bleibt, steuert Österreichs Wirtschaft erstmals seit den 1970er-Jahren auf eine Stagflation zu (Ederer & Glocker, 2022).

Die kräftige Inflation und die hohe Unsicherheit prägen das Investitionsumfeld.

Im Winterhalbjahr 2022/23 dürfte die Wirtschaftsleistung merklich zurückgehen. Gemäß WIFO-Konjunkturtest schätzen die Unternehmen die aktuelle Lage in vielen Branchen zwar noch positiv ein, die Erwartungen haben sich jedoch deutlich eingetrübt. Anhaltend hohe Energiepreise, der lebhafteste Preisauftrieb und die Unsicherheit über die

weitere Entwicklung dämpfen die Stimmung. Dennoch scheinen sich die Konjunkturindikatoren zu Jahresende 2022 etwas stabilisiert zu haben. Die Rohstoffmärkte haben sich leicht entspannt und die Lieferkettenprobleme lösen sich auch aufgrund der schwächeren Nachfrage auf. Der Höhepunkt der Inflation dürfte überschritten sein. Es ist daher zu erwarten, dass sich die österreichische Wirtschaft im Jahresverlauf 2023 allmählich erholt. Aus dem Ausland dürften ab dem Frühjahr wieder positive Konjunkturimpulse kommen. Auch der private Konsum dürfte sich mit der abnehmenden Unsicherheit und der allmählichen Entspannung auf den Energiemärkten stabilisieren (Ederer & Glocker, 2022).

Hohe Energie- und Rohstoffpreise treiben in vielen Ländern nicht nur die Verbraucherpreis-inflation, sondern auch die Investitionskosten. Die enormen Preissteigerungsraten ziehen eine rasche Straffung der Geldpolitik nach sich (Ederer & Glocker, 2022). Das veränderte Zinsumfeld zeigt sich auch in den Befragungsdaten des WIFO zu den Kredit-

bedingungen für österreichische Unternehmen. Im November 2022 erhöhte sich die Kredithürde – definiert als Saldo des Anteils der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken als entgegenkommend bezeichnen, und des Anteils der Unternehmen, welche sie als restriktiv empfinden – deutlich gegenüber dem Vorquartal (-8,3 Punkte) und war mit -18,6 Punkten ähnlich ungünstig wie zuletzt im Herbst 2014. Nach Unternehmensgröße zeigten sich durchgängig kräftige Anstiege, aber auch merkliche Niveauunterschiede: Kleinere Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten empfinden die Kreditbedingungen als restriktiver (-21,3 Punkte) als mittelgroße Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte -16,3 Punkte) und Großbetriebe (mit zumindest 250 Beschäftigten -9,6 Punkte; Hölzl et al., 2022).

Da die Investitionen stark von den Erwartungen zur künftigen Geschäftslage abhängen, wirkt sich die hohe Unsicherheit seit Ausbruch des Ukraine-Krieges besonders negativ auf die Investitionspläne aus. Allerdings werden diese dämpfenden Effekte durch die stimulierende Wirkung der Investitionsprämie überlagert. Auch wenn sich die Geschäftslage 2023 allmählich wieder bessert, dürften die Investitionen erst verzögert anziehen, sodass die Investitionstätigkeit erst 2024 wieder zulegen wird. Auch etliche andere Wirtschaftsaktivitäten (z. B. Werbetätigkeit,

Projekte in der Informations- und Kommunikationstechnologie), die zur Wertschöpfung der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen beitragen, dürften erst verzögert wieder forciert werden (Ederer & Glocker, 2022). Laut WIFO-Prognose schrumpften die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlageinvestitionen) im Jahr 2022 um voraussichtlich 1%. 2023 werden sie praktisch stagnieren (+0,2%) und erst 2024 wieder ansteigen (+2,2%).

Diese Prognose der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit basiert auf vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria. Die VGR weist zwar unterschiedliche Investitionstypen aus (z. B. Investitionen in "Ausrüstungs- und Waffensysteme" oder in "sonstige Anlagen"), unterscheidet jedoch nicht nach Branchen. Zudem handelt es sich um Hochschätzungen, die mitunter beträchtlichen Revisionen unterliegen. Um zeitnahe, disaggregierte Informationen über die Investitionstätigkeit zu erhalten, befragte das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests in Österreich tätige Unternehmen zur Entwicklung ihrer Investitionen. Die Ergebnisse dieser WIFO-Investitionsbefragung erlauben, wie in der Vergangenheit jene des WIFO-Investitionstests, eine frühzeitige Abschätzung der Investitionsentwicklung in Österreich.

Die WIFO-Investitionsbefragung

Seit November 2021 erhebt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests, des gemeinsamen harmonisierten EU-Programmes für Konjunkturumfragen, die Investitionsabsichten der in Österreich tätigen Unternehmen. An der Erhebung beteiligen sich rund 1.800 Unternehmen aus dem privaten Sektor. Die so gewonnenen Befragungsdaten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Abschätzung der gesamten unternehmerischen Investitionstätigkeit in Österreich.

Die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte werden berücksichtigt: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen werden zudem nach ihrer Betriebsgröße klassifiziert, wobei Unternehmen mit zumindest 250 Beschäftigten als Großbetriebe und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert werden. Auch Auswertungen nach Bundesländern sind möglich.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

1. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

1.1 Investitionspläne für 2023 deutlich gekürzt

Trotz des Konjunkturabschwungs und der stark rückläufigen Quartalsdaten laut VGR berichten die befragten Unternehmen mehrheitlich über Ausweitungen ihrer Investitionen im Jahr 2022. Die Befragungsergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeichnen somit ein anderes Bild als die Daten der Volks-

wirtschaftlichen Gesamtrechnung der Statistik Austria.

Der Saldo zwischen dem Anteil jener Unternehmen, die ihre Investitionen 2022 ausgeweitet haben, und dem Anteil jener, die eine Verringerung meldeten, ist je nach Branche unterschiedlich hoch. Während Unternehmen im Gastgewerbe, in Verkehr und Lagerei sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleis-

Die Mehrzahl der heimischen Unternehmen gibt an, ihre Investitionen 2022 ausgeweitet zu haben.

tungen mehrheitlich rückläufige Investitionen meldeten, ergaben sich für die Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen, die Information und Kommunikation

sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen deutlich positive Salden. In diesen Branchen überwiegen somit die Meldungen einer Ausweitung der Investitionen.

Revisionen der Investitionspläne

In Reaktion auf den Ukraine-Krieg nahmen die heimischen Sachgütererzeuger ihre Investitionspläne für das Jahr 2022 kontinuierlich zurück. Vor Kriegsausbruch im Herbst 2021 hatte die Differenz zwischen positiven und negativen Einschätzungen noch +26 Prozentpunkte betragen. Im Frühjahr 2022, kurz nach Kriegsbeginn, betrug der Saldo für 2022 nur mehr +14 Prozentpunkte, im Herbst 2022 gar nur mehr +3 Prozentpunkte. Im Dienstleistungssektor legte der entsprechende Saldo hingegen leicht von +18 Prozentpunkten (Herbst 2021) auf +19 Prozentpunkte (Frühjahr 2022) bzw. +22 Prozentpunkte (Herbst 2022) zu. Einige Dienstleistungsbereiche – wie etwa Verkehr und Lagerei oder Beherbergung und Gastronomie – haben ihre Investitionspläne jedoch ebenso nach unten revidiert.

2023 dürfte die Investitionsdynamik deutlich abnehmen. In den Branchen Verkehr und Lagerei, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie im Gastgewerbe werden mehrheitlich Rückgänge erwartet.

Großbetriebe planen etwas häufiger Investitionsausweitungen als kleine und mittelgroße Betriebe.

Die Sachgütererzeuger meldeten sowohl für 2022 als auch für 2023 praktisch stagnierende Investitionen. Konsumgüterproduzenten werden 2023 weniger investieren als im Vorjahr.

Während Unternehmen in Niederösterreich und Oberösterreich für 2023 mehrheitlich höhere Investitionen erwarten, sind die Salden für Tirol, Salzburg und die Steiermark negativ.

Die Einschätzungen für das Jahr 2023 zeigen eine starke Abschwächung der Investitionsdynamik. Besonders ausgeprägt ist der Einbruch in den Branchen Verkehr und Lagerei sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Hier sind die Salden negativ, das heißt, es überwiegen die Erwartungen rückläufiger Investitionen. Trotz weniger pessimistischer Meldungen blieb der Saldo auch in der Beherbergung und Gastronomie negativ. Besonders trüb ist der Ausblick in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, wo lediglich 11% der befragten Unternehmen von einem Anstieg der Investitionen ausgehen. Im Grundstücks- und Wohnungswesen halten sich positive und negative Erwartungen die Waage.

Das Bild ist jedoch uneinheitlich. So gehen Unternehmen in der Information und Kommunikation für 2023 weiterhin von einem kräftigen, die Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen von einem robusten Investitionswachstum aus. Insgesamt rechnet der Dienstleistungssektor trotz der stark abgeschwächten Dynamik mit einer kräftigeren Ausweitung als die Sachgütererzeugung (Saldo +11 Prozentpunkte gegenüber +3 Prozentpunkten in der Herstellung von Waren¹⁾).

Großbetriebe ab 250 Beschäftigten planen auch 2023 häufiger eine Ausweitung ihrer Investitionen als kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Investitionspläne öfter kürzen als ausweiten. Die im Vergleich zu den KMU höhere Investitionsdynamik in den Großbetrieben ist auch am Abstand der Salden

ablesbar, der sich gegenüber 2022 leicht vergrößerte (Übersicht 1).

Auch innerhalb der Herstellung von Waren zeigt sich ein gemischtes Bild. Konsumgütererzeuger hatten ihre Investitionen nach der COVID-19-Krise stark ausgeweitet; nun zeigt sich jedoch sowohl für 2022 als auch für 2023 eine stark rückläufige Entwicklung. Insbesondere die Hersteller nichtdauerhafter Konsumgüter (Verbrauchsgüter), vor allem von Nahrungsmitteln und Getränken, meldeten für 2022 Rückgänge, die sich 2023 verstärken dürften (Übersicht 2). Die Hersteller dauerhafter Konsumgüter planen dagegen nach den Kürzungen im Vorjahr für 2023 wieder mehrheitlich Ausweitungen. Die Erzeuger von Investitionsgütern und Vorprodukten dürften ihre Investitionen 2023 erneut leicht steigern.

Auch regional zeigen sich beträchtliche Unterschiede in der Investitionstätigkeit der in der Stichprobe enthaltenen Unternehmen. Für 2022 sind die Salden für Tirol, Kärnten, die Steiermark, Vorarlberg und das Burgenland negativ, für Niederösterreich, Wien, Oberösterreich und Salzburg hingegen positiv. Diese regionale Spreizung setzt sich in den Investitionsplänen für 2023 fort, jedoch mit unterschiedlichen Dynamiken. Während sich die Salden im Falle Salzburgs (von +1 auf -7 Prozentpunkte) und Niederösterreichs (von +15 auf +10 Prozentpunkte) verschlechtern und in Tirol stagnieren (jeweils -14 Prozentpunkte für 2022 und 2023), sind per Saldo vor allem in Kärnten, dem Burgenland und der Steiermark Verbesserungen zu erwarten.

¹⁾ Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen 18,7%, Verkehr und Lagerei 14,9%; Friesenbichler et al., 2021a).

Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	2022				2023			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	28	47	25	3	32	40	28	3
Verkehr und Lagerei	19	59	22	- 4	23	49	29	- 6
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	17	47	36	-19	31	36	33	- 1
Information und Kommunikation	27	60	13	15	36	55	9	27
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38	53	9	29	27	57	16	10
Grundstücks- und Wohnungswesen	25	66	8	17	15	70	15	0
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	19	56	24	- 5	11	66	23	-12
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	25	51	24	2	28	52	20	8
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	33	56	11	22	32	50	19	13
Kleine und mittlere Unternehmen	21	53	26	- 5	24	48	27	- 3
Großbetriebe	31	49	20	11	35	44	21	14

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2022				2023			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Vorprodukte	28	45	27	1	37	34	29	8
Investitionsgüter	25	56	19	7	34	41	25	9
Kraftfahrzeuge	50	45	5	45	42	58	0	42
Konsumgüter	30	39	30	0	18	50	32	- 13
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	22	41	36	- 14	44	23	33	11
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	32	39	29	2	14	54	31	- 17
Nahrungsmittel und Getränke	26	44	30	- 4	4	61	34	- 30

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Übersicht 3: Investitionen nach Bundesländern

	2022				2023			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozent- punkte	In % der Meldungen			Prozent- punkte
Wien	21	61	17	4	24	58	18	6
Niederösterreich	31	54	15	15	29	51	19	10
Burgenland	24	45	32	- 8	36	34	30	5
Steiermark	17	54	29	- 11	18	58	24	- 5
Kärnten	23	42	35	- 12	25	54	21	4
Oberösterreich	31	44	25	7	40	32	28	12
Salzburg	26	50	24	1	24	45	31	- 7
Tirol	15	56	29	- 14	23	41	37	- 14
Vorarlberg	25	41	33	- 8	28	44	28	0

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Die Stichprobe umfasst Unternehmen aus der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungsbranchen. Das Bauwesen (Abschnitt F), der Handel (Abschnitt G) und der öffentliche Sektor werden nicht berücksichtigt. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großbetrieben dominiert wird, werden Unternehmen ab 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturerhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen – ein langfristiger Durchschnitt für den Zeitraum 2008/2017 herangezogen.

Die Investitionen werden vor allem von technologischen Entwicklungen getrieben.

Neben der technologischen Entwicklung werden die Nachfrage und "andere Faktoren" als wichtigste Einflussfaktoren genannt.

1.2 Einflussfaktoren der Investitionen

Im Fragebogen werden auch die wichtigsten Einflussfaktoren der Investitionen erhoben, sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Befragung – die aktuelle Befragung wurde im November 2022 durchgeführt – als auch für das Folgejahr. Die Antwortkategorien lauten "Nachfrage und deren (wahrscheinliche) Entwicklung", "finanzielle Ressourcen", "technologische Entwicklungen" und "andere Faktoren". Mehrfachnennungen sind möglich.

Für den Zeitraum, auf den sich die Befragung bezieht, muss berücksichtigt werden, dass die Investitionsdynamik durch zahlreiche externe Faktoren beeinflusst wurde. Anfang 2022 prägte zunächst das Auslaufen der COVID-19-Maßnahmen das Umfeld, ab Ende Februar vor allem der Ukraine-Krieg, die damit einhergehenden Lieferkettenprobleme und die Unsicherheit bezüglich der Erdgasversorgung. Auch die österreichische Wirtschaftspolitik stellt einen Einflussfaktor dar. Die "Investitionsprämie", ein Programm zur Förderung von Investitionen in das abnutzbare Anlagevermögen, wirkt weiterhin in zweifacher Weise: Zum einen führt sie zu Mehrinvestitionen, die ohne Prämie nicht getätigt worden wären. Zum anderen bewirkt sie, dass erst später geplante Investitionen vorgezogen werden und demnach in den Folgejahren entfallen. Solche externen Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit werden durch die Kategorie "andere Faktoren" gemessen (Friesenbichler et al., 2021a). Das sich eintrübende Finanzierungsumfeld wird durch die Kategorie "finanzielle Ressourcen" abgebildet (Friesenbichler et al., 2021b).

Die wichtigste Triebkraft für Investitionen war im Jahr 2022 die technologische Entwicklung, vor allem im Dienstleistungssektor. Besonders ausgeprägt war ihre Bedeutung in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in der Information und Kommunikation sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Technologie spielt auch in der

Sachgütererzeugung eine zentrale Rolle als Triebkraft von Investitionen. Groß- wie Kleinbetriebe schreiben ihr gleichermaßen eine hohe Bedeutung zu (Übersicht 4).

Der zweitwichtigste Faktor ist die Nachfrage, die im Branchenvergleich vor allem in der Herstellung von Waren, im Gastgewerbe und in der Information und Kommunikation als wichtig eingeschätzt wird. Am schwächsten ist der Einfluss der Nachfrage auf die Investitionstätigkeit in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Bemerkenswert ist, dass die Kategorie "andere Faktoren" mitunter eine größere Rolle spielt als die Nachfrage, vor allem im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie in Verkehr und Lagerei. Hierunter könnten energie-sparende Investitionen subsumiert werden, die gerade angesichts des Anstiegs der Strompreise und der Knappheit an Erdgas an Bedeutung gewonnen haben (Ederer & Glocker, 2022).

Finanzielle Ressourcen sind für die meisten Unternehmen als Investitionsgrund bzw. -hemmnis weniger relevant, obgleich deren Bedeutung steigt. Vor allem im Grundstücks- und Wohnungswesen werden finanzielle Ressourcen mittlerweile häufiger als relevanter Faktor eingeschätzt, worin sich die Veränderung des Finanzierungsumfelds spiegelt.

Die Rangfolge der Einflussfaktoren unterscheidet sich nicht nach der Betriebsgröße, Großbetriebe schreiben den meisten Faktoren jedoch höhere Bedeutung zu als KMU.

Das Bild für 2023 ähnelt weitgehend jenem des Vorjahres. Im Dienstleistungssektor wird die Nachfrage für 2023 optimistischer eingeschätzt, vor allem im Bereich Information und Kommunikation. "Andere Faktoren" verlieren in den Dienstleistungen dagegen stark

an Bedeutung, vor allem im Grundstücks- und Wohnungswesen, wo insbesondere technologische Entwicklungen als Bestim-

mungsgründe der Investitionstätigkeit wichtiger werden.

Übersicht 4: Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	2022				2023			
	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	48	12	52	31	47	13	55	31
Verkehr und Lagerei	39	20	31	40	44	15	30	39
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	45	7	36	36	50	8	43	33
Information und Kommunikation	42	14	67	30	55	9	66	25
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	28	14	77	36	33	13	76	35
Grundstücks- und Wohnungswesen	39	25	48	42	35	28	59	32
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	33	15	54	35	35	14	56	36
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	32	13	38	36	41	24	36	34
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	36	17	43	40	49	24	47	26
Kleine und mittlere Unternehmen	39	11	46	33	42	13	48	31
Großbetriebe	50	17	57	33	50	16	58	35

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie heuer zu Investitionen anregen?" und "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie im nächsten Jahr zu Investitionen anregen werden?" (Mehrfachnennungen möglich).

Übersicht 5: Investitionszwecke

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	2022				2023			
	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitäts-erweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitäts-erweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	38	23	26	13	35	19	31	15
Verkehr und Lagerei	53	21	13	13	49	19	15	17
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	56	8	20	16	48	9	23	20
Information und Kommunikation	34	31	20	15	26	32	24	18
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	31	9	37	23	31	9	38	22
Grundstücks- und Wohnungswesen	43	25	11	21	46	12	13	29
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	43	18	18	20	39	19	21	21
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	31	16	24	29	28	22	27	23
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	41	25	21	14	42	23	17	18
Kleine und mittlere Unternehmen	42	17	24	17	38	18	27	17
Großbetriebe	38	24	22	16	34	20	27	19

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind heuer die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen?" und "Was werden im nächsten Jahr die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen sein?" (Mehrfachnennungen möglich). Den Vorgaben der Europäischen Kommission folgend werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

1.3 Investitionszwecke

Mit Investitionen können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Der Fragebogen gibt

vier Kategorien von Investitionszwecken vor: "Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen", "Kapazitätsausweitung", "Rationalisierung"

Ersatzinvestitionen waren 2022 der häufigste Investitionstyp. 2023 gewinnen Rationalisierungsinvestitionen an Bedeutung. Kapazitätserweiterungen sind häufiger in Großbetrieben zu erwarten als in KMU.

und "andere Investitionszwecke". Mehrfachnennungen sind möglich²⁾.

Der wichtigste Investitionszweck war 2022 der Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen, vor allem in der Beherbergung und Gastronomie sowie in Verkehr und Lagerei (Übersicht 5). Kapazitätserweiterungen wurden am häufigsten von den Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche gemeldet. Rationalisierungsinvestitionen spielten vor allem in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in der Herstellung von Waren und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen eine überdurchschnittliche Rolle. Andere Investitionszwecke werden insbesondere in den sonstigen

wirtschaftlichen Dienstleistungen und in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen häufig verfolgt.

Großbetriebe meldeten häufiger Kapazitätserweiterungen als Investitionsziel als kleine und mittelgroße Unternehmen. Ersatzinvestitionen werden hingegen eher von KMU getätigt.

2023 werden sich die Investitionsmotive aus heutiger Perspektive kaum verschieben. Eine beträchtliche Verlagerung ist jedoch im Grundstücks- und Wohnungswesen zu erwarten; hier dürfte 2023 deutlich seltener in Kapazitätserweiterungen investiert werden.

2. Literaturhinweise

Ederer, S., & Glocker, C. (2022). Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70406>.

Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021a). *Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67163>.

Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Köppl, A., & Meyer, B. (2021b). *Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67181>.

Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2022). Konjunkturausblicke bleiben mehrheitlich skeptisch. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom November 2022. *WIFO-Konjunkturtest*, (11). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70360>.

²⁾ Im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Kommission werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

3. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2022

Übersicht 1: Repräsentationsgrad der Stichprobe

Nach ÖNACE-Abschnitten und Betriebsgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	465	47.487	606.602	7,8
Verkehr und Lagerei	152	7.381	172.048	4,3
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	232	7.701	149.064	5,2
Information und Kommunikation	119	5.419	92.057	5,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	43	3.650	103.690	3,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	36	2.486	24.309	10,2
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	366	13.519	143.338	9,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	126	8.449	209.619	4,0
Kleine und mittlere Unternehmen ²⁾	1.704	73.566	1.003.405	7,3
Großbetriebe ²⁾	162	40.500	731.497	5,5

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturhebung 2020 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht von Statistik Austria nicht veröffentlicht werden, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Übersicht 2: Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Vorprodukte ²⁾	208	22.380	261.246	8,6
Investitionsgüter ²⁾	139	16.523	197.562	8,4
Kraftfahrzeuge	10	1.387	37.371	3,7
Konsumgüter	118	8.584	134.918	6,4
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter) ²⁾	39	2.857	29.675	9,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	79	5.727	105.243	5,4
Nahrungsmittel und Getränke	44	3.756	72.911	5,2

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2022. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturhebung 2020 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht von Statistik Austria nicht veröffentlicht werden, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

1/2023 **On (Current) Monetary Tightening and Inflation**

Stefan Schiman-Vukan

In response to rising inflation, monetary policy in many countries around the world has recently been tightened, often sharply. This Research Brief shows that central banks have reacted with remarkable similarity, and that, contrary to what current policy rates might suggest, tightening in the USA and the euro area has so far been of roughly the same magnitude. It is also shown that the disinflationary effects of monetary tightening are not yet clearly evident. This is true both for the world's major currencies as well as for European currencies. The report then draws on new empirical evidence which shows that the ECB's interest rate policy from 1999 to 2019 had the desired effect on inflation, but that this effect unfolded only gradually. Thus, the price-dampening effects of the current tightening cycle have yet to materialise. The more monetary policy is tightened now, the more disinflation will be amplified as non-monetary price shocks unwind. It therefore seems appropriate to wait for the effects of the monetary policy measures taken so far before tightening further.

Februar 2023 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70619>

Frühere Ausgaben

27/2022 **Modellbasierte Berechnung der Gasverbrauchseinsparungen in Österreich**

Peter Reschenhofer (WIFO), Johannes Schmidt (INWE-BOKU)

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70491>

26/2022 **Tourismusanalyse: Sommernachfrage 2022 beinahe auf Vorkrisenniveau, gute Buchungslage zu Winterbeginn**

Oliver Fritz, Anna Burton

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70470>

25/2022 **WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022**

Josef Baumgartner

Dezember 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/70456>

24/2022 **Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten**

Michael Böheim, Ulrike Huemer, Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Margit Schratzenstaller

Oktober 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69820>

23/2022 **Wie viel wird in Wissenskapital von österreichischen Unternehmen investiert? Evidenz von Mikrodaten**

Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Julia Schieber-Knöbl (STAT)

Oktober 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69814>

22/2022 **Tourismusanalyse: Erholung seit Jahresbeginn, aber ungünstige Vorzeichen für den Winter**

Oliver Fritz, Anna Burton

September 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69787>

21/2022 **Unternehmensproduktivität über Sektoren in Österreich. Erste Evidenz von Mikrodaten**

Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Julia Schieber-Knöbl (STAT)

September 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69784>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

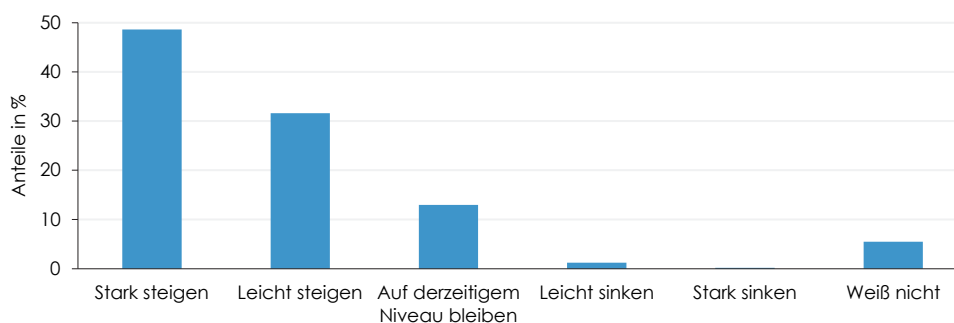
Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte

Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

- Das Österreichische Gallup Institut befragte Anfang Oktober 2022 im Auftrag des WIFO eine für Österreichs Bevölkerung repräsentative Stichprobe von 1.000 Personen.
- Die Befragten nahmen insbesondere in den Bereichen Treibstoffe, Haushaltsenergie und Lebensmittel Preissteigerungen wahr. Für die nächsten 12 Monate erwarteten sie mehrheitlich weitere Verteuerungen.
- Über 60% der Befragten gaben an, wegen der höheren Preise auf günstigere Alternativen (Eigenmarken der Handelsketten) auszuweichen und Haushaltsenergie einsparen zu wollen.
- 14% der Befragten haben bereits größere Ausgaben getätigt, um den Energieverbrauch im eigenen Haushalt zu senken, 17% planten dies. 11% erwogen einen Umstieg auf andere Energieträger zum Heizen und zur Warmwasserbereitstellung, vor allem auf Sonnenenergie sowie auf Luft- und Erdwärme.
- 31% der Befragten gaben an, aufgrund der Teuerung in den vergangenen Monaten auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben; 37% erwarteten, in den kommenden Monaten Rücklagen auflösen zu müssen.
- Von jenen Personen, die einen Immobilienerwerb bzw. eine Wohnraumsanierung planten, wollten nur je rund ein Drittel trotz steigender Zinssätze bzw. höherer Eigenmittelerfordernisse an der Realisierung festhalten.

Erwartete Preisentwicklung in Österreich



Anfang Oktober 2022 rechneten fast 50% der Befragten mit kräftigen Preissteigerungen in den nächsten 12 Monaten, weitere 32% mit leichten (Q: Österreichisches Gallup Institut, Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022; WIFO-Darstellung).

"Rund die Hälfte der Befragten erwartete im Oktober 2022 auch noch für 2023 deutliche Preissteigerungen. Immerhin ein Achtel rechneten dagegen – im Gegensatz zu den damals veröffentlichten Prognosen – nicht mit einem weiteren Anstieg des allgemeinen Preisniveaus."

Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte

Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl

Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen"

Die privaten Haushalte sehen sich durch die jüngsten Preisanstiege, vor allem in den Bereichen Treibstoffe, Haushaltsenergie und Lebensmittel, mit Herausforderungen konfrontiert. Dies zeigen die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung, die das Österreichische Gallup Institut Anfang Oktober 2022 im Auftrag des WIFO durchführte. Ein Großteil der Befragten gab an, der Teuerung durch Verhaltensanpassungen wie den Kauf von günstigen Produktalternativen oder Energieeinsparungen begegnen zu wollen. Zur Energieersparnis tätigten bzw. planten Teile der Befragten größere Anschaffungen im Haushalt, vor allem Personen in Haushalten mit höheren Einkommen. Durch die gestiegenen Ausgaben sehen sich insbesondere Personen in einkommensschwachen Haushalten genötigt, auf Sparrücklagen zurückzugreifen, falls solche überhaupt vorhanden sind. Sofern die kräftige Teuerung anhält, werden jedoch auch Personen in Haushalten mit mittleren Einkommen vermehrt Sparreserven auflösen müssen. Infolge des Anstiegs der Finanzierungskosten und des erhöhten Eigenmittelbedarfs gab lediglich rund ein Drittel der Befragten an, bereits geplante Vorhaben im Bereich des Immobilienerwerbs und der Sanierung unverändert realisieren zu wollen.

JEL-Codes: D14, E21, E31 • **Keywords:** Befragung, Inflation, Inflationserwartungen, Haushaltsenergie, Heizsysteme, Kreditfinanzierung, Sparen

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 11. 1. 2023

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steindl@wifo.ac.at)

High Uncertainty Shapes Assessments of Private Households. Results of a Survey on "Inflation", "Heating", "Credit Financing" and "Saving"

Private households are facing challenges as a result of recent price increases, especially in the areas of fuel, household energy and food. This is shown by the results of a representative survey conducted by the Austrian Gallup Institute on behalf of WIFO in early October 2022. A large proportion of respondents said they would counter inflation by adjusting their behaviour, such as buying low-priced product alternatives or saving energy. In order to save energy, some respondents had made or were planning to make major purchases in their households, especially those with higher household incomes. As a result of the increased expenditure, persons in low-income households in particular feel compelled to draw on existing savings reserves. If the strong inflation continues, however, even persons in middle-income households will increasingly have to liquidate savings reserves. As a result of the rise in financing costs and the increased need for equity, only one-third of respondents stated that they still intended to implement their planned real estate acquisition and refurbishment projects.

1. Motivation

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu deren Eindämmung prägten 2020 und 2021 das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die fiskal- und geldpolitischen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte sowie die Verschiebung der privaten Konsumnachfrage von Dienstleistungen zu (dauerhaften) Konsumgütern führten zu einem unerwartet raschen Aufschwung der Weltwirtschaft. Da die weltweite Industrieproduktion und der internationale Gütertransport an Kapazitätsgrenzen stießen, kam es zu nachhaltigen Angebotsengpässen auf den Weltmärkten. In der Folge zogen die

Preise von Rohstoffen (insbesondere von Energierohstoffen), Vorprodukten (wie Mikrochips) und Fertigwaren deutlich an (Baumgartner et al., 2022).

Mit Ausbruch des Ukraine-Krieges Ende Februar 2022 und der Verknappung des Energieangebots in Europa, im Besonderen bei Erdgas und Rohöl, stiegen die Preise auf den europäischen Großmärkten für Erdgas, Strom und Treibstoffe abermals enorm (Baumgartner, 2022). Auch die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe, vor allem für Getreide und Ölsaaten, erhöhten sich stark. Dies ließ die Verbraucherpreise in allen EU-

Ländern auf historische Höchststände steigen. In Österreich lag der VPI im September, Oktober und November 2022 bei rund 11%. Für die privaten Haushalte stiegen vor allem

die Ausgaben für Energie und Nahrungsmittel. Insbesondere Erdgas, Strom und Heizöl sowie feste Brennstoffe verteuerten sich markant.

Übersicht 1: Soziodemografische Struktur der Stichprobe

Personen ab 14 Jahren

	Personen ungewichtet	Personen gewichtet
	Anteile in %	
Geschlecht		
Mann	49,0	49,0
Frau	51,0	51,0
Altersgruppen		
14 bis 29 Jahre	19,9	20,8
30 bis 49 Jahre	31,6	31,4
50 Jahre und älter	48,5	47,8
Bundesländer		
Wien	21,4	21,4
Niederösterreich, Burgenland	22,4	22,4
Steiermark, Kärnten	20,5	20,5
Oberösterreich, Salzburg	22,8	22,8
Tirol, Vorarlberg	12,9	12,9
Wohnortgröße		
Bis 5.000 Einwohner:innen	37,2	39,8
Über 5.000 bis 50.000 Einwohner:innen	21,6	27,1
Mehr als 50.000 Einwohner:innen (ohne Wien)	19,8	11,7
Wien	21,4	21,4
Berufliche Stellung		
Selbständige, freiberufliche Tätigkeit	7,4	5,8
Angestellte, Beamt:innen	32,3	32,0
Arbeiter:innen	10,1	11,9
In Ausbildung	8,8	8,8
Nicht berufstätig	13,5	14,7
Pensionist:innen	27,9	26,8
Höchste abgeschlossene Ausbildung		
Pflichtschule, allgemeinbildende höhere Schule (Unterstufe), Mittelschule ohne Matura	21,0	21,9
Berufs-, Fachschule, mittlere Lehranstalt	44,7	45,4
Matura, Fachhochschule, Universität	34,3	32,7
Monatliches Nettohaushaltseinkommen		
Bis 1.500 €	13,5	12,7
1.501 € bis 2.500 €	23,7	24,8
2.501 € bis 3.000 €	11,6	11,4
Mehr als 3.000 €	30,3	30,2
Keine Angabe	20,9	20,8
Wohnverhältnis		
Miete	52,7	52,4
Eigentum	41,9	42,3
Anderes, keine Angabe	5,4	5,3
Art des Wohnhauses		
Einfamilienhaus, Doppelhaus	36,4	37,0
Mehrgeschoßiges Wohnhaus	58,1	57,7
Keine Angabe	5,5	5,4

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen. *n* = 1.000.

Die EZB ließ ab dem Frühjahr 2022 das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP)

¹⁾ Die EZB hob den Hauptrefinanzierungssatz 2022 wie folgt an: 27. Juli 2022 +0,5 Prozentpunkte von 0,0% auf 0,5%, 14. September 2022 +0,75 Prozentpunkte auf 1,25%, 2. November 2022 +0,75 Prozentpunkte auf 2%, 21. Dezember 2022 +0,5 Prozentpunkte auf 2,5%. Parallel dazu wurden auch die Zinssätze für die

auslaufen und erhöhte ab Juli schrittweise die Leitzinssätze¹⁾. Die Straffung der Geldpolitik bedeutet für viele Kreditnehmer:innen

Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagenfazilität entsprechend angepasst. Mit der Dezember-Anpassung lagen sie bei 2,75% bzw. 2,0%. Diese Werte stecken

eine zusätzliche Herausforderung. Einerseits sind bestehende Kredite mit (teilweiser) variabler Verzinsung durch den raschen Zinsanstieg deutlich teurer geworden; andererseits haben sich auch die Kreditkonditionen bei Neuverträgen verschlechtert. Dies gilt sowohl bei variabler als auch bei fixer Verzinsung und betrifft sowohl Wohnbau- als auch Konsumkredite. Zusätzlich zu den steigenden Zinssätzen sahen sich die privaten Haushalte ab 1. August 2022 mit strengeren Vergaberichtlinien für Immobilienkredite konfrontiert. Zum einen müssen Kreditwerber:innen nun höhere Eigenmittel als bisher nachweisen, um eine Kreditzusage zu erhalten. Zum

anderen darf seither die Zinsbelastung einen bestimmten Anteil am Nettohaushaltseinkommen nicht mehr übersteigen (siehe auch OeNB, 2022a, 2022b).

Vor diesem Hintergrund analysiert der vorliegende Beitrag die Einschätzungen und mögliche Verhaltensänderungen einer repräsentativen Stichprobe der österreichischen Bevölkerung über 14 Jahren in Bezug auf die Teuerung, Energiekosten und Heizsysteme, das Sparverhalten und den Immobilienerwerb. Die Befragung wurde Anfang Oktober 2022 vom Österreichischen Gallup Institut im Auftrag des WIFO durchgeführt.

2. Daten und Befragungsdesign

Die Daten, welche den nachfolgenden Analysen zugrunde liegen, wurden vom Österreichischen Gallup Institut im Rahmen einer Multi-Client-Umfrage erhoben. Der entsprechende Teilfragebogen²⁾ wurde vom WIFO in Kooperation mit dem Österreichischen Gallup Institut erstellt³⁾.

Der WIFO-Teil der Befragung deckte fünf Themenbereiche ab:

- Teuerung (Kapitel 3),
- Ausgaben für Weihnachtseinkäufe⁴⁾,
- Energiekosten und Heizsysteme (Kapitel 4),
- Finanzierungsbedingungen und (Immobilien-)Kreditnachfrage (Kapitel 5),
- Sparverhalten (Kapitel 6).

Die Interviews erfolgten persönlich in Form einer "Face-to-Face"-Befragung in den Haushalten (Computer Assisted Personal Interviews – CAPI) mit anschließender Quotenauffüllung mittels Online-Interviews. Die Befragung wurde Anfang Oktober 2022 durchgeführt (Feldzeit 5. bis 16. Oktober). Die Stichprobe umfasste 1.000 Personen und ist repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 14 Jahren. Die befragten Personen wurden mittels Quotenstichprobenziehung (Random-Quota-Sampling nach Geschlecht, Alter, Bundesland und Wohnortgröße) ausgewählt. Um Abweichungen zur Zielgruppe zu korrigieren, wurden die Daten gewichtet. Als Basis für die Berechnung der Gewichte diente der Mikrozensus von Statistik Austria. Übersicht 1 zeigt die soziodemografische Struktur der ungewichteten und der gewichteten Stichprobe.

3. Teuerung und Inflationserwartungen

Im ersten Teil der Befragung wurde die zum Erhebungszeitpunkt Anfang Oktober 2022 gegenüber dem Vorjahr wahrgenommene und die für die nächsten 12 Monate erwartete Teuerung nach 20 Produktgruppen erhoben. Erwartungsgemäß gab die überwiegende Mehrheit – rund drei Viertel der Befragten – an, bei Treibstoffen (79%), Lebensmitteln (76%) und Haushaltsenergie (74%) mit kräftigen Preissteigerungen konfrontiert zu sein⁵⁾.

Im Vergleich mit den Ergebnissen einer Gallup-Umfrage von Jänner 2022 (Österreichisches Gallup Institut, 2022a) war der Anteil der Personen, die in diesen Produktgruppen zumindest leichte Preiserhöhungen bemerkten, deutlich höher – bei Haushaltsenergie und Lebensmitteln um knapp 20 Prozentpunkte und bei Treibstoffen um 13 Prozentpunkte (Abbildung 1)⁶⁾.

den Zinskorridor für die Entwicklung des Dreimonatsgeldmarktzinssatzes ab, der seinerseits als Referenzgröße für die Bestimmung der variablen Kreditzinssätze für Unternehmen und private Haushalte dient.

²⁾ https://www.wifo.ac.at/wwadocs/monatsberichte/mb_2023_01_gallup_fragebogen_tabellenband.pdf.

³⁾ Wir danken Günter Haunlieb vom Österreichischen Gallup Institut für seine Unterstützung.

⁴⁾ Auf diesen Fragenblock wird im vorliegenden Beitrag nicht eingegangen. Diese Ergebnisse wurden am 16. Dezember 2022 in einer Pressekonferenz von Handelsverband und WIFO zum Weihnachtsgeschäft vorgestellt (https://www.wifo.ac.at/news/mehrumsaetze_im_dezember_erreichen_preisbereinigt_das_vorjahresniveau).

⁵⁾ Siehe dazu die Standardauswertung zu Frage 1 im Online-Anhang (https://www.wifo.ac.at/wwadocs/monatsberichte/mb_2023_01_gallup_fragebogen_tabellenband.pdf).

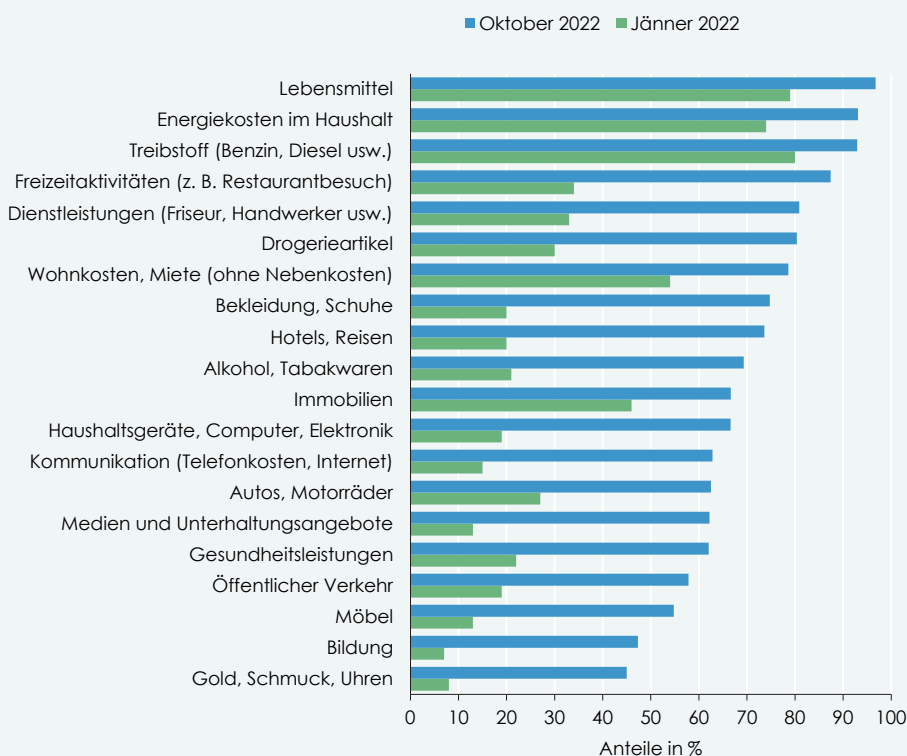
⁶⁾ In den Abbildungen 1 bis 3 werden die Ergebnisse zweier unterschiedlicher Gallup-Befragungsprogramme gegenübergestellt: im Jänner (Österreichisches Gallup Institut, 2022a), März (Österreichisches Gallup Institut, 2022b) und August (Österreichisches Gallup Institut, 2022c) wurden CAWI-Interviews (Computer Assisted Web Interviewing) durchgeführt, in der Befragung vom Oktober 2022 für das WIFO dagegen CAPI-Interviews (Computer Assisted Personal Interviews, "Face-to-Face" in privaten Haushalten mit einer

Die wahrgenommenen markanten Preissteigerungen dürften auch zu einer Veränderung im Einkaufsverhalten geführt haben. Knapp zwei Drittel der Befragten gaben an, auf preiswerte Produkte (Eigenmarken der Handelsketten) umsteigen bzw. Rabattaktionen stärker nutzen zu wollen. Gut 60% gaben

an, Haushaltsenergie einsparen zu wollen. Im Vergleich zur Befragung vom Jänner 2022 (Österreichisches Gallup Institut, 2022a) war der Anteil der Befragten, die diese beiden Verhaltensreaktionen nannten, damit um rund 20 Prozentpunkte höher (Abbildung 2).

Abbildung 1: **Einschätzung des Preisanstiegs nach Produktgruppen**

Anteil der Befragten, die im Vergleich zum Vorjahr "stark" bzw. "etwas gestiegene" Preise feststellten



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren), WIFO-Darstellung. Oktober 2022: n = 1.000 je Produktgruppe, Jänner 2022: n = 956 je Produktgruppe.

Bei den anderen Antwortkategorien veränderten sich die Anteile kaum gegenüber Jänner 2022. Hierbei wurden die genauere Planung der Ausgaben (55%), der Einkauf bei Diskontern (47%) und Einschränkungen bei Freizeitaktivitäten (43%) am häufigsten genannt.

Auch für die nächsten 12 Monate erwarteten die Befragten weitere Preisanstiege. Rund die Hälfte rechnete Anfang Oktober 2022 auch noch für die nächsten 12 Monate

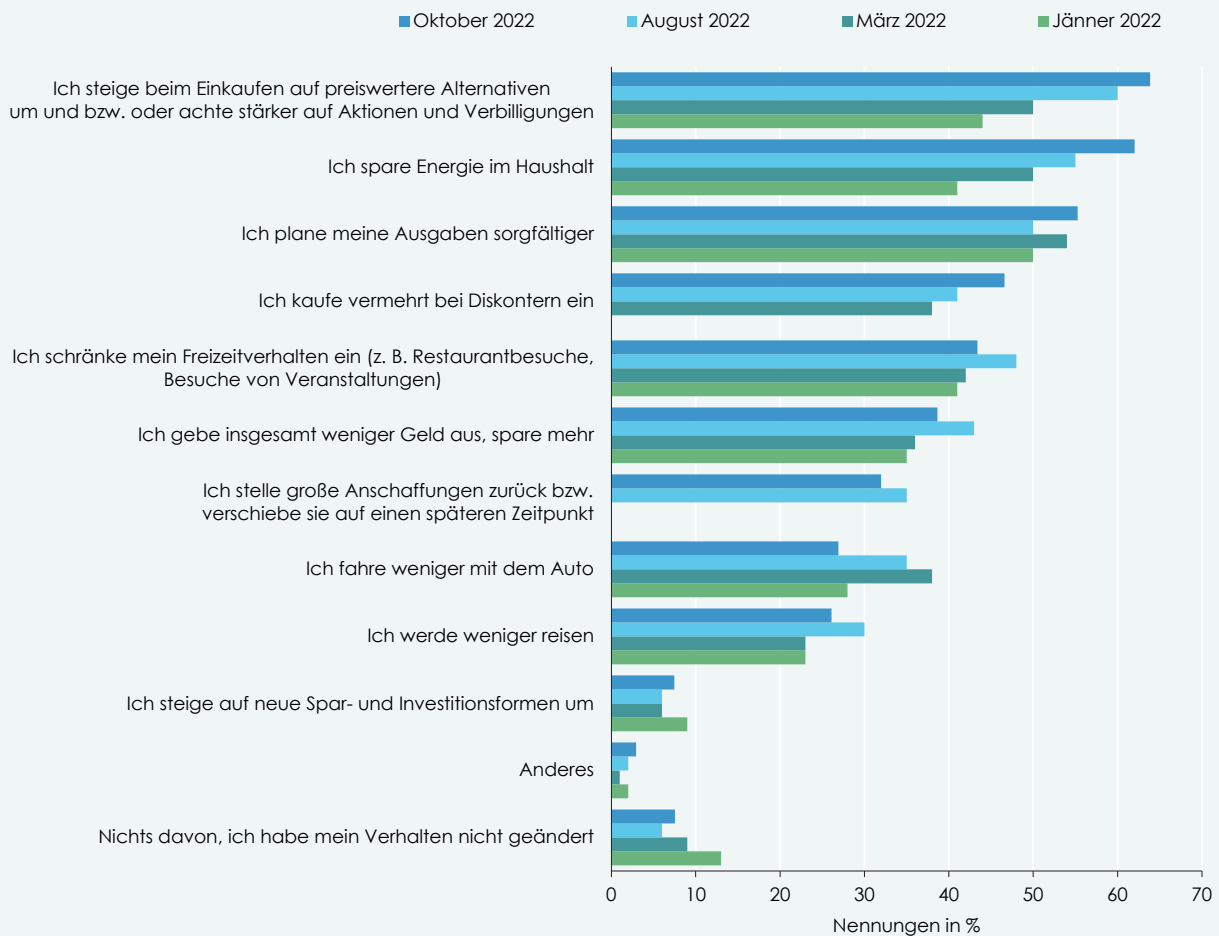
mit starken Preissteigerungen. Immerhin ein Achtel der Befragten erwartete dagegen – im Gegensatz zu den damals veröffentlichten Prognosen (Ederer & Glocker, 2022; Ertl et al., 2022; OeNB, 2022c) – keinen weiteren Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Gegenüber der Gallup-Befragung vom Jänner 2022 nahm der Anteil der Befragten, die von weiteren, zumindest leichten Preissteigerungen ausgingen, von 91% auf 80% ab (Abbildung 3).

Aufgrund der enormen Teuerung wollten die meisten Befragten ihr Einkaufsverhalten anpassen, etwa indem sie auf preisgünstigere Produkte umsteigen, und Haushaltsenergie einsparen.

Quotenauffüllung mittels Online-Interviews). Da die Frageformulierungen in den CAWI- und CAPI-Umfragen nicht wortgleich waren und sich die Erhebungsmethoden unterscheiden, kann nur ein grober

Vergleich angestellt werden, jedoch keine statistische Beurteilung der Unterschiede zwischen den Befragungen erfolgen.

Abbildung 2: **Verhaltensanpassung der Befragten**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren), WIFO-Darstellung. Mehrfachnennungen möglich. Oktober 2022: n = 1.000, August 2022: n = 1.000, März 2022: n = 963, Jänner 2022: n = 956.

Die meisten Befragten erwarteten auch für die kommenden 12 Monate noch starke Preiserhöhungen, vor allem bei jenen Produkten, die sich bereits zuvor am kräftigsten verteuert hatten.

In den drei Bereichen, die sich laut VPI gegenüber dem Vorjahr am kräftigsten verteuert hatten (Übersicht 2), erwarteten die Befragten auch für die kommenden 12 Monate noch starke Preiserhöhungen (Haushaltsenergie: 65% der Befragten, Treibstoffe: 56%, Lebensmittel: 55%; Abbildung 4).

Zusätzlich zur qualitativen Einschätzung der Preisentwicklung in den letzten 12 Monaten (Abbildung 1) wurden die Befragten auch um eine quantitative Einschätzung der Preisanstiege für 20 Produktgruppen gebeten. Sie konnten dabei aus 8 vorgegebenen Intervallen wählen. Aus diesen Angaben wurde die mittlere (wahrgenommene) Preiserhö-

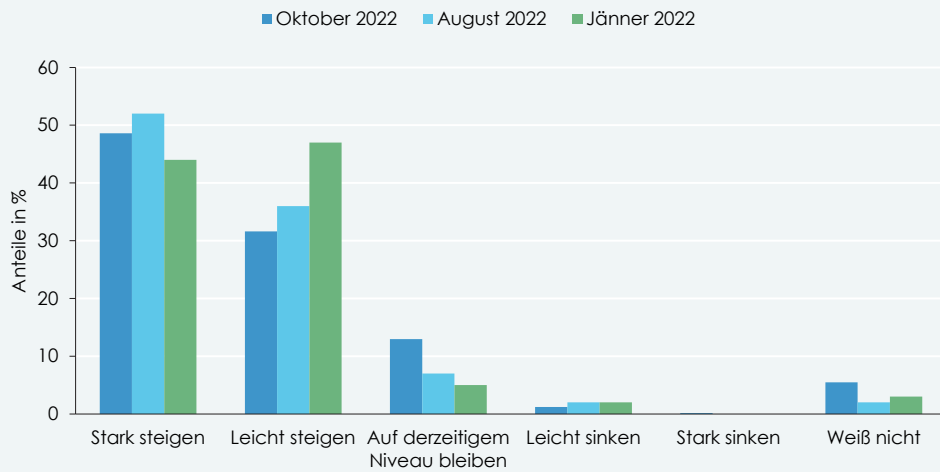
hung (Mittelwert und Median) berechnet und der von Statistik Austria ermittelten Teuerung nach Produktgruppen gegenübergestellt (gemäß VPI für September und Oktober 2022; Übersicht 2)⁷⁾.

Wie bereits in früheren Studien festgestellt wurde – wenngleich vor dem Hintergrund eines deutlich schwächeren Preisauftriebs – wird die Inflation subjektiv als höher wahrgenommen als die von Statistik Austria erhobene offizielle Inflationsrate: Gemäß VPI betrug die Teuerung für den untersuchten Warenkorb rund 11½%, gemäß den subjektiven Einschätzungen der Befragten jedoch 18½% (Median) bzw. 25,7% (Mittelwert)⁸⁾.

⁷⁾ Zu den 20 in der Gallup-Erhebung berücksichtigten Produktgruppen zählen auch die Immobilienpreise (Anschaffungspreise für bestehendes und neues Wohnungseigentum). Die Ausgaben für eigentümergeutztes Wohnen (Eigenheime) werden im Verbraucherpreisindex jedoch nicht erfasst, da sie als Vermögensbildung angesehen werden. Für den Vergleich der mittleren Preissteigerungen laut Gallup-Befragung bzw. VPI werden daher nur jene 19 Positionen herangezogen, die auch im VPI enthalten sind. Diese aus-

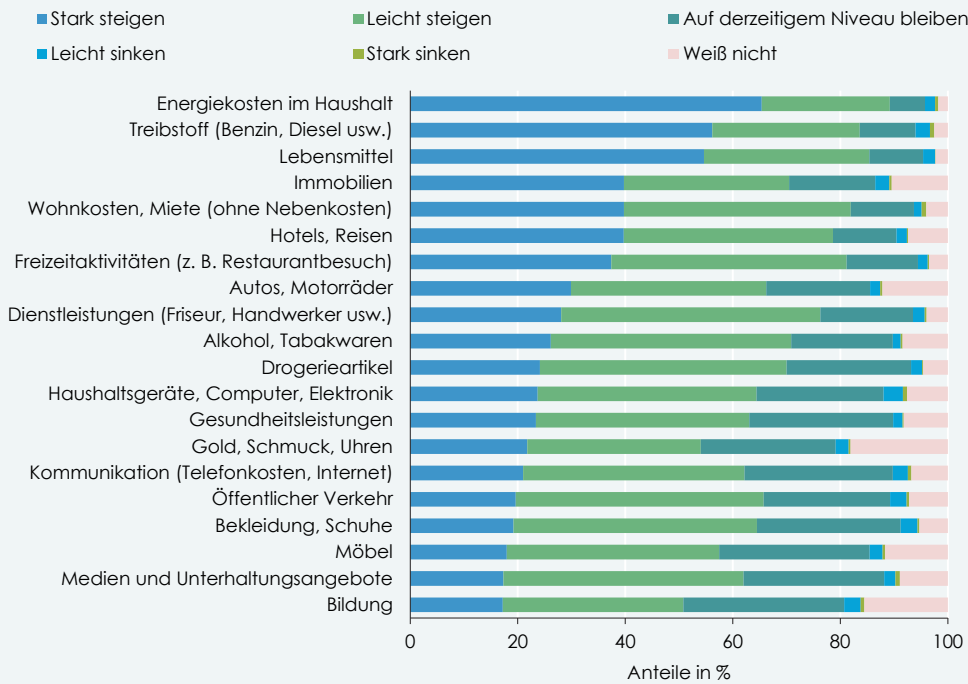
gewählten 19 VPI-Teilpositionen repräsentieren 78% des VPI-Warenkorbes (Übersicht 2).
⁸⁾ Für die letzte, nach oben offene Antwortkategorie (Preiserhöhung um mehr als 100%) wurde für die Berechnung der mittleren Inflationsrate ein Wert von 125 angenommen. Würde man diesen Wert stattdessen mit 100 bzw. 150 ansetzen, würde sich eine durchschnittliche wahrgenommene Teuerung von 25,1% bzw. 26,3% ergeben (Mittelwert).

Abbildung 3: **Erwartungen zur weiteren Preisentwicklung in den nächsten 12 Monaten**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren), WIFO-Darstellung. Alle drei Erhebungswellen: n = 1.000.

Abbildung 4: **Erwartete Preisentwicklung in den nächsten 12 Monaten nach Produktgruppen**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. n = 1.000 je Produktgruppe.

Nach Produktgruppen zeigt sich lediglich für die Treibstoffe, die sich bereits seit dem Frühjahr 2021 markant verteuert hatten und denen seither eine große mediale Aufmerksamkeit zuteilwurde, eine hohe Übereinstimmung der wahrgenommenen und der amtlich erhobenen Preissteigerungsraten. Bei Lebensmitteln, Hotels und Reisen wurden die Inflationsraten dagegen um mehr als 20 Pro-

zentpunkte überschätzt (Mittelwert). Ähnliches gilt auch für den Bereich der Wohnungsmieten. Zu den Mieten im VPI ist jedoch zweierlei anzumerken. Erstens wies der VPI aufgrund einer Umstellung im Mikrozensus (Wohnkosten) ab Jänner 2021 auch noch in der ersten Jahreshälfte 2022 einen Rückgang der Nettomieten aus. Zweitens waren Mieterhöhungen aufgrund von Wert-

sicherungsklauseln in den Mietverträgen bzw. Anpassungen der Kategoriemieten, die nach Juli 2022 wirksam wurden, erhebungsbedingt noch nicht im VPI vom September und Oktober 2022 erfasst, da die Mikrozensus-Ergebnisse erst 3 bis 4 Monate nach Erhebung in den VPI eingehen. Bei den privaten

Haushalten waren diese Preisanstiege aber bereits angekommen. Trotzdem ist ein Anstieg der Bestandsmieten von deutlich über 20%, wie er sich aus der Gallup-Umfrage ergab, aus den gesetzlich möglichen bzw. den in den Mietverträgen vereinbarten Wertsicherungsklauseln nicht ableitbar.

Übersicht 2: Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr nach Produktgruppen gemäß VPI und Einschätzungen gemäß Gallup-Umfrage

	Verbraucherpreisindex			Gallup-Befragung Oktober 2022 ¹⁾			
	Gewicht	Durchschnitt	Durchschnitt	Wahrgenommener Preisanstieg		Differenz zu VPI (Durchschnitt September und Oktober)	
		September und Oktober 2022	Oktober und November 2022	Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
	In %	In %	In %	In %	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
Treibstoff (Benzin, Diesel usw.)	3,3	41,2	34,8	44,3	40,0	+ 3,0	- 1,2
Lebensmittel	10,1	14,0	14,8	34,5	25,0	+ 20,5	+ 11,0
Energiekosten im Haushalt	4,0	61,7	55,9	50,4	40,0	- 11,2	- 21,7
Wohnkosten, Miete (ohne Nebenkosten)	5,4	3,2	4,1	27,7	15,0	+ 24,5	+ 11,8
Immobilien				33,3	25,0		
Freizeitaktivitäten (z. B. Restaurantbesuch, Kulturveranstaltungen)	15,0	8,8	9,1	24,2	15,0	+ 15,4	+ 6,2
Dienstleistungen (Friseur, Handwerker usw.)	2,9	8,3	8,0	19,6	15,0	+ 11,2	+ 6,7
Drogerieartikel	0,9	6,6	6,7	18,5	15,0	+ 11,9	+ 8,4
Autos, Motorräder	4,3	15,3	14,6	23,5	15,0	+ 8,2	- 0,3
Gesundheitsleistungen	5,6	3,0	3,6	17,9	15,0	+ 14,9	+ 12,0
Alkohol und Tabakwaren	3,4	3,9	4,0	22,0	15,0	+ 18,1	+ 11,1
Hotels, Reisen	3,9	5,0	4,0	26,7	15,0	+ 21,8	+ 10,0
Bekleidung und Schuhe	4,6	1,6	4,2	16,6	15,0	+ 15,0	+ 13,4
Haushaltsgeräte, Computer, Elektronik	2,8	3,9	3,5	19,1	15,0	+ 15,3	+ 11,1
Öffentlicher Verkehr	2,1	6,9	7,7	16,2	7,5	+ 9,3	+ 0,6
Kommunikation (Telefonkosten, Internet)	1,6	- 0,9	- 1,2	16,9	15,0	+ 17,8	+ 15,9
Medien und Unterhaltungsangebote	3,4	2,0	2,4	17,1	15,0	+ 15,1	+ 13,0
Möbel	2,9	12,8	15,2	17,7	15,0	+ 4,9	+ 2,2
Gold, Schmuck, Uhren	0,3	5,1	7,3	21,9	15,0	+ 16,8	+ 9,9
Bildung	1,0	3,9	3,9	17,7	15,0	+ 13,8	+ 11,1
Gewichteter Durchschnitt der 19 Positionen (ohne Immobilien)	77,7²⁾	11,6	11,5	25,7	18,5	+ 14,0	+ 6,8
VPI insgesamt			10,8				
Kerninflation			7,2				

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022); Statistik Austria, Verbraucherpreisindex; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In der Befragung konnten die Respondent:innen Kategorien auswählen, die für die Berechnung der hier ausgewiesenen Prozentwerte durch Mittelwerte ersetzt wurden ("Bis zu 5%" mit 2,5, "Bis zu 10%" mit 7,5, "Bis zu 20%" mit 15, "Bis zu 30%" mit 25, "Bis zu 50%" mit 40, "Bis zu 75%" mit 62,5, "Bis zu 100%" mit 87,5, "Mehr als 100%" mit 125, "Weiß nicht" wurde nicht berücksichtigt). – ²⁾ Summe.

Im Vergleich zur Teuerung laut VPI (11½%) fällt die auf Basis der subjektiven Einschätzungen ermittelte Inflation deutlich kräftiger aus (25½% im Durchschnitt bzw. 18½% im Median).

Andererseits wurden die tatsächlichen Preissteigerungen bei Haushaltsenergie in der Umfrage um mehr als 10 Prozentpunkte unterschätzt (bzw. um rund 20 Prozentpunkte gemäß Median). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass im VPI die Preisänderungen für Erdgas und Strom auf der Basis der Tarifdatenbank der E-Control ermittelt werden und somit bereits ab dem Zeitpunkt der Gültigkeit der Tarife in den Index eingehen. Für die meisten Bestandskund:innen der

Energieversorger ändern sich die monatlichen Vorschreibungen bei einer Tarifänderung jedoch nicht, sondern werden erst deutlich zeitverzögert mit der Jahresabrechnung als Gutschrift bzw. – in der aktuellen Situation – als satte Nachzahlung wirksam. Für viele Kund:innen waren daher die drastischen Tarifierhöhungen bei Erdgas und Strom in der 2. Jahreshälfte (z. B. in der Ostregion ab 1. September) zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht spürbar.

4. Energiekosten und Heizsysteme

Die Energiekosten für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser machen einen wesentlichen Anteil an den Gesamtausgaben privater Haushalte für Wohnen aus. Die heimischen Haushalte greifen hierfür meist auf Strom, Fernwärme, Holz und Gas zurück (Mikrozensus-Sondermodul zum Energieeinsatz der Haushalte 2019/20; Statistik Austria, 2021). Diese vier Energieträger wurden auch in der Gallup-Befragung vom Oktober 2022 am häufigsten genannt. Da oft verschiedene Heizsysteme kombiniert werden, ergeben sich sowohl in der Energiestatistik als

auch in den Ergebnissen der Befragung Mehrfachzählungen.

Die Energiepreiskrise veranlasste viele Befragte, über einen Wechsel des Energieträgers nachzudenken. Gemäß den Befragungsergebnissen planten 11% einen Umstieg auf andere Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser im eigenen Haushalt. Vor allem jene, die mit Heizöl und bzw. oder Erdgas heizen, gaben an, den Energieträger wechseln zu wollen (21% bzw. 18% der jeweiligen Nutzer:innen; Übersicht 3).

48% der Befragten, die einen Wechsel auf andere Energieträger planen, haben vor, in Zukunft Solar bzw. Fotovoltaik zu nutzen.

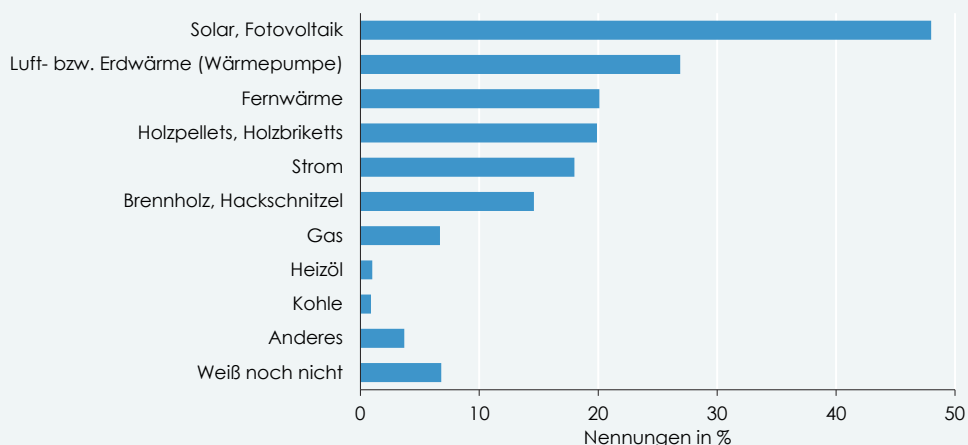
Übersicht 3: **Derzeit genutzte Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser sowie Umstellungspläne**

Derzeit genutzte Energieträger	Umstellungspläne			Derzeit genutzte Energieträger Nennungen
	Ja	Nein	Weiß nicht	
	Anteile in %			
Heizöl	21	62	17	83
Gas	18	61	21	295
Fernwärme	6	83	10	402
Strom	12	72	16	321
Holzpellets, Holzbriketts	10	73	16	121
Brennholz, Hackschnitzel	11	73	16	150
Luft- bzw. Erdwärme (Wärmepumpe)	4	80	16	88
Solar, Fotovoltaik	9	75	16	89
Kohle	0	89	11	9
Andere	9	49	42	9
Insgesamt	11	74	15	1.567

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich. $n = 1.000$.

Abbildung 5: **Bevorzugter Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser, auf den die Befragten umsteigen wollen**

Personen, die einen Umstieg planen



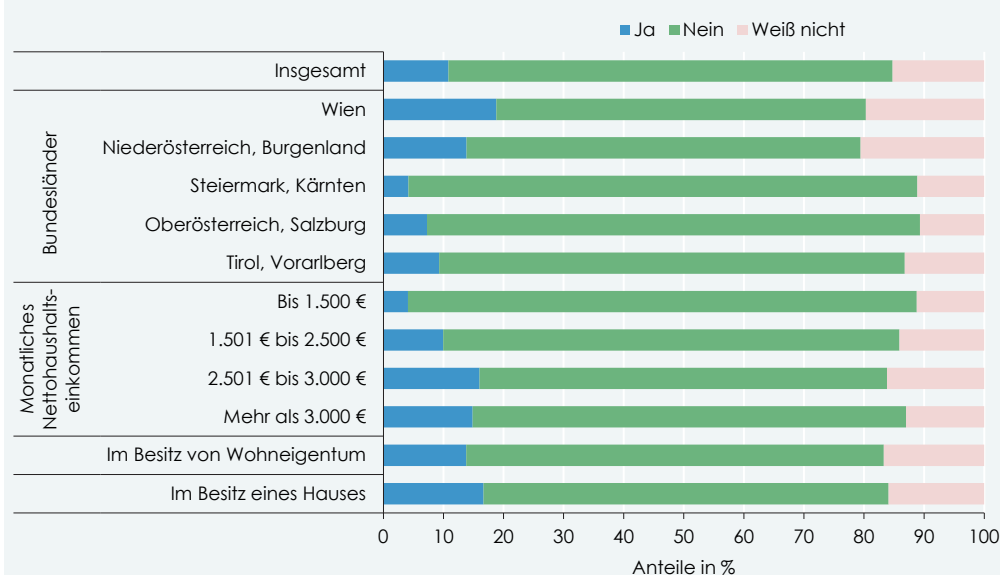
Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. Mehrfachnennungen möglich. $n = 107$.

Jene, die einen Umstieg planten, favorisierten Energie aus Solar und Fotovoltaik: 48% gaben an, in Zukunft Sonnenenergie nutzen zu wollen (Abbildung 5), oft in Kombination mit anderen Energieträgern, insbesondere mit Luft- bzw. Erdwärme, aber auch mit Holz (Brennholz, Hackschnitzel, Holzpellets, Holzbriketts) und Strom. 27% der Personen, die einen Umstieg planten, erwogen den Einsatz einer Luft- bzw. Erdwärmepumpe.

In der Planung zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während in der Steiermark und Kärnten nur 4% der Befragten planten, auf andere Energieträger umzusteigen, waren es in Wien 19% und in Niederösterreich und im Burgenland 14%. In Oberösterreich und Salzburg gaben 7%, in Tirol und Vorarlberg 9% der Befragten an, umsteigen zu wollen. Auch zwischen den Einkommensgruppen bestehen in dieser

Hinsicht deutliche Unterschiede. Die Umstiegswilligkeit steigt mit dem Einkommen. Während in der untersten Einkommensgruppe (monatliches Nettohaushaltseinkommen bis 1.500 €) nur 4% der Befragten einen Wechsel planten, waren es unter Personen mit einem Nettohaushaltseinkommen zwischen 1.501 € und 2.500 € 10%, und in den beiden obersten Einkommensgruppen rund 15% (Abbildung 6). Auch die Wohnform spielt eine Rolle, da einige Personengruppen mitunter keine Wahlmöglichkeiten im Bereich der Energiebereitstellung haben. So erwogen Personen, die in einem Einfamilien- oder Doppelhaus leben, eher einen Wechsel des Energieträgers als jene, die in einem mehrgeschoßigen Wohnhaus mit drei oder mehr Wohnungen leben (17% gegenüber 8% der Befragten). Personen mit Wohneigentum planten häufiger Umstellungen als Mieter:innen (14% gegenüber 10%).

Abbildung 6: Umstellungspläne auf einen anderen Energieträger für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser nach soziodemografischen Merkmalen



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. Insgesamt: n = 1.000, Wien: n = 214, Niederösterreich, Burgenland: n = 224, Steiermark, Kärnten: n = 205, Oberösterreich, Salzburg: n = 228, Tirol, Vorarlberg: n = 129. Bis 1.500 €: n = 135, 1.501 € bis 2.500 €: n = 237, 2.501 € bis 3.000 €: n = 116, mehr als 3.000 €: n = 303. Im Besitz von Wohneigentum: n = 419, im Besitz eines Hauses: n = 364.

Die Kosten für Heizen machten im Mittel (Median) 25% der Gesamtausgaben für Wohnen aus. Für die Zukunft erwarteten die Befragten einen Anstieg auf 41%.

Gemäß den Ergebnissen der Befragung betrug der Anteil der Heizkosten an den Gesamtausgaben für das Wohnen in den Jahren 2019 bis 2021 25% (Median). Die Anteile unterscheiden sich kaum nach Bundesländern und Einkommen. In zwei Einkommensgruppen (bis 1.500 € und 2.501 € bis 3.000 €) wurde der Anteil jedoch geringer eingeschätzt (20%). Nach den bisher genutzten Energieträgern gaben sowohl jene Personen, die mit Gas bzw. Strom, als auch jene, die mit Fernwärme heizen, im Mittel einen Anteil von 25% an (Übersicht 4).

Nach Wohnform zeigen sich hingegen größere Unterschiede. Jene Personen, die im Eigentum wohnen, gaben im Mittel einen höheren Anteil an (26%) als Mieter:innen (21%). Auch die Art der Wohnform dürfte für die Höhe der Heizkosten eine Rolle spielen. Personen, die in einem Einfamilien- bzw. Doppelhaus wohnen, schätzten den Anteil der Heizkosten an den Wohnkosten im Mittel höher ein als Personen, die in einem Mehrparteienwohnhaus leben (28% gegenüber 22%).

Der erwartete Anstieg im allgemeinen Preisniveau spiegelt sich deutlich in den Einschätzungen der künftigen Heizkosten. So erwarteten nur 8% der im Oktober 2022 befragten Personen für 2023 einen Rückgang bzw. eine Stagnation des Heizkostenanteils; 92% gingen dagegen von einem Anstieg aus. Während der mittlere Heizkostenanteil in der Rückschau noch bei 25% lag, wurde für das kommende Jahr ein Heizkostenanteil von 41% erwartet. Bewohner:innen von Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften und Personen, die im Eigentum wohnen, waren auch in der Vorausschau pessimistischer

(46% bzw. 45%). Auch jene Befragten, die mit Gas bzw. Strom und bzw. oder Fernwärme heizen, rechneten verglichen mit allen Befragten mit einem leicht höheren Anteil (43%). Unterschiede in den Erwartungen zeigen sich teilweise auch nach Bundesländern und Einkommensgruppen. Einwohner:innen Niederösterreichs und des Burgenlands erwarteten im Mittel einen höheren Heizkostenanteil (48%), Wiener:innen einen geringeren (37%). In der untersten Einkommensgruppe bis 1.500 € war der erwartete Anteil mit 37% ebenfalls unterdurchschnittlich (Übersicht 4).

Übersicht 4: Anteil der Heizkosten an den Ausgaben für Wohnen

	Einschätzung für den Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021		Erwartung für das kommende Jahr	
	Median des prozentuellen Heizkostenanteils	<i>n</i>	Median des prozentuellen Heizkostenanteils	<i>n</i>
Insgesamt	25	809	41	770
Bundesländer				
Wien	23	175	37	165
Niederösterreich, Burgenland	25	196	48	186
Steiermark, Kärnten	24	174	41	168
Oberösterreich, Salzburg	23	174	40	163
Tirol, Vorarlberg	23	90	39	88
Monatliches Nettohaushaltseinkommen				
Bis 1.500 €	20	116	37	113
1.501 € bis 2.500 €	23	213	43	198
2.501 € bis 3.000 €	20	105	40	103
Mehr als 3.000 €	25	253	40	242
Energieträger Gas, Strom	25	431	43	416
Energieträger Fernwärme	25	340	43	324
Im Besitz von Wohneigentum	26	336	45	317
Im Besitz eines Hauses	28	293	46	276

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen.

Vor dem Hintergrund des bisherigen und noch erwarteten Energiepreisanstiegs gaben 14% der Befragten an, im letzten Jahr größere Ausgaben getätigt zu haben, um den Energieverbrauch in ihrem Haushalt zu verringern. 17% der Befragten planten entsprechende Ausgaben. In der Rückschau war die Ausgabenbereitschaft älterer Personen höher und vor allem unter den 14- bis 29-Jährigen eher unterdurchschnittlich. In der Vorausschau war die Ausgabenbereitschaft unter den 30- bis 49-Jährigen am höchsten. Nach Bundesland planten in Wien mit rund einem Viertel der Befragten überdurchschnittlich viele Personen Ausgaben zum Energiesparen, in der Steiermark und in Kärnten dagegen nur 12%. Unterschiede bestehen auch in Bezug auf die Wohnform: Personen, welche in Eigentum wohnen oder in Besitz eines Hauses sind, gaben überdurchschnittlich oft an, größere Ausgaben zur Verringerung des Energieverbrauchs getätigt zu haben oder solche in den nächsten

12 Monaten tätigen zu wollen. In der Vorausschau spielt auch der bisher genutzte Energieträger eine Rolle: Personen, die mit Gas oder Strom heizen, planten eher größere Ausgaben als jene, die mit anderen Energieträgern heizen.

5% der Befragten gaben an, innerhalb des letzten Jahres ein Auto mit alternativem Antrieb (Elektro, Hybrid) angeschafft zu haben, 4% beabsichtigten eine Anschaffung (Übersicht 5). Auch hier zeigen sich Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen. Während nur 1,1% der Personen mit Abschluss einer Pflichtschule, einer allgemeinbildenden höheren Schule (Unterstufe) oder einer Mittelschule ohne Matura eine Anschaffung planten, waren es unter Personen mit Matura, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss 6,3%. Ein ähnliches Muster zeigt sich nach Einkommensgruppen. Unter Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen (bis 1.500 €) gaben nur 0,5% der Befragten an,

die Anschaffung eines Autos mit alternativem Antrieb zu planen, in der obersten Einkommensgruppe (mehr als 3.000 €) waren es 6%. Regional gab es in der Vorausschau nur wenig Variation, sehr wohl aber in der Rückschau: in Wien gaben gut 8% der Befragten an, sich innerhalb des letzten Jahres ein

Elektro- oder Hybridfahrzeug angeschafft zu haben, in Niederösterreich, im Burgenland, der Steiermark und Kärnten waren es hingegen nur rund 2,5%. Personen, die ein Haus besitzen, erwarben überdurchschnittlich oft ein solches Fahrzeug. Dies dürfte mit dem Einkommen zusammenhängen.

Übersicht 5: **Getätigte und geplante Ausgaben zur Verringerung des Energie- und Treibstoffverbrauchs**

	Größere Ausgaben zur Verringerung des Energieverbrauchs im Haushalt		Anschaffung eines Autos mit alternativem Antrieb (Elektro, Hybrid)		Personen ungewichtet
	Rückblick (letztes Jahr)	Planung	Rückblick (letztes Jahr)	Planung	
Insgesamt	14,3	17,1	5,0	3,7	n 1.000
Geschlecht					
Mann	13,0	19,6	5,8	4,2	490
Frau	15,5	14,7	4,3	3,2	510
Altersgruppen					
14 bis 29 Jahre	10,4	15,6	6,3	3,1	199
30 bis 49 Jahre	13,9	22,3	5,3	5,5	316
50 Jahre und älter	16,2	14,3	4,3	2,7	485
Bundesländer					
Wien	15,4	24,5	8,2	3,7	214
Niederösterreich, Burgenland	14,3	14,9	2,6	3,4	224
Steiermark, Kärnten	11,1	11,7	2,3	3,9	205
Oberösterreich, Salzburg	15,8	18,3	4,9	3,1	228
Tirol, Vorarlberg	14,7	15,2	8,7	4,7	129
Höchste abgeschlossene Ausbildung					
Pflichtschule, allgemeinbildende höhere Schule (Unterstufe), Mittelschule ohne Matura	14,0	14,0	5,6	1,1	210
Berufs-, Fachschule, mittlere Lehranstalt	12,5	16,4	4,0	3,0	447
Matura, Fachhochschule, Universität	16,9	20,1	6,1	6,3	343
Monatliches Nettohaushaltseinkommen					
Bis 1.500 €	10,0	15,9	1,5	0,5	135
1.501 € bis 2.500 €	16,4	18,3	5,0	3,2	237
2.501 € bis 3.000 €	13,7	13,6	4,5	3,0	116
Mehr als 3.000 €	17,4	18,5	6,4	6,0	303
Energieträger Gas, Strom	12,6	19,2	4,4	4,6	532
Im Besitz von Wohneigentum	17,1	19,9	6,2	4,5	419
Im Besitz eines Hauses	18,6	21,0	6,9	4,0	364

Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich.

5. Verschärfte Finanzierungsbedingungen

Die Straffung der Geldpolitik der EZB ab dem Frühjahr 2022 brachte durch die steigenden Zinssätze für viele Kreditnehmer:innen zusätzliche Herausforderungen. Zudem haben die seit August 2022 geltenden strengeren Vergaberichtlinien bei Immobilienkrediten (z. B. höheres Eigenmittelerfordernis, Beschränkungen in Bezug auf den Anteil der Kreditbelastung am Nettohaushaltseinkommen) die Finanzierungsbedingungen verschärft.

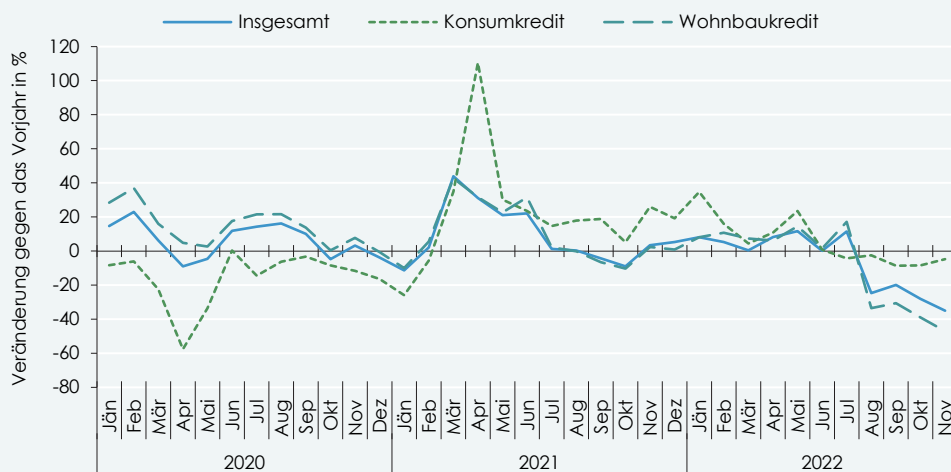
Betrachtet man die monatliche Entwicklung der Neukreditvergaben an private Haushalte (laut Österreichischer Nationalbank,

Abbildung 7), so ist ab Mitte 2022 eine deutliche Veränderung erkennbar. Bei den Konsumkrediten stagnierte das Wachstum im Juni 2022 und war in den Folgemonaten durchgehend negativ (November 2022 -4,8%). Der überdurchschnittliche Rückgang im Jahr 2020 und die darauffolgenden positiven Wachstumsraten im Jahr 2021 waren primär der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden Veränderung der Konsummöglichkeiten geschuldet. Bei den Wohnbaukrediten zeigte sich in den Jahren 2020 und 2021 kein solches Muster. Hier gab es zwar ebenfalls eine Ab- und Aufwärtsbewegung im Vergabevolumen, jedoch mit

deutlich geringeren Ausschlägen. Anders verhält es sich seit Beginn der Zinserhöhungen und der Verschärfung der Vergaberichtlinien: im Juli 2022 kam es zwar nochmals zu einer kräftigen Ausweitung der Neukreditvergaben (+17,1%), was wohl auf

Vorzieheffekte vor Inkrafttreten der strengeren Vergaberichtlinien zurückzuführen ist. Ab August brachen die Neuvergaben von Immobilienkrediten jedoch deutlich ein (November 2022 -47,0%).

Abbildung 7: Neuvergaben von Einmalkrediten an private Haushalte



Q: OeNB, WIFO-Darstellung.

Die Auswirkungen der höheren Zinssätze und der strengeren Vergaberichtlinien zeigen sich auch in den Befragungsergebnissen. Sieben von zehn Befragten gaben an, in den kommenden Monaten von größeren Anschaffungen (z. B. Auto oder Möbel) Abstand zu nehmen und diese entweder gar nicht zu tätigen oder zu verschieben. Hierbei ist unklar, ob dies aufgrund der Verteuerung von Konsumkrediten erfolgt oder ob vorhandene Finanzmittel für andere notwendige Ausgaben gebraucht werden. Letzteres dürfte auf Haushalte mit niedrigem monatlichem Nettoeinkommen zutreffen, von denen 70% angaben, derartige Ausgaben gar nicht tätigen zu können. Knapp ein Fünftel der Befragten, Personen mit hohem Haushaltseinkommen, wollen aber weiterhin größere Anschaffungen wie geplant umsetzen.

Knapp 150 der 1.000 Befragten gaben an, in nächster Zeit eine Immobilie erwerben oder in größerem Umfang in die Erhaltung bzw. Verbesserung des eigenen Wohnraumes investieren zu wollen (bzw. dies ursprünglich vorgehabt zu haben). Die meisten dieser Personen verfügen erwartungsgemäß über ein vergleichsweise hohes Haushaltseinkommen und – damit zumeist korrelierend – ein hohes Ausbildungsniveau. Auch Selbstständige und freiberuflich Tätige gaben deutlich häufiger an, in den Erwerb bzw. die Sanierung von Wohnraum investieren zu wollen (36% gegenüber 14% insgesamt).

Auf die Frage, ob sie trotz der gestiegenen Zinssätze an der Realisierung ihrer Pläne fest-

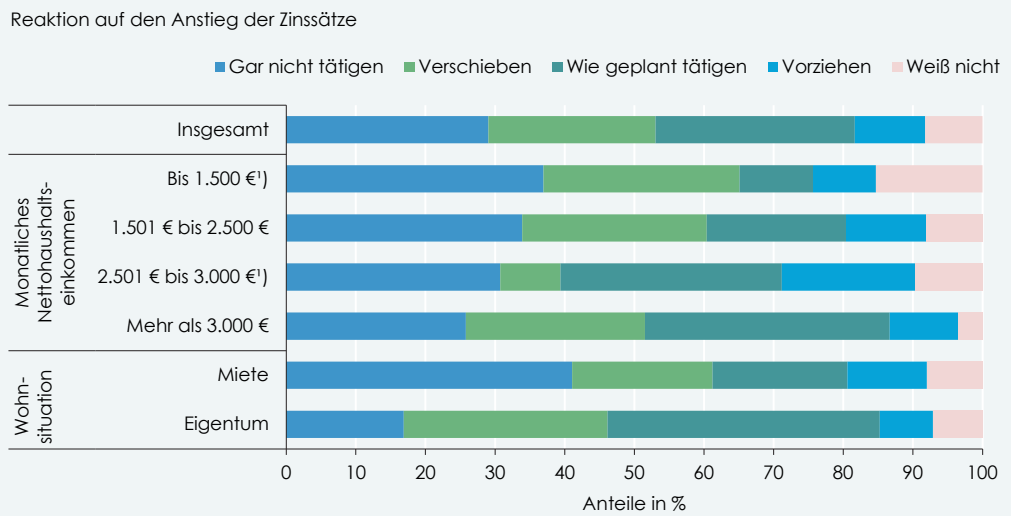
halten werden, gaben mehr als die Hälfte (53%) dieser rund 150 Personen an, derartige Ausgaben nun nicht mehr zu tätigen bzw. zu verschieben. Lediglich 29% wollten ihre Vorhaben wie geplant umsetzen. Die Einkommenshöhe spielt bei der Entscheidung abermals eine wesentliche Rolle (Abbildung 8, oben).

Ein ähnliches Antwortverhalten zeigte sich bei der Frage, ob die höheren Eigenmittelerfordernisse der Banken eine Auswirkung auf die geplante Realisierung haben (Abbildung 8, unten). Hierzu gaben 57% der Befragten an, ihre Vorhaben nicht mehr zu realisieren bzw. zu verschieben; 33% konnten und wollten dies weiterhin.

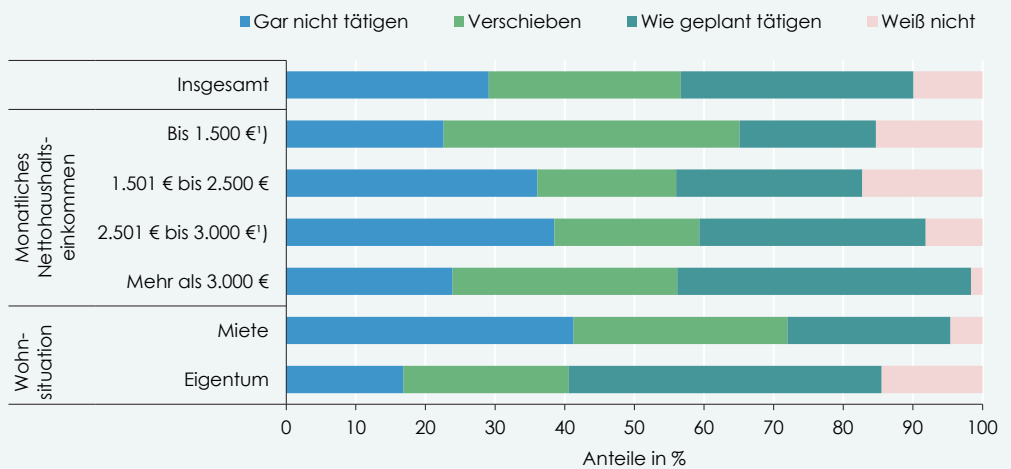
Interessant ist der Unterschied im Antwortverhalten zwischen jenen Personen, die im Eigentum wohnen, und jenen, die zur Miete wohnen. So gaben Mieter:innen mit 61% (steigende Zinsen) bzw. 72% (höhere Eigenmittelerfordernisse) überdurchschnittlich oft an, das Immobilienprojekt (Kauf bzw. Sanierung) nicht realisieren zu können oder zu verschieben. Bei den befragten Mieter:innen kann wohl – ohne dies gesondert erhoben zu haben – mehrheitlich davon ausgegangen werden, dass sie einen Immobilienkauf geplant hatten. Befragte, die bereits im Eigentum lebten, hielten andererseits überdurchschnittlich oft an der Realisierung ihrer Vorhaben fest (39% bzw. 45%), wobei es sich dabei zumeist um Investitionen in die Erhaltung bzw. Verbesserung des eigenen Wohnraumes handeln dürfte.

Der Anstieg der Zinssätze veranlasste eine deutliche Mehrheit der Befragten, größere Anschaffungen hintanzustellen.

Abbildung 8: Reaktion der Befragten, die Immobilien kaufen bzw. sanieren wollen, auf das schwierigere Finanzierungsumfeld



Reaktion auf die Verschärfung der Vergabebedingungen für Immobilienkredite



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. In der Kategorie "Insgesamt" sind auch jene Personen enthalten, die keine Angabe zum Einkommen gemacht haben bzw. deren Wohnsituation nicht Miete oder Eigentum zuordenbar ist. Insgesamt: $n = 144$, bis 1.500 €: $n = 9$, 1.501 € bis 2.500 €: $n = 43$, 2.501 € bis 3.000 €: $n = 15$, mehr als 3.000 €: $n = 59$. Miete: $n = 75$, Eigentum: $n = 67$. - ¹⁾ Geringe Fallzahl.

6. Sparverhalten in Zeiten hoher Unsicherheit

Haushalte sparen bzw. lösen ihre Rücklagen aus unterschiedlichen Gründen auf. Auch ändern sich die Sparmotive (z. B. Altersvorsorge, Immobilienerwerb, "Notgroschen") im Laufe des Lebens. Externe Faktoren (Schocks), wie die derzeitige Energiepreiskrise und die hohe Teuerung, beeinflussen auch unmittelbar das Konsum- und damit das Sparverhalten der Haushalte. Ebenso ließen die beschränkten Konsummöglichkeiten während der COVID-19-Lockdowns den Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen (Sparquote) deutlich ansteigen ("Zwangssparen"), vor allem in Haushalten mit höherem Einkommen. Solche Haushalte haben in der aktuellen Situation vermutlich

mehr Bewegungsspielraum, um die gestiegenen Kosten abzufedern.

Wieviel private Haushalte sparen können bzw. welche Rücklagen vorhanden sind, hängt stark vom Einkommen und dem bisherigen Vermögensaufbau ab. Haushalte mit höherem Einkommen haben in der Regel eine höhere Sparneigung, d. h. der Anteil des Einkommens, der nicht in den Konsum fließt, ist höher. Einkommensstarke Haushalte konnten in der Vergangenheit zumeist Sparguthaben anhäufen und verfügen oftmals über Vermögen aus Erbschaften bzw. Schenkungen, auf die sie in Zeiten höherer Unsicherheit zurückgreifen können. In

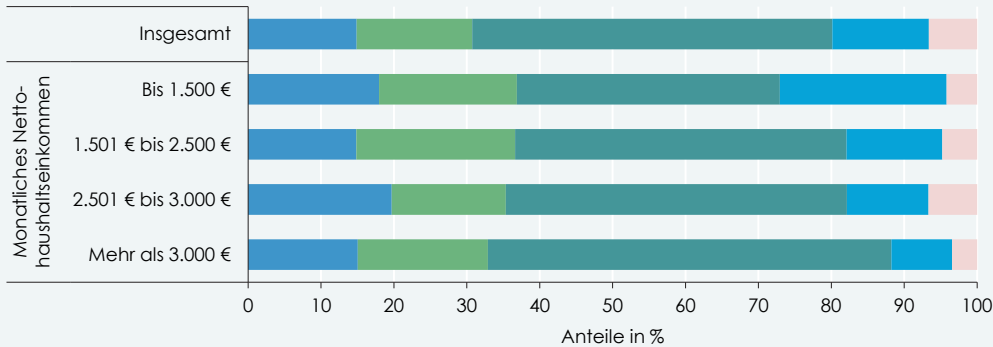
einkommensschwachen Haushalten fließt dagegen das gesamte bzw. der Großteil des Einkommens in den Konsum, wodurch

keine Ersparnisse gebildet oder aufgelöst werden können.

Abbildung 9: **Notwendigkeit, auf Ersparnisse zurückgreifen zu müssen, nach Einkommensgruppen**

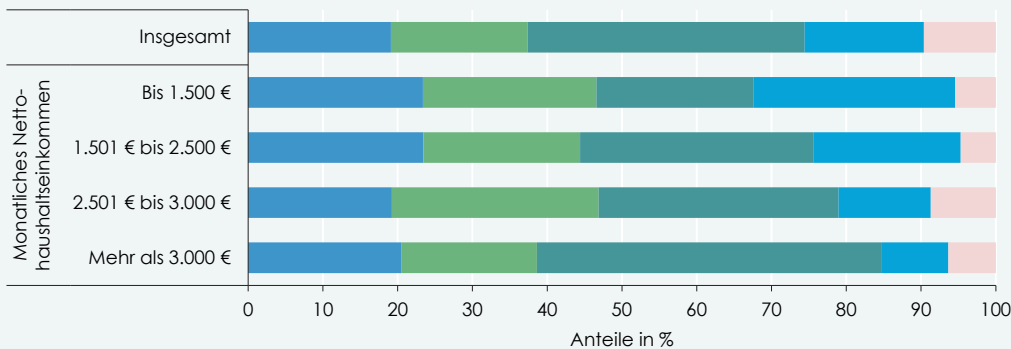
Rückblick (vergangene Monate)

- Ja, um die alltäglichen Ausgaben für meinen gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können
- Ja, sogar um meine unbedingt notwendigen Ausgaben (Heizen, Strom, Essen, Miete) tätigen zu können
- Nein, musste ich nicht
- Keine Ersparnisse vorhanden
- Keine Angabe



Vorausschau (kommende Monate)

- Ja, um die alltäglichen Ausgaben für meinen gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können
- Ja, sogar um meine unbedingt notwendigen Ausgaben (Heizen, Strom, Essen, Miete) tätigen zu können
- Nein, muss ich nicht
- Keine Ersparnisse vorhanden
- Keine Angabe



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. In der Kategorie "Insgesamt" sind auch jene Personen enthalten, die keine Angabe zum Einkommen gemacht haben. Insgesamt: n = 1.000, bis 1.500 €: n = 135, 1.501 € bis 2.500 €: n = 237, 2.501 € bis 3.000 €: n = 116, mehr als 3.000 €: n = 303.

Im Jahr 2021 betrug die Sparquote der privaten Haushalte in Österreich 12,0% (nach 13,3% im Jahr 2020 und 8,6% 2019)⁹⁾. Für 2022 erwartet das WIFO einen Rückgang der Sparquote auf 7,3% (Ederer & Glocker, 2022), da das reale (preisbereinigte) verfügbare Haushaltseinkommen sinkt (-1,4%). Die derzeitige hohe Preisdynamik verringert somit deutlich die frei verfügbaren finanziellen

Mittel, die nach dem Konsum gespart werden können.

Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Befragung. Rund 15% der Befragten gaben an, in den vergangenen Monaten auf Ersparnisse zurückgegriffen zu haben, um den gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können. Weitere 16% mussten sogar

⁹⁾ Statistik Austria, Nichtfinanzielle Sektorkonten (Stand 30. 9. 2022).

Bisher mussten vor allem Personen in einkommensschwachen Haushalten auf vorhandene Sparreserven zurückgreifen. Wenn die kräftige Teuerung anhält, werden jedoch auch Besserverdienende Rücklagen auflösen müssen.

Rücklagen auflösen, um unbedingt notwendige Ausgaben (u. a. für Heizen, Strom, Essen, Miete) tätigen zu können. 13% der Befragten gaben an, über keinerlei Ersparnisse zu verfügen, auf die sie angesichts der Teuerung zurückgreifen könnten. Diesen drei Gruppen steht jedoch knapp die Hälfte der Befragten gegenüber, die in den Monaten vor der Befragung nicht auf Ersparnes zurückgreifen musste (Abbildung 9, oben).

Betrachtet man das Antwortverhalten nach soziodemografischen Merkmalen, so lässt sich ein erwartetes Bild erkennen: Je höher das monatliche Nettohaushaltseinkommen, desto eher können die notwendigen wie auch alltäglichen Ausgaben durch das laufende Einkommen gedeckt werden. Dies zeigen auch mit dem Einkommen korrelierte Merkmale wie Bildung und Beruf. Pensionist:innen mussten in den Monaten vor der Befragung mehrheitlich nicht auf Ersparnisse zurückgreifen. Demgegenüber verfügen junge, in Ausbildung stehende und geringqualifizierte Personen (mit höchstens Pflichtschulabschluss, Abschluss einer AHS-Unterstufe oder einer Mittelschule ohne Matura) überdurchschnittlich oft über keine Ersparnisse. Selbständige und freiberuflich Tätige gaben hingegen häufig an, zur Deckung unbedingt notwendiger Ausgaben auf Sparrücklagen zurückgegriffen zu haben (27%). Dies dürfte Ausdruck eines unsicheren, oft-

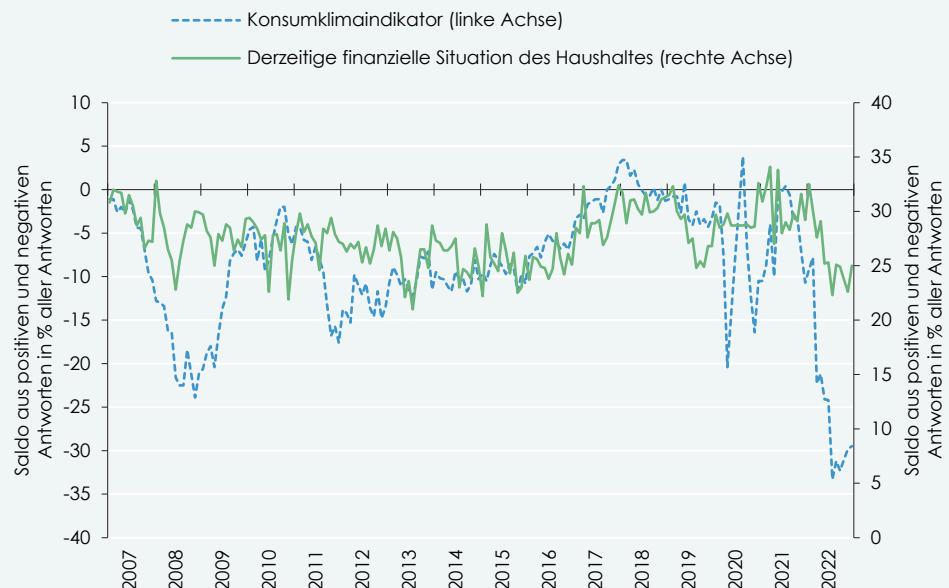
mals geringen und unsteten Einkommens sein.

In der Vorausschau (Abbildung 9, unten) sind die Anteile jener Personen, die damit rechneten, entweder keine Ersparnisse zu haben oder auf Ersparnes zurückgreifen zu müssen, höher als in der Rückschau. Lediglich 37% der Befragten rechneten nicht damit, in den kommenden Monaten Rücklagen auflösen zu müssen (Rückschau 49%). Wie die Ergebnisse zeigen, können einkommensstärkere Haushalte ihr gewohntes Konsumniveau eine gewisse Zeit halten, ohne Rücklagen aufzulösen, und Preisschocks leichter absorbieren. Je länger die Hochpreisphase andauert, desto mehr Personen müssen jedoch Maßnahmen ergreifen.

Das unsichere wirtschaftliche Umfeld im Winterhalbjahr 2022/23 – geprägt durch die trüben Aussichten sowie die weiterhin hohen Lebenshaltungskosten – hat die Zuversicht der privaten Haushalte merklich gedämpft. Laut Europäischer Kommission erreichte das Konsument:innenvertrauen der heimischen Haushalte in den letzten Monaten ein historisches Tief und stabilisiert sich nur langsam (Abbildung 10). Der Eurostat-Indikator zur finanziellen Situation der Haushalte hat sich in den Wintermonaten ebenfalls deutlich eingetrübt. Dieses Bild passt zu den Ergebnissen der Gallup-Befragung.

Abbildung 10: **Konsumklima**

Saisonbereinigt

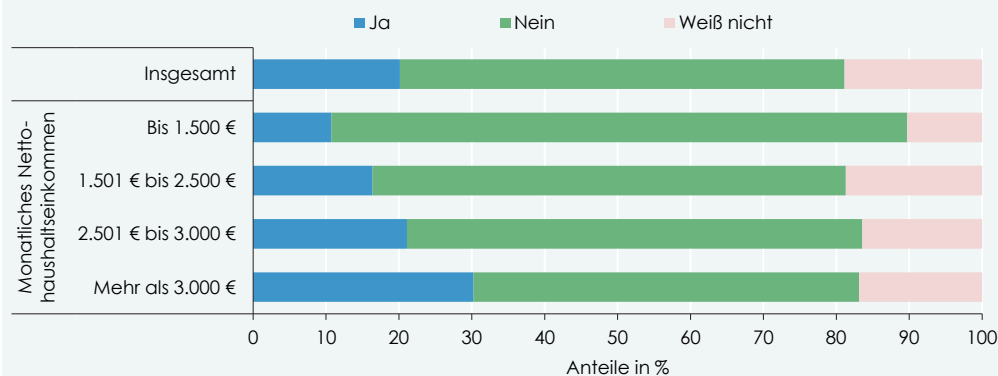


Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Konsumklimaindikator . . . Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Erwartung hinsichtlich der künftigen allgemeinen Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Derzeitige finanzielle Situation des Haushaltes: Bei positiven Werten überwiegt die Möglichkeit, zu sparen, bei negativen die Notwendigkeit, auf Ersparnisse zurückzugreifen bzw. sich zu verschulden. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Nur jede:r fünfte Befragte erwartete, in den kommenden Monaten Ersparnisse bilden zu können (Abbildung 11). Drei Fünftel rechnen dagegen damit, keine Rücklagen bilden zu können, ein weiteres Fünftel war sich unsicher. Nach Einkommensgruppen erwartete

nur jede zehnte Person in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 1.500 €, etwas sparen zu können, in der obersten Einkommensgruppe dagegen fast jede:r Dritte.

Abbildung 11: **Möglichkeit, in den kommenden Monaten Ersparnisse bilden zu können, nach Einkommensgruppen**



Q: Österreichisches Gallup Institut (Umfrage unter Personen ab 14 Jahren vom Oktober 2022), WIFO-Darstellung. In der Kategorie "Insgesamt" sind auch jene Personen enthalten, die keine Angabe zum Einkommen gemacht haben. Insgesamt: $n = 1.000$, bis 1.500 €: $n = 135$, 1.501 € bis 2.500 €: $n = 237$, 2.501 € bis 3.000 €: $n = 116$, mehr als 3.000 €: $n = 303$.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Gemäß den Ergebnissen einer Befragung in privaten Haushalten, die das Österreichische Gallup Institut im Oktober 2022 im Auftrag des WIFO durchführte, stellt das derzeitige wirtschaftliche Umfeld die privaten Haushalte vor Herausforderungen. Die Befragten nehmen besonders in den Bereichen Treibstoffe, Lebensmittel und Haushaltsenergie Preissteigerungen wahr und passen ihr Einkaufsverhalten entsprechend an, um höheren Ausgaben entgegenzuwirken. Aufgrund der gestiegenen Kosten für die Bereitstellung von Wärme und Warmwasser plant gut ein Zehntel der Befragten die Umstellung auf einen anderen Energieträger. Größeren An-

schaffungen im Bereich des Immobilienerwerbs bzw. der Wohnraumsanierung wirken jedoch die verschärften Finanzierungsbedingungen entgegen, sodass eine deutliche Mehrheit der Befragten bereits geplante Projekte derzeit hintanstellt. Die hohe Inflation verringert auch die verfügbaren finanziellen Mittel, die nach dem Konsum gespart werden können. Zugleich müssen vor allem Personen in einkommensschwachen Haushalten selbst zur Deckung unbedingt notwendiger Ausgaben häufig auf Sparrücklagen zurückgreifen, sofern solche Reserven überhaupt vorhanden sind.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J. (2022). WIFO-Inflationsprognose 2022/2024 vom Dezember 2022. *WIFO Research Briefs*, (25). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70456>.
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bittschi, B., Mayrhuber, C., & Schiman, S. (2022). COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), S. 247-262. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69644>.
- Ederer, S., & Glocker, C. (2022). Weltweiter Konjunkturabschwung erfasst Österreich. Prognose für 2022 bis 2024. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70406>.
- Ertl, M., Fortin, I., Grozea-Helmenstein, D., Hlouskova, J., Hofer, H., Koch, S. P., Kunst, R. M., Neusser, K., Reiter, M., & Weyerstrass, K. (2022). Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022-2024. Widerstandsfähige Wirtschaft in schwierigem Umfeld. *IHS-Wirtschaftsprognose*, (125). <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6414/>.
- OeNB (2022a). *Konjunktur aktuell. Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage*. https://www.oenb.at/dam/jcr:90af9fa2-6de3-4550-9c1f-fba47d242304/Konjunktur-aktuell-10-22_gesamt.pdf.
- OeNB (2022b). Deutlicher Rückgang der Nachfrage nach Wohnbaukrediten. Österreich-Ergebnisse der euro-raumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2022. APA-OTS. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221025_OTS0088/deutlicher-rueckgang-der-nachfrage-nach-wohnbaukrediten (abgerufen am 25. 10. 2022).

- OeNB (2022c). Die Inflationsanalyse der OeNB. *Inflation aktuell*, (Q3/22). https://www.oenb.at/dam/jcr:58a5468f-0777-4862-b4d9-100d7c1728bf/Inflation-aktuell_Q3-2022.pdf.
- Österreichisches Gallup Institut (2022a). *Inflation steigt zu Top-Prioritäten auf*. <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/inflation-steigt-zu-top-prioritaeten-auf/>.
- Österreichisches Gallup Institut (2022b). *Steigende Sorgen um Inflation und Energieversorgung*. <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2022/steigende-sorgen-um-inflation-und-energieversorgung/>.
- Österreichisches Gallup Institut (2022c). *Inflation: Österreicher passen ihr Verhalten an*. <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2022/inflation-oesterreicher-passen-ihr-konsumverhalten-an/>.
- Statistik Austria (2021). *Energieeinsatz der Haushalte 2019/2020*. <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energieeinsatz-der-haushalte> (abgerufen am 25. 5. 2021).

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,4	7,2	6,2	5,5	5,2	5,0	4,9	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
USA	3,7	8,1	5,4	4,2	3,8	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,5	3,7	3,6
Japan	2,4	2,8	2,8	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,5
Euro-Raum	7,6	8,0	7,7	7,1	6,9	6,7	6,6	6,7	6,6	6,7	6,6	6,5	6,5
Belgien	5,5	5,7	6,3	5,8	5,3	5,8	5,4	5,8	5,5	5,4	5,4	5,4	5,5
Deutschland	3,0	3,7	3,6	3,3	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Irland	5,0	5,9	6,2	5,2	4,8	4,3	4,4	4,2	4,3	4,4	4,4	4,5	4,4
Griechenland	17,9	17,6	14,8	13,1	13,2	12,6	12,2	12,4	12,3	12,3	12,0	11,5	11,4
Spanien	14,1	15,6	14,8	13,5	13,3	12,7	12,7	12,6	12,6	12,7	12,7	12,5	12,4
Frankreich	8,4	8,0	7,9	7,5	7,3	7,6	7,2	7,6	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0
Italien	9,9	9,3	9,5	9,0	8,5	8,1	8,0	8,0	8,0	8,0	7,9	7,9	7,8
Luxemburg	5,6	6,7	5,4	4,7	4,5	4,3	4,4	4,3	4,3	4,4	4,5	4,6	4,6
Niederlande	4,4	4,9	4,2	3,8	3,4	3,3	3,7	3,4	3,6	3,8	3,8	3,7	3,6
Österreich	4,8	6,1	6,2	5,3	4,6	4,4	5,0	4,2	4,6	5,2	5,1	4,6	5,6
Portugal	6,7	7,1	6,6	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9	5,9	6,0	6,1	6,0	6,4
Slowakei	5,7	6,6	6,8	6,5	6,4	6,2	6,0	6,1	6,1	6,0	6,0	5,9	5,9
Finnland	6,7	7,8	7,6	6,9	6,7	6,4	7,2	6,9	7,1	7,2	7,2	6,4	6,7
Tschechien	2,0	2,6	2,8	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,2	2,7
Ungarn	3,3	4,1	4,1	3,8	3,5	3,4	3,6	3,1	3,6	3,6	3,7	3,6	4,1
Polen	3,3	3,2	3,4	3,0	2,8	2,8	3,0	2,9	2,9	3,0	3,0	3,0	3,0
Schweiz	4,4	4,8	5,1	4,6	4,4	4,3	4,2

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,1	+ 1,4	+ 4,0	+ 5,9	+ 7,9	+ 9,7	+10,4	+10,3	+10,2	+10,3	+10,5	+10,7	+10,3
USA	+ 1,8	+ 1,2	+ 4,7	+ 6,7	+ 8,0	+ 8,6	+ 8,3	+ 9,1	+ 8,5	+ 8,3	+ 8,2	+ 7,7	+ 7,1
Japan	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,8
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,6	+ 4,6	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,3	+ 8,6	+ 8,9	+ 9,1	+ 9,9	+10,6	+10,1
Belgien	+ 1,2	+ 0,4	+ 3,2	+ 6,4	+ 9,1	+ 9,9	+11,0	+10,5	+10,4	+10,5	+12,1	+13,1	+10,5
Deutschland	+ 1,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 5,4	+ 6,1	+ 8,3	+ 9,4	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,8	+10,9	+11,6	+11,3
Irland	+ 0,9	- 0,5	+ 2,4	+ 5,4	+ 5,9	+ 8,4	+ 9,1	+ 9,6	+ 9,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 9,4	+ 9,0
Griechenland	+ 0,5	- 1,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 6,6	+10,4	+11,5	+11,6	+11,3	+11,2	+12,1	+ 9,5	+ 8,8
Spanien	+ 0,8	- 0,3	+ 3,0	+ 5,8	+ 7,9	+ 8,9	+10,0	+10,0	+10,7	+10,5	+ 9,0	+ 7,3	+ 6,7
Frankreich	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,1	+ 3,3	+ 4,2	+ 5,9	+ 6,5	+ 6,5	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,2	+ 7,1	+ 7,1
Italien	+ 0,6	- 0,1	+ 1,9	+ 3,7	+ 6,0	+ 7,4	+ 8,9	+ 8,5	+ 8,4	+ 9,1	+ 9,4	+12,6	+12,6
Luxemburg	+ 1,6	+ 0,0	+ 3,5	+ 5,7	+ 6,8	+ 9,5	+ 8,9	+10,3	+ 9,3	+ 8,6	+ 8,8	+ 8,8	+ 7,3
Niederlande	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 5,3	+ 8,9	+10,4	+14,1	+ 9,9	+11,6	+13,7	+17,1	+16,8	+11,3
Österreich	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,9	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 8,7	+ 9,4	+ 9,3	+11,0	+11,6	+11,2
Portugal	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	+ 2,4	+ 4,4	+ 8,2	+ 9,5	+ 9,0	+ 9,4	+ 9,3	+ 9,8	+10,6	+10,2
Slowakei	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,8	+ 8,5	+11,8	+13,3	+12,6	+12,8	+13,4	+13,6	+14,5	+15,1
Finnland	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,1	+ 3,1	+ 4,8	+ 7,0	+ 8,1	+ 8,1	+ 8,0	+ 7,9	+ 8,4	+ 8,4	+ 9,1
Tschechien	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 5,0	+10,2	+15,0	+17,4	+16,6	+17,3	+17,1	+17,8	+15,5	+17,2
Ungarn	+ 3,4	+ 3,4	+ 5,2	+ 7,1	+ 8,3	+11,0	+18,0	+12,6	+14,7	+18,6	+20,7	+21,9	+23,1
Polen	+ 2,1	+ 3,7	+ 5,2	+ 7,3	+ 9,0	+12,8	+14,9	+14,2	+14,2	+14,8	+15,7	+16,4	+16,1
Schweiz	+ 0,4	- 0,8	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,9

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2020	2021	2022	2022				2022				
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Europa, MSCI Europa	- 4,3	+ 23,0	- 3,9	+ 11,4	- 2,3	- 10,1	- 12,3	- 8,2	- 13,4	- 15,2	- 11,7	- 10,0
Euro-Raum, STOXX 50	- 4,7	+ 22,9	- 6,6	+ 9,2	- 8,3	- 13,7	- 11,5	- 11,4	- 16,6	- 16,2	- 10,8	- 7,8
Deutschland, DAX 30	+ 1,9	+ 23,3	- 8,8	+ 5,7	- 9,7	- 16,7	- 12,8	- 15,0	- 18,6	- 17,7	- 11,7	- 9,2
Österreich, ATX	- 20,5	+ 42,5	- 7,0	+ 20,1	- 5,3	- 17,8	- 19,6	- 16,1	- 21,7	- 25,3	- 16,9	- 17,2
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 13,7	+ 11,6	+ 5,1	+ 11,6	+ 5,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 4,6	+ 1,8	- 2,7	+ 1,4	+ 2,7
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 22,1	+ 20,4	- 14,6	+ 13,9	- 10,5	- 27,8	- 28,9	- 26,0	- 34,0	- 38,2	- 25,8	- 22,4
Tschechien, PX 50	- 11,6	+ 29,1	+ 6,4	+ 30,7	+ 16,9	- 3,0	- 13,1	- 3,6	- 9,1	- 14,2	- 9,8	- 15,2
Ungarn, BUX Index	- 10,2	+ 29,6	- 9,6	+ 10,7	- 9,5	- 17,8	- 18,2	- 15,1	- 23,2	- 26,6	- 16,5	- 11,3
Polen, WIG Index	- 13,9	+ 29,4	- 12,8	+ 13,4	- 9,1	- 24,6	- 25,5	- 21,5	- 30,9	- 35,5	- 23,8	- 16,9
Russland, RTS Index	- 4,0	+ 28,0	- 27,1	- 7,3	- 25,6	- 30,2	- 38,6	- 30,7	- 31,1	- 44,1	- 35,3	- 35,8
Amerika												
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 2,0	+ 26,4	- 3,2	+ 9,9	- 4,2	- 9,0	- 8,5	- 6,3	- 11,6	- 12,8	- 6,7	- 6,1
USA, S&P 500 Index	+ 10,5	+ 32,8	- 4,1	+ 15,5	- 1,9	- 10,0	- 16,3	- 6,6	- 13,4	- 16,5	- 16,1	- 16,3
Brasilien, BM&FBOVESPA	- 1,9	+ 18,4	- 6,2	- 4,6	- 12,1	- 11,1	+ 4,6	- 8,5	- 3,0	+ 4,9	+ 7,6	+ 1,8
Asien												
Japan, Nikkei 225	+ 4,7	+ 27,0	- 5,5	- 6,4	- 7,2	- 3,3	- 5,0	+ 2,4	- 8,3	- 5,6	- 5,0	- 4,6
China, Shanghai Index	+ 7,2	+ 13,1	- 8,9	- 3,0	- 9,5	- 8,7	- 14,0	- 7,2	- 13,1	- 15,9	- 13,0	- 13,6
Indien, Sensex 30 Index	- 1,1	+ 41,8	+ 7,5	+ 16,1	+ 9,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 6,8	+ 0,1	- 3,0	+ 3,6	+ 7,1

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In %												
USA	0,6	0,1	2,2	0,4	1,4	2,8	4,3	2,5	2,8	3,2	3,9	4,5	4,5
Japan	- 0,0	- 0,1	.	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	.
Kanada	0,6	0,2	2,6	0,7	1,8	3,4	4,4	3,0	3,4	3,8	4,2	4,4	4,6
Euro-Raum	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,5	- 0,4	0,5	1,8	0,0	0,4	1,0	1,4	1,8	2,1
Tschechien	0,9	1,1	6,3	4,6	6,0	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3
Dänemark	- 0,2	- 0,2	0,6	- 0,3	- 0,1	0,8	2,1	0,3	0,7	1,3	1,8	2,1	2,3
Ungarn	0,7	1,4	10,0	4,8	6,8	12,1	16,2	11,1	12,0	13,1	16,7	15,5	16,5
Polen	0,6	0,6	6,2	3,8	6,6	7,1	7,3	7,0	7,1	7,2	7,5	7,3	7,0
Schweden	- 0,1	- 0,2	0,7	- 0,2	0,2	1,1	1,8	0,8	1,1	1,5	1,6	1,7	2,0
Vereinigtes Königreich	0,3	0,1	2,0	0,8	1,3	2,3	3,6	1,8	2,2	2,9	3,4	3,5	3,8
Norwegen	0,7	0,5	2,1	1,2	1,4	2,6	3,4	2,2	2,6	2,9	3,3	3,5	3,3
Schweiz	- 0,7	- 0,7	.	- 0,7	- 0,6	0,1	.	- 0,1	0,1	0,5	0,5	0,5	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2020	2021	2022	2022				2022							
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember		
				In %											
USA	0,9	1,4	3,0	1,9	2,9	3,1	3,8	2,9	2,9	3,5	4,0	3,9	3,6		
Japan	- 0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3		
Kanada	0,8	1,4	2,8	1,9	3,0	3,0	3,2	3,0	2,9	3,1	3,4	3,2	2,9		
Euro-Raum	0,2	0,2	2,0	0,8	2,0	2,3	3,0	2,1	2,1	2,8	3,2	2,9	3,0		
Belgien	- 0,1	- 0,0	1,7	0,5	1,7	2,0	2,7	1,8	1,7	2,5	2,8	2,7	2,7		
Deutschland	- 0,5	- 0,4	1,1	0,1	1,0	1,3	2,1	1,1	1,0	1,8	2,2	2,1	2,1		
Irland	- 0,1	0,1	1,8	0,7	1,7	2,0	2,6	1,7	1,7	2,4	2,7	2,6	2,6		
Griechenland	1,3	0,9	3,5	2,2	3,5	3,8	4,5	3,4	3,5	4,4	4,9	4,4	4,2		
Spanien	0,4	0,3	2,2	1,0	2,1	2,5	3,1	2,3	2,2	2,9	3,3	3,1	3,1		
Frankreich	- 0,1	0,0	1,7	0,6	1,6	1,9	2,7	1,7	1,7	2,4	2,8	2,6	2,6		
Italien	1,2	0,8	3,2	1,7	3,0	3,6	4,3	3,4	3,3	4,1	4,5	4,2	4,3		
Luxemburg	- 0,4	- 0,4	1,7	0,3	1,7	2,1	2,8	1,9	1,8	2,6	3,0	2,7	2,7		
Niederlande	- 0,4	- 0,3	1,4	0,2	1,2	1,7	2,4	1,5	1,4	2,1	2,5	2,4	2,4		
Österreich	- 0,2	- 0,1	1,7	0,5	1,6	1,9	2,8	1,7	1,7	2,5	2,9	2,7	2,7		
Portugal	0,4	0,3	2,2	0,9	2,2	2,4	3,1	2,3	2,2	2,9	3,3	3,0	3,1		
Finnland	- 0,2	- 0,1	1,7	0,5	1,6	2,0	2,8	1,7	1,6	2,5	2,9	2,7	2,7		
Dänemark	- 0,4	- 0,1	1,5	0,4	1,4	1,7	2,4	1,6	1,4	2,2	2,6	2,4	2,3		
Schweden	- 0,0	0,3	1,5	0,6	1,7	1,7	2,1	1,5	1,6	2,1	2,3	2,1	2,0		
Vereinigtes Königreich	0,3	0,7	2,4	1,4	2,0	2,6	3,5	2,1	2,3	3,4	4,0	3,3	3,4		
Norwegen	0,8	1,4	2,8	2,1	2,8	3,1	3,3	2,9	3,0	3,3	3,5	3,2	3,0		
Schweiz	- 0,5	- 0,3	0,8	0,2	0,9	0,8	1,2	0,8	0,6	1,1	1,3	1,1	1,3		

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2020	2021	2022	2022				2022					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,14	1,18	1,05	1,14	1,12	1,07	1,01	1,02	1,01	0,99	0,98	1,02	1,06
Yen	121,78	129,86	138,01	130,04	130,46	138,14	139,20	144,22	136,85	141,57	144,73	145,12	142,82
Schweizer Franken	1,07	1,08	1,01	1,05	1,04	1,03	0,97	0,98	0,97	0,96	0,98	0,98	0,99
Pfund Sterling	0,89	0,86	0,85	0,85	0,84	0,85	0,86	0,87	0,84	0,87	0,87	0,87	0,87
Schwedische Krone	10,49	10,14	10,63	10,12	10,48	10,47	10,62	10,94	10,50	10,78	10,95	10,88	10,99
Dänische Krone	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	10,72	10,16	10,10	9,97	9,93	10,02	10,06	10,39	9,83	10,17	10,39	10,34	10,45
Tschechische Krone	26,46	25,65	24,56	25,38	24,64	24,63	24,58	24,39	24,57	24,58	24,53	24,37	24,27
Russischer Rubel	82,65	87,23	73,88	83,13	98,28	71,97	60,66	64,61	61,74	59,50	61,01	62,30	70,53
Ungarischer Forint	351,21	358,46	390,94	364,27	364,10	385,33	403,46	410,89	402,10	404,19	418,31	406,68	407,68
Polnischer Zloty	4,44	4,56	4,68	4,62	4,62	4,65	4,74	4,73	4,72	4,74	4,80	4,70	4,68
Neuer Rumänischer Leu	4,84	4,92	4,93	4,95	4,95	4,94	4,91	4,92	4,89	4,91	4,93	4,91	4,92
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,87	7,63	7,08	7,31	7,13	7,04	6,90	7,26	6,89	6,95	7,07	7,32	7,39
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,5	+ 0,6	- 1,5	- 1,1	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 0,9	- 2,3	- 2,3	- 1,6	- 0,9	- 0,3
Industriewaren	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 2,0	- 2,3	- 0,7	- 2,3	- 2,2	- 1,5	- 0,7	- 0,0
Real	+ 1,8	+ 0,2	.	- 2,3	- 2,0	- 2,9	- 2,5	.	- 2,9	- 2,2	- 1,4	- 0,7	.
Industriewaren	+ 1,7	+ 0,2	.	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 2,2	.	- 2,6	- 1,7	- 0,9	- 0,0	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 23,3	+ 87,6	+ 57,2	+ 95,3	+ 80,3	+ 63,6	+ 14,2	+ 63,0	+ 76,8	+ 52,4	+ 7,2	+ 19,6	+ 16,5
Ohne Energierohstoffe	+ 2,9	+ 43,2	+ 4,8	+ 24,3	+ 9,2	- 4,0	- 9,1	- 5,8	- 2,3	- 3,8	- 9,5	- 8,1	- 9,6
Auf Euro-Basis	- 24,9	+ 82,4	+ 76,4	+ 110,5	+ 104,1	+ 91,7	+ 28,1	+ 89,4	+ 105,8	+ 81,1	+ 26,6	+ 33,8	+ 24,3
Ohne Energierohstoffe	+ 0,8	+ 38,5	+ 17,4	+ 33,6	+ 23,5	+ 12,4	+ 1,9	+ 9,4	+ 13,5	+ 14,3	+ 6,9	+ 2,7	- 3,6
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,6	+ 33,5	+ 33,8	+ 37,2	+ 46,1	+ 36,0	+ 17,8	+ 35,7	+ 33,4	+ 39,0	+ 30,4	+ 16,5	+ 7,6
Industrierohstoffe	- 0,7	+ 41,3	+ 8,7	+ 31,5	+ 12,3	+ 0,0	- 7,0	- 3,8	+ 3,0	+ 1,2	- 5,7	- 5,3	- 10,0
Energierohstoffe	- 31,4	+ 98,6	+ 91,7	+ 136,3	+ 130,7	+ 111,2	+ 33,1	+ 111,2	+ 129,3	+ 95,6	+ 30,0	+ 40,0	+ 29,8
Rohöl	- 33,4	+ 60,3	+ 56,0	+ 72,1	+ 83,7	+ 55,7	+ 22,1	+ 63,1	+ 60,4	+ 43,8	+ 29,6	+ 21,9	+ 14,1

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021			2022		
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,5	- 6,5	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,8	+13,0	+ 5,4	+ 6,0	+ 9,2	+ 6,1	+ 1,7
Exporte	+ 5,2	+ 4,0	-10,7	+ 9,6	+ 8,8	+ 0,3	+ 3,3	+26,5	+12,8	+13,7	+18,6	+11,2	+ 3,7
Importe	+ 5,3	+ 2,1	- 9,2	+13,7	+ 5,1	+ 0,9	+ 3,2	+26,1	+15,9	+14,5	+12,3	+ 3,8	+ 0,0
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 0,4	- 5,5	+ 6,5	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,7	+12,7	+ 6,7	+ 6,2	+ 5,7	+ 2,0	- 0,4
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,7	- 6,0	+ 4,8	+ 3,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 9,9	+ 7,5	+ 7,2	+10,2	+ 5,4	- 1,0
Private Haushalte ²⁾	+ 1,1	+ 0,5	- 8,0	+ 3,6	+ 3,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 9,8	+ 6,9	+ 6,6	+12,4	+ 6,5	- 2,0
Staat	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 7,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,6	+10,1	+ 9,2	+ 8,4	+ 5,5	+ 2,8	+ 1,5
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,1	- 0,7	- 4,8	+11,4	+ 0,5	- 0,1	+ 2,7	+21,0	+ 4,7	+ 4,5	- 3,7	- 5,2	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,5	- 5,3	+ 8,7	- 1,0	+ 0,2	+ 2,2	+23,5	+ 3,2	+ 3,8	+ 1,1	- 4,5	- 3,0
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 1,2	+ 1,6	- 9,5	+16,0	- 6,5	- 1,5	+ 2,5	+47,2	+ 3,0	+ 7,3	- 1,1	-14,5	- 8,1
Bauten	+ 5,6	+ 3,6	- 3,4	+ 5,8	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+17,5	+ 1,9	- 0,1	+ 1,8	- 1,2	- 3,7
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 6,8	+10,8	- 3,4	+ 5,1	+ 4,5	+ 2,0	+ 5,0	+ 6,6	+ 6,4	+ 7,6	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,4
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 4,5	+ 1,0	- 5,8	+ 9,5	+ 3,0	- 2,2	+ 1,5	+24,0	+ 7,1	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,6	+ 1,1

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,1	+ 4,3	- 1,4	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,2							
Exporte	+ 9,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 0,4	+ 3,4	- 1,6							
Importe	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,3	- 1,5	- 1,0							
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,0	+ 3,1	- 1,7	+ 1,7	- 0,9	+ 0,6							
Konsumausgaben insgesamt	+ 4,7	+ 6,2	- 2,5	+ 1,8	+ 0,0	- 0,2							
Private Haushalte ²⁾	+ 4,7	+ 8,3	- 4,1	+ 3,4	- 0,7	- 0,3							
Staat	+ 4,5	+ 1,4	+ 1,5	- 1,8	+ 1,8	+ 0,1							
Bruttoinvestitionen ³⁾	- 1,6	- 8,7	+ 5,4	+ 1,3	- 1,6	- 4,7							
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	- 4,1	+ 1,0	+ 1,6	- 2,1	- 3,5							
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 5,6	-12,3	+ 3,6	+ 1,4	- 5,2	- 8,5							
Bauten	+ 0,8	- 0,6	- 1,2	+ 2,3	- 1,5	- 2,6							
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0							
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,2	- 1,4							

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2021			2022			
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,3	+ 3,8	- 2,9	+ 6,1	+ 9,0	+ 5,7	+ 5,9							
Arbeitnehmerentgelte	+ 5,1	+ 4,2	- 0,3	+ 4,7	+ 6,8	+ 8,6	+ 8,2	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,7	+ 9,8	+ 8,6	+ 6,2	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,3	+ 1,6	+ 0,4	+ 7,2	+ 7,4	+ 1,8	+ 0,5	+19,9	+ 6,5	- 2,3	+ 4,9	+ 2,6	+ 8,1	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität														
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,2	- 4,6	+ 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 7,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,4	- 0,3	
BIP nominell	Mrd. €	385,27	397,17	381,04	406,15	446,31	471,05	498,34	101,31	104,26	108,44	104,11	112,46	112,48
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	43.594	44.738	42.733	45.372	49.379	51.713	54.363	11.331	11.639	12.085	11.566	12.439	12.395
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 4,8	+ 3,5	+ 0,2	+ 1,0	+16,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 6,5	+ 2,7	+ 0,1	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,5	- 0,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,8	- 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,3	+ 1,6	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 bis 2024: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2021	2022				2022						
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+ 16,2	+ 15,6	+ 20,2	+ 8,1	+ 4,2	+ 10,4	+ 8,5	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,2	+ 5,6	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 17,2	+ 16,6	+ 25,9	+ 13,2	+ 8,5	+ 16,7	+ 13,1	+ 9,6	+ 7,8	+ 7,5	+ 10,3	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 15,2	+ 14,7	+ 14,6	+ 3,0	- 0,1	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,9	- 2,0	+ 0,9	+ 0,8	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	+ 20,2	+ 17,5	+ 17,9	+ 5,8	- 1,9	+ 8,1	+ 5,6	+ 3,7	- 2,2	- 1,6	- 2,0	
Bauwirtschaft	+ 37,6	+ 39,7	+ 39,2	+ 29,6	+ 27,5	+ 32,3	+ 28,7	+ 27,8	+ 29,8	+ 26,5	+ 26,1	
Dienstleistungen	+ 14,1	+ 14,3	+ 23,3	+ 9,7	+ 6,5	+ 12,2	+ 10,8	+ 6,2	+ 3,8	+ 6,6	+ 9,0	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnev@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

	Sommersaison 2021				Sommersaison 2022			
	Umsätze im Gesamtreiseverkehr	Übernachtungen insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Übernachtungen Aus dem Ausland	Umsätze im Gesamtreiseverkehr ¹⁾	Übernachtungen ²⁾ insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Übernachtungen Aus dem Ausland
	Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2019 in %							
Österreich	- 20,8	- 15,9	+ 3,4	- 23,9	+ 0,8	- 1,4	+ 4,4	- 3,8
Wien	- 62,0	- 60,3	- 36,0	- 65,1	- 13,2	- 17,2	+ 0,4	- 20,7
Niederösterreich	- 23,4	- 22,2	- 10,0	- 42,5	- 6,5	- 9,9	- 4,6	- 18,7
Burgenland	- 1,3	+ 1,4	+ 11,2	- 25,9	- 0,4	- 3,5	- 0,7	- 11,3
Steiermark	- 0,4	+ 0,9	+ 2,4	- 13,6	+ 10,9	+ 6,5	+ 6,5	+ 1,3
Kärnten	- 4,4	- 3,5	+ 19,3	- 18,8	+ 8,2	+ 2,9	+ 11,5	- 3,0
Oberösterreich	- 9,7	- 14,5	- 1,1	- 29,0	+ 5,0	- 0,9	+ 3,9	- 6,2
Salzburg	- 17,2	- 14,4	+ 8,0	- 21,3	+ 5,5	+ 0,5	+ 8,8	- 2,0
Tirol	- 10,8	- 10,5	+ 10,4	- 12,0	+ 8,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 6,5
Vorarlberg	- 7,4	- 7,3	- 0,7	- 8,3	+ 11,0	+ 2,3	+ 5,5	+ 1,9

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. –¹⁾ Schätzung. –²⁾ Endgültige Werte. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, anna.burton@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

	2021	2022	2021	2022	2019	2020	2021	2022			2022		
		Jänner bis Oktober		Jänner bis Oktober				Jänner bis Oktober	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Warenexporte insgesamt	165,6	161,0	100,0	100,0	+ 2,3	- 7,1	+ 16,1	+ 18,4	+ 19,0	+ 11,7	+ 19,6	+ 19,3	+ 16,3
Intra-EU 27 (ab 2020)	112,8	110,6	68,1	68,7	+ 1,7	- 5,9	+ 17,0	+ 19,3	+ 17,1	+ 12,0	+ 20,7	+ 19,6	+ 15,3
Deutschland	49,9	48,2	30,2	29,9	+ 0,4	- 3,6	+ 15,0	+ 16,9	+ 16,5	+ 14,2	+ 25,5	+ 19,6	+ 18,3
Italien	11,2	11,1	6,8	6,9	- 0,1	- 9,5	+ 27,1	+ 20,3	+ 19,2	+ 7,8	+ 21,8	+ 9,6	+ 11,1
Frankreich	6,3	6,5	3,8	4,0	+ 4,8	- 9,2	+ 2,9	+ 25,8	+ 16,1	+ 10,0	+ 29,9	+ 78,6	+ 10,9
EU-Länder seit 2004	31,6	32,0	19,1	19,9	+ 2,7	- 5,6	+ 19,9	+ 23,7	+ 20,8	+ 11,2	+ 15,5	+ 14,9	+ 16,1
5 EU-Länder ¹⁾	25,4	25,6	15,3	15,9	+ 3,1	- 5,5	+ 19,5	+ 22,9	+ 20,1	+ 7,4	+ 14,7	+ 13,3	+ 14,1
Tschechien	6,0	5,9	3,6	3,7	- 4,6	- 6,0	+ 18,6	+ 19,3	+ 18,8	+ 2,7	+ 10,9	+ 15,3	+ 10,3
Ungarn	6,1	6,5	3,7	4,0	+ 9,3	- 11,4	+ 24,0	+ 29,0	+ 19,5	+ 4,4	+ 21,4	+ 11,6	+ 15,5
Polen	6,6	6,1	4,0	3,8	+ 8,1	+ 6,6	+ 19,3	+ 12,4	+ 14,8	+ 4,7	+ 8,5	+ 4,2	+ 8,2
Extra-EU 27 (ab 2020)	52,8	50,3	31,9	31,3	+ 3,5	- 9,6	+ 14,4	+ 16,5	+ 23,3	+ 11,0	+ 17,4	+ 18,7	+ 18,5
Schweiz	8,2	8,2	4,9	5,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 9,3	+ 22,7	+ 26,7	+ 7,1	+ 22,9	+ 12,1	+ 48,5
Vereinigtes Königreich	4,4	4,3	2,7	2,7	+ 7,1	- 9,3	+ 8,8	+ 15,5	+ 1,7	- 2,3	+ 19,5	+ 4,1	+ 4,8
Westbalkanländer	1,7	1,7	1,0	1,0	+ 12,8	- 10,4	+ 21,4	+ 24,5	+ 16,5	+ 25,2	+ 10,6	+ 17,7	+ 16,1
GUS-Europa	2,2	1,7	1,3	1,0	+ 11,5	- 11,6	- 3,4	- 7,3	+ 24,1	+ 2,9	- 14,6	- 22,9	- 29,3
Russland	2,0	1,5	1,2	0,9	+ 12,3	- 10,3	- 5,7	- 6,3	+ 27,1	+ 5,1	- 14,9	- 22,5	- 30,2
Industrieländer in Übersee	18,1	17,5	10,9	10,9	+ 0,4	- 11,9	+ 18,4	+ 19,1	+ 34,4	+ 14,6	+ 16,4	+ 38,3	+ 25,0
USA	11,1	10,5	6,7	6,5	- 3,4	- 9,2	+ 19,4	+ 18,4	+ 33,6	+ 14,4	+ 13,3	+ 29,9	+ 24,6
China	4,8	4,4	2,9	2,8	+ 10,0	- 12,2	+ 23,1	+ 10,8	+ 15,1	+ 10,4	+ 29,3	- 1,0	+ 1,2
Japan	1,7	1,5	1,0	1,0	+ 5,5	- 5,6	+ 12,0	+ 9,4	+ 14,5	+ 4,7	+ 7,9	+ 12,4	+ 24,0
Agrarwaren	13,0	12,5	7,9	7,8	+ 6,7	+ 3,1	+ 8,6	+ 16,3	+ 14,5	+ 13,4	+ 24,8	+ 15,6	+ 16,8
Roh- und Brennstoffe	10,0	11,6	6,0	7,2	+ 2,0	- 14,8	+ 41,2	+ 44,2	+ 29,2	+ 12,9	+ 22,6	+ 22,0	+ 28,6
Industriewaren	142,5	136,8	86,1	85,0	+ 1,9	- 7,5	+ 15,4	+ 16,8	+ 18,7	+ 11,4	+ 18,8	+ 19,5	+ 15,4
Chemische Erzeugnisse	25,3	24,1	15,3	15,0	+ 8,4	+ 2,8	+ 14,0	+ 17,1	+ 24,9	+ 10,9	+ 12,8	+ 24,2	+ 17,8
Bearbeitete Waren	35,3	36,4	21,3	22,6	- 3,2	- 9,9	+ 23,0	+ 24,4	+ 26,8	+ 15,4	+ 19,7	+ 19,3	+ 14,6
Maschinen, Fahrzeuge	61,3	56,4	37,0	35,1	+ 2,5	- 11,9	+ 12,7	+ 11,8	+ 14,5	+ 10,1	+ 19,4	+ 19,0	+ 12,6
Konsumnahe Fertigwaren	17,7	16,5	10,7	10,2	+ 1,8	- 7,3	+ 10,8	+ 14,3	+ 10,0	+ 10,5	+ 17,7	+ 15,1	+ 14,3
Warenimporte insgesamt	178,4	176,9	100,0	100,0	+ 1,1	- 8,5	+ 23,6	+ 21,2	+ 10,8	+ 14,1	+ 26,6	+ 21,1	+ 17,5
Intra-EU 27 (ab 2020)	118,9	116,0	66,7	65,5	+ 0,3	- 8,4	+ 20,4	+ 18,9	+ 14,8	+ 14,2	+ 25,8	+ 21,2	+ 13,4
Deutschland	59,2	57,4	33,1	32,4	- 1,1	- 8,5	+ 17,1	+ 18,0	+ 11,0	+ 13,2	+ 27,6	+ 21,3	+ 14,8
Italien	11,6	11,0	6,5	6,2	+ 4,1	- 12,0	+ 26,9	+ 15,2	+ 16,3	+ 13,5	+ 12,8	+ 10,7	+ 4,8
Frankreich	4,5	4,2	2,5	2,4	- 1,4	- 11,4	+ 21,4	+ 11,4	+ 15,5	+ 7,5	+ 18,2	+ 12,2	- 1,2
EU-Länder seit 2004	28,5	28,7	16,0	16,2	+ 1,2	- 6,6	+ 26,6	+ 23,4	+ 19,7	+ 21,4	+ 31,7	+ 26,7	+ 12,1
5 EU-Länder ¹⁾	24,2	24,5	13,6	13,8	+ 1,1	- 8,6	+ 25,7	+ 24,6	+ 20,3	+ 22,6	+ 36,5	+ 28,2	+ 12,9
Tschechien	7,8	8,1	4,3	4,6	- 2,4	- 9,3	+ 29,1	+ 30,5	+ 21,3	+ 30,1	+ 53,6	+ 25,6	+ 14,0
Ungarn	4,7	4,5	2,6	2,6	+ 2,5	- 9,9	+ 21,0	+ 17,5	+ 15,0	+ 19,6	+ 31,2	+ 11,9	+ 2,1
Polen	5,8	5,7	3,2	3,2	+ 11,0	- 3,4	+ 28,3	+ 19,8	+ 17,6	+ 28,4	+ 23,1	+ 20,4	+ 6,7
Extra-EU 27 (ab 2020)	59,5	61,0	33,3	34,5	+ 2,8	- 8,7	+ 30,3	+ 25,9	+ 3,1	+ 13,9	+ 28,2	+ 21,0	+ 25,4
Schweiz	9,7	8,4	5,5	4,7	- 10,8	+ 25,5	+ 27,7	+ 1,0	- 2,9	- 18,8	+ 53,7	+ 7,2	- 18,9
Vereinigtes Königreich	2,8	3,1	1,6	1,8	- 1,3	- 24,2	+ 29,6	+ 49,3	- 62,0	+ 156,9	+ 29,5	+ 7,6	+ 28,4
Westbalkanländer	1,6	1,7	0,9	1,0	+ 16,0	- 10,3	+ 25,0	+ 31,1	+ 25,7	+ 22,3	+ 28,8	+ 18,3	+ 27,4
GUS-Europa	4,7	6,9	2,7	3,9	- 15,9	- 20,7	+ 110,5	+ 97,1	+ 61,2	+ 11,7	+ 25,8	- 3,3	+ 81,6
Russland	4,7	6,9	2,6	3,9	- 16,1	- 21,4	+ 115,1	+ 98,9	+ 62,5	+ 11,9	+ 26,1	- 3,0	+ 82,2
Industrieländer in Übersee	10,0	9,4	5,6	5,3	+ 10,6	- 19,4	+ 12,2	+ 13,5	- 16,1	+ 18,3	+ 16,9	+ 30,3	+ 20,2
USA	5,7	5,3	3,2	3,0	+ 18,5	- 25,9	+ 8,4	+ 11,6	- 29,0	+ 23,4	+ 4,7	+ 38,5	+ 30,3
China	13,1	14,1	7,3	7,9	+ 7,9	+ 3,7	+ 28,7	+ 32,7	+ 35,8	+ 35,7	+ 49,8	+ 44,9	+ 32,6
Japan	2,2	2,1	1,3	1,2	+ 0,2	- 8,7	+ 9,4	+ 11,4	+ 14,6	- 3,6	+ 19,9	+ 12,9	+ 0,2
Agrarwaren	12,6	12,1	7,0	6,8	+ 4,7	- 0,4	+ 8,1	+ 18,2	+ 14,3	+ 12,4	+ 21,4	+ 12,7	+ 16,3
Roh- und Brennstoffe	22,1	29,0	12,4	16,4	- 4,0	- 23,4	+ 57,3	+ 67,0	+ 48,7	+ 44,1	+ 51,8	+ 38,1	+ 53,0
Industriewaren	143,7	135,9	80,5	76,8	+ 1,6	- 7,1	+ 21,1	+ 14,7	+ 5,6	+ 9,7	+ 22,7	+ 19,0	+ 10,9
Chemische Erzeugnisse	26,2	24,3	14,7	13,8	+ 3,1	- 4,1	+ 25,2	+ 12,2	+ 3,0	+ 3,7	+ 18,6	+ 16,5	+ 6,0
Bearbeitete Waren	29,1	29,7	16,3	16,8	- 2,2	- 6,1	+ 26,9	+ 23,2	+ 20,1	+ 9,9	+ 20,7	+ 12,6	+ 5,6
Maschinen, Fahrzeuge	59,1	53,7	33,1	30,3	+ 3,7	- 11,2	+ 17,1	+ 9,9	+ 6,4	+ 10,1	+ 18,4	+ 20,7	+ 13,8
Konsumnahe Fertigwaren	24,6	22,5	13,8	12,7	+ 3,1	- 7,9	+ 12,8	+ 12,2	+ 6,2	+ 6,8	+ 18,7	+ 12,9	+ 8,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. –¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2018	2019	2020	2021	2021			2022			2022		
					II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	April	Mai	Juni	Juli
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.391	3.378	3.384	3.403	+ 0,6	+ 0,9	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,3
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.493	2.691	2.962	2.734									
BEE ³⁾ Rindfleisch	218	215	205	200	- 0,2	- 1,3	+ 0,3	- 3,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 4,4	- 3,7	-22,8
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	-10,6	+13,2	+17,6	+11,8	+19,8	+52,3	+14,2	- 6,7	-12,5
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	468	475	479	+ 4,2	- 0,8	- 1,1	- 4,7	- 4,0	- 5,9	+ 1,9	- 8,0	- 6,4
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	110	116	125	129	- 0,1	+ 3,9	+ 3,8	- 2,0	- 5,3	-16,5	+ 3,1	- 2,4	- 2,2
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	359	366	384	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,5	+12,3	+24,3	+21,7	+24,6	+26,6	+32,5
Qualitätsweizen ⁵⁾	159	166	161	225	+24,5	+55,8	+70,0	+85,1	+83,4	+95,4	+88,2	+68,4	+32,6
Körnermais ⁶⁾	149	143	143	204	+37,8	+61,6	+51,0	+44,0	+55,2	+62,8	+57,0	+46,6	+34,2
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁴⁾⁷⁾	3.868	3.703	3.650	3.990	+10,0	+ 9,5	+14,9	+20,2	+26,1	+29,5	+29,1	+19,7	+20,4
Schweine (Handelsklasse E) ⁴⁾	1.487	1.757	1.678	1.565	- 3,3	+ 2,1	+ 4,2	+10,1	+22,5	+27,1	+22,3	+18,1	+22,6
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.731	2.665	2.385	2.419	+ 5,3	- 0,1	+ 1,3	+ 4,3	+10,9	+ 6,4	+12,5	+13,7	+24,0

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2019	2020	2021	2021			2022						
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsstagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 0,0	- 7,1	+ 11,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 7,7	+ 5,0	+ 8,4	+ 3,2	+ 5,5	+ 6,3	+ 4,7	+ 4,4
Vorleistungen	- 1,1	- 4,6	+ 10,9	+ 7,5	+ 10,6	+ 8,5	+ 4,9	+ 7,6	+ 4,8	+ 6,1	+ 3,8	+ 6,0	- 0,7
Investitionsgüter	+ 2,5	- 12,4	+ 15,4	+ 10,8	+ 5,3	+ 7,7	+ 8,4	+ 11,0	+ 4,8	+ 7,1	+ 12,8	+ 3,6	+ 9,7
Kfz	+ 5,0	- 17,7	+ 8,3	- 14,0	- 17,5	+ 2,7	+ 10,2	+ 16,7	+ 4,9	+ 0,1	+ 23,6	+ 8,2	+ 15,7
Konsumgüter	- 1,5	- 3,0	+ 4,4	+ 4,8	+ 7,3	+ 5,9	+ 3,0	+ 3,9	- 1,7	+ 5,6	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,9
Langlebige Konsumgüter	- 2,2	- 0,5	+ 13,4	+ 1,9	+ 10,6	+ 5,0	+ 4,1	+ 3,2	- 8,0	+ 14,7	+ 9,0	+ 12,3	+ 16,9
Kurzlebige Konsumgüter	- 1,4	- 3,6	+ 2,1	+ 5,5	+ 6,6	+ 6,1	+ 2,7	+ 4,5	+ 0,3	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,1	+ 2,9
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 1,6	- 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	.	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	.	.
Geleistete Stunden	+ 2,2	- 4,6	+ 5,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,4	.	- 2,0	- 0,9	+ 1,9	+ 1,1	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 1,5	- 5,9	+ 10,3	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,6	.	+ 6,3	+ 1,1	+ 3,5	+ 4,1	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,9	- 2,1	+ 5,2	+ 6,3	+ 6,8	+ 6,3	.	+ 7,1	+ 0,7	+ 4,0	+ 4,9	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 2,1	- 7,4	+ 30,0	+ 22,1	+ 13,5	+ 7,3	.	+ 2,8	+ 5,1	+ 19,7	+ 18,1	.	.
Inland	- 0,9	- 4,5	+ 28,7	+ 18,0	+ 21,1	+ 11,5	.	+ 8,9	- 2,6	+ 10,7	+ 1,1	.	.
Ausland	- 2,5	- 8,3	+ 30,4	+ 23,4	+ 11,3	+ 6,0	.	+ 1,0	+ 7,8	+ 22,6	+ 23,7	.	.
Auftragsbestand	+ 2,5	- 1,6	+ 20,4	+ 29,9	+ 28,9	+ 25,2	.	+ 22,1	+ 20,0	+ 20,3	+ 20,1	.	.
Inland	+ 2,1	+ 6,2	+ 23,5	+ 35,3	+ 34,0	+ 31,0	.	+ 27,7	+ 23,0	+ 20,3	+ 15,9	.	.
Ausland	+ 2,6	- 3,2	+ 19,7	+ 28,6	+ 27,7	+ 23,8	.	+ 20,8	+ 19,3	+ 20,3	+ 21,1	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2021	2022			2022							
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung												
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+20,2	+17,5	+17,9	+ 5,8	- 1,9	+ 8,1	+ 5,6	+ 3,7	- 2,2	- 1,6	- 2,0	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+21,7	+20,6	+25,4	+12,6	+ 4,5	+15,8	+11,6	+10,4	+ 5,8	+ 4,1	+ 3,7	
	+18,7	+14,4	+10,4	- 1,0	- 8,4	+ 0,4	- 0,3	- 2,9	-10,1	- 7,3	- 7,8	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	80,8	81,8	87,8	80,3	74,8	82,6	79,3	79,0	75,0	74,3	75,2	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	75,2	76,2	81,3	74,8	69,9	77,2	74,1	73,2	71,4	68,7	69,7	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	- 9,3	- 6,3	- 4,4	+ 1,8	+ 7,2	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,1	+ 6,3	+ 5,1	+10,2	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+20,9	+16,4	+12,8	+ 0,6	- 4,6	+ 1,4	+ 1,9	- 1,6	- 6,0	- 4,5	- 3,4	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	+12,4	+ 8,0	+ 1,5	-13,7	-23,1	-11,0	-13,4	-16,6	-26,7	-21,3	-21,3	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+56,5	+59,1	+67,3	+54,1	+51,0	+56,8	+51,0	+54,6	+58,6	+51,4	+43,1	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agneyz@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	- 1,7	+ 16,7	.	+ 13,1	+ 11,1	+ 6,8	.	+ 4,8	+ 7,9	+ 7,8	.	.	.
Hochbau	- 2,9	+ 20,8	.	+ 13,8	+ 10,9	+ 1,9	.	+ 2,5	+ 1,2	+ 2,0	.	.	.
Tiefbau	- 2,4	+ 14,5	.	+ 13,8	+ 6,1	+ 9,1	.	+ 6,6	+ 8,5	+ 11,9	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	- 0,6	+ 14,7	.	+ 12,5	+ 12,8	+ 9,6	.	+ 5,8	+ 12,8	+ 10,5	.	.	.
Auftragsbestände	- 0,9	+ 18,4	.	+ 8,7	+ 4,8	+ 5,5	.	+ 3,2	+ 7,0	+ 6,3	.	.	.
Auftragseingänge	+ 2,3	+ 33,0	.	- 38,1	- 0,3	+ 10,3	.	+ 13,2	+ 13,9	+ 4,9	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 0,1	+ 5,1	+ 1,5	+ 4,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	- 0,5
Arbeitslose	+ 29,9	- 18,7	- 12,8	- 17,2	- 19,9	- 10,6	- 1,5	- 13,9	- 9,1	- 8,6	- 4,1	- 6,4	+ 1,1
Offene Stellen	+ 2,2	+ 24,9	+ 3,1	+ 28,1	+ 2,3	- 6,7	- 7,2	- 2,1	- 8,2	- 9,7	- 12,8	- 5,6	+ 0,5
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,6	+ 5,3	.	+ 8,7	+ 9,9	+ 10,3
Hochbau	+ 3,2	+ 8,2	.	+ 14,1	+ 15,9	+ 16,4
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,2	+ 8,0	.	+ 13,5	+ 15,3	+ 15,8
Sonstiger Hochbau	+ 3,1	+ 8,6	.	+ 14,9	+ 16,8	+ 17,3
Tiefbau	+ 1,8	+ 1,4	.	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021	2022				2022				
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 1,2	- 5,3	+ 11,2	+ 11,3	+ 15,2	+ 11,0	+ 11,8	+ 14,7	+ 6,7	+ 8,6	+ 13,2	+ 13,5	+ 8,1
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,6	- 10,7	+ 12,1	- 1,1	- 1,8	- 9,0	+ 0,1	- 6,0	- 9,9	- 7,0	+ 3,9	+ 3,9	- 1,0
Großhandel	+ 0,9	- 7,0	+ 14,9	+ 18,9	+ 24,1	+ 18,7	+ 16,6	+ 26,4	+ 12,5	+ 14,9	+ 18,8	+ 16,3	+ 11,7
Einzelhandel	+ 2,1	+ 0,1	+ 5,1	+ 5,3	+ 8,3	+ 7,1	+ 8,2	+ 4,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 7,5	+ 12,7	+ 5,8
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 0,6	- 4,8	+ 4,7	+ 2,2	+ 3,5	- 3,3	- 2,2	- 0,3	- 7,2	- 5,5	- 0,9	- 0,2	- 4,8
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,2	- 12,5	+ 9,2	- 5,1	- 8,5	- 17,2	- 10,6	- 14,8	- 18,6	- 16,6	- 7,2	- 7,6	- 11,9
Großhandel	+ 0,6	- 5,3	+ 4,6	+ 4,5	+ 7,7	- 0,3	- 0,2	+ 6,1	- 5,1	- 2,7	+ 1,9	+ 0,2	- 3,0
Einzelhandel	+ 1,2	- 0,2	+ 3,0	+ 1,7	+ 2,2	- 1,6	- 2,0	- 3,6	- 5,3	- 5,4	- 2,6	+ 2,3	- 4,8
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,9	- 1,8	- 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,3
Großhandel	+ 0,9	- 1,5	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7
Einzelhandel	- 0,4	- 1,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	- 8,0	+ 3,6	.	+ 12,4	+ 6,5	- 2,0
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,2	+ 4,4	.	- 4,2	- 4,8	- 1,2
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	13,3	12,0	.	10,1	8,2	9,5
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklima-indikator	- 10,0	- 4,9	- 24,7	- 13,1	- 23,2	- 32,3	- 30,1	- 33,3	- 31,2	- 32,3	- 31,0	- 29,8	- 29,5
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 2,8	- 5,6	- 16,9	- 8,4	- 14,3	- 21,3	- 23,8	- 20,7	- 22,1	- 21,2	- 22,5	- 23,6	- 25,2
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 0,3	+ 2,7	- 18,8	- 7,6	- 17,8	- 26,6	- 23,1	- 26,3	- 25,8	- 27,7	- 26,2	- 21,3	- 21,8
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 21,4	- 3,1	- 35,8	- 17,2	- 37,0	- 47,4	- 41,5	- 50,0	- 43,6	- 48,6	- 44,5	- 43,1	- 36,8
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 16,0	- 13,6	- 27,2	- 19,2	- 23,6	- 33,7	- 32,2	- 36,1	- 33,2	- 31,8	- 31,0	- 31,3	- 34,3

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2020	2021	2022	2022											
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember		
Veränderung gegen das Vorjahr in %															
Güterverkehr															
Verkehrsleistung															
Straße	- 0,9	+ 4,4	.	+ 0,3	- 2,5	- 4,8		
Schiene	- 5,7	+ 6,3	.	+ 6,7	+ 0,3	- 2,2		
Luffahrt ¹⁾	- 26,6	+ 19,4	.	+ 2,5	- 8,4	- 1,3	.	- 9,3	+ 4,1	+ 2,4	- 2,3	- 6,6	.		
Binnenschifffahrt	- 10,2	- 1,5	.	- 2,5	+ 6,4	- 56,7	.	- 40,0	- 69,6	- 60,9	.	.	.		
Lkw-Fahrleistung ²⁾	- 4,6	+ 8,8	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,5	- 1,0	- 1,6	- 4,0	+ 1,3	- 0,0	- 0,5	- 1,0	- 3,7		
Neuzulassungen Lkw ³⁾	- 17,1	+ 60,5	.	- 55,1	- 72,0	- 68,2	.	- 68,8	- 69,7	- 66,0	- 82,7	- 22,5	.		
Personenverkehr															
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 24,5	- 3,6	.	- 17,5	- 20,7	- 1,6	.	- 19,3	+ 0,5	+ 16,1	+ 8,9	+ 3,8	.		
Bahn (Personenkilometer)	- 44,4	+ 13,7		
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	- 74,3	+ 20,1	.	+ 542,2	+ 383,2	+ 71,3	.	+ 91,1	+ 57,5	+ 68,7	+ 56,0	+ 70,5	.		
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei															
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 3,8	- 0,4	+ 3,0	+ 5,7	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7		
Arbeitslose	+ 52,0	- 22,6	- 22,9	- 35,2	- 26,5	- 14,9	- 6,9	- 18,5	- 13,9	- 12,0	- 6,6	- 7,6	- 6,6		
Offene Stellen	- 31,4	+ 63,8	+ 41,6	+ 115,3	+ 63,9	+ 26,1	+ 6,1	+ 31,6	+ 32,0	+ 15,5	+ 14,3	+ 6,3	- 2,3		
Kraftstoffpreise															
Dieselmotorkraftstoff	- 12,8	+ 17,4	+ 47,7	+ 41,6	+ 60,1	+ 55,8	+ 34,8	+ 65,7	+ 48,7	+ 53,0	+ 48,5	+ 34,8	+ 21,3		
Normalbenzin	- 12,4	+ 17,9	+ 35,6	+ 35,7	+ 48,9	+ 42,0	+ 17,6	+ 57,9	+ 37,8	+ 30,5	+ 27,6	+ 18,1	+ 7,1		

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2020	2021	2022	2022											
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember		
In %															
Geld- und Kapitalmarktzinssätze															
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,6	0,3	1,6	- 0,1	0,3	0,6	1,4	1,6		
Taggeldsatz (€STR)	- 0,6	- 0,6	1,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	0,4	1,6	- 0,1	0,4	0,7	1,4	1,6		
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,5	0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,2	1,0	2,1	0,4	1,0	1,4	1,8	2,1		
Sekundärmarktzinssätze															
Benchmark	- 0,2	- 0,1	1,7	- 0,0	0,7	2,1	2,5	2,7	1,7	2,5	2,9	2,7	2,7		
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,3	- 0,3	1,3	- 0,2	0,3	1,4	1,8	2,4	1,3	1,8	2,4	2,6	2,4		
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute															
An private Haushalte															
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,3	.	4,2	4,5	4,7	5,2	.	5,2	5,2	5,3	5,3	.		
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,5	1,3	.	1,4	1,4	2,0	2,4	.	2,3	2,4	2,8	3,2	.		
An nichtfinanzielle Unternehmen															
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,6	.	1,6	1,6	1,6	2,1	.	1,9	2,1	2,8	3,0	.		
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,3	.	1,0	1,3	1,3	2,0	.	1,6	2,0	2,5	2,9	.		
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen															
In Yen	1,4	1,3	.	1,2	1,2	1,2	1,4	.	1,5	1,4	2,0	1,1	.		
In Schweizer Franken	1,0	1,0	.	0,9	0,8	1,1	1,0	.	1,1	1,0	1,4	1,4	.		
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute															
Einlagen von privaten Haushalten															
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,8	.	0,4	0,8	1,2	1,4	.		
Über 2 Jahre	0,5	0,4	.	0,6	0,6	0,8	1,1	.	1,0	1,1	1,9	2,0	.		
Spareinlagen von privaten Haushalten															
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,8	.	0,4	0,8	1,2	1,4	.		
Über 2 Jahre	0,4	0,5	.	0,7	0,6	1,0	1,3	.	1,2	1,3	1,9	2,1	.		
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %															
Einlagen und Kredite															
Einlagen insgesamt	+ 8,6	+ 3,9	.	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,8		
Spareinlagen	+ 20,0	+ 0,7	.	+ 0,7	+ 0,1	- 1,3	- 1,0		
Einlagen ohne Bindung	+ 13,5	+ 8,6	.	+ 8,6	+ 7,6	+ 5,6	+ 7,1		
Einlagen mit Bindung	- 2,2	- 7,9	.	- 7,9	- 9,0	- 5,1	- 1,8		
Forderungen an inländische Nichtbanken															
	+ 3,8	+ 6,5	.	+ 6,5	+ 6,3	+ 7,4	+ 7,7		

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2021			2022				2022					
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	± 0,0	+ 0,9	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	± 0,0
Arbeitslose	- 9,4	-11,0	- 7,6	- 6,2	- 2,3	+ 1,4	- 2,2	+ 0,9	+ 1,4	- 1,3	+ 0,1	- 3,8	+ 1,8
Offene Stellen	+27,5	+19,4	+10,3	+ 6,5	+ 1,4	- 1,3	+ 3,2	- 1,0	+ 0,5	- 1,2	+ 0,4	+ 4,4	+ 1,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,4	7,5	6,9	6,4	6,3	6,4	6,2	6,3	6,4	6,3	6,3	6,1	6,2
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	6,8	5,6	5,3	4,6	4,4	5,0	.	4,6	5,2	5,1	4,6	5,6	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.717	3.805	3.914	3.859	3.910	3.964	3.921	3.970	3.961	3.961	3.939	3.934	3.890
Männer	1.991	2.042	2.098	2.058	2.103	2.133	2.097	2.131	2.132	2.134	2.121	2.115	2.053
Frauen	1.726	1.763	1.816	1.801	1.807	1.832	1.825	1.839	1.829	1.827	1.818	1.819	1.837
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.644	3.734	3.845	3.788	3.840	3.897	3.853	3.903	3.894	3.894	3.872	3.866	3.822
Männer	1.983	2.035	2.090	2.051	2.095	2.125	2.090	2.123	2.125	2.127	2.114	2.109	2.048
Frauen	1.661	1.699	1.754	1.737	1.745	1.772	1.763	1.779	1.769	1.767	1.757	1.758	1.775
Ausländische Arbeitskräfte	777	840	927	894	922	953	940	947	952	959	945	945	930
Herstellung von Waren	620	623	637	629	634	643	641	644	642	643	641	644	638
Bauwesen	271	285	289	269	299	303	286	302	303	305	304	300	252
Private Dienstleistungen	1.707	1.756	1.832	1.810	1.818	1.865	1.833	1.874	1.868	1.853	1.832	1.828	1.841
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	970	993	1.009	1.007	1.008	1.003	1.018	1.001	997	1.009	1.016	1.018	1.021
Arbeitslose	410	332	263	299	240	241	272	235	249	237	249	258	310
Männer	224	181	145	177	123	126	155	124	129	126	133	140	192
Frauen	186	151	118	122	118	114	117	111	121	111	116	117	117
Personen in Schulung	57	70	70	73	72	63	69	61	60	69	70	73	65
Offene Stellen	63	95	126	117	136	133	115	138	133	129	123	113	110
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	- 80,1	+ 87,8	+108,7	+184,5	+104,2	+ 71,2	+ 74,9	+ 74,8	+ 70,5	+ 68,3	+ 67,6	+ 80,4	+ 76,7
Männer	- 43,1	+ 51,4	+ 55,4	+ 98,2	+ 52,0	+ 35,8	+ 35,4	+ 37,6	+ 35,5	+ 34,2	+ 33,7	+ 37,6	+ 34,8
Frauen	- 37,1	+ 36,4	+ 53,3	+ 86,3	+ 52,1	+ 35,4	+ 39,5	+ 37,2	+ 35,0	+ 34,1	+ 33,8	+ 42,8	+ 41,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 76,1	+ 90,4	+110,2	+184,7	+105,9	+ 72,9	+ 77,3	+ 76,6	+ 71,8	+ 70,3	+ 70,0	+ 82,4	+ 79,5
Männer	- 43,0	+ 51,6	+ 55,1	+ 97,9	+ 51,6	+ 35,5	+ 35,4	+ 37,5	+ 35,2	+ 33,9	+ 34,0	+ 37,5	+ 34,8
Frauen	- 33,1	+ 38,8	+ 55,1	+ 86,8	+ 54,2	+ 37,4	+ 41,9	+ 39,1	+ 36,6	+ 36,5	+ 36,1	+ 44,8	+ 44,7
Ausländische Arbeitskräfte	- 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+125,7	+ 83,5	+ 68,8	+ 71,4	+ 70,7	+ 69,7	+ 65,8	+ 65,3	+ 73,9	+ 75,0
Herstellung von Waren	- 9,5	+ 3,9	+ 13,6	+ 14,9	+ 12,5	+ 12,9	+ 14,0	+ 13,1	+ 12,1	+ 13,5	+ 13,2	+ 14,5	+ 14,3
Bauwesen	- 0,3	+ 13,9	+ 4,3	+ 11,7	+ 3,2	+ 1,7	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,1	- 1,3
Private Dienstleistungen	- 73,6	+ 48,7	+ 75,7	+135,3	+ 75,2	+ 45,7	+ 46,5	+ 51,0	+ 44,9	+ 41,1	+ 40,1	+ 51,2	+ 48,4
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,1	+ 23,1	+ 15,4	+ 21,9	+ 13,2	+ 11,9	+ 14,7	+ 10,6	+ 11,6	+ 13,6	+ 13,7	+ 14,1	+ 16,2
Arbeitslose	+108,3	- 77,9	- 68,6	-129,6	- 79,9	- 38,8	- 26,2	- 47,2	- 37,3	- 31,8	- 20,2	- 31,8	- 26,6
Männer	+ 57,3	- 43,1	- 35,5	- 66,5	- 45,9	- 18,6	- 10,9	- 23,0	- 18,1	- 14,7	- 8,5	- 13,3	- 10,7
Frauen	+ 51,0	- 34,8	- 33,2	- 63,1	- 34,1	- 20,2	- 15,4	- 24,2	- 19,1	- 17,1	- 11,7	- 18,5	- 15,9
Personen in Schulung	- 4,9	+ 13,2	- 0,8	+ 1,4	- 3,0	- 0,4	- 1,3	- 0,1	- 0,6	- 0,5	- 1,7	- 1,2	- 0,9
Offene Stellen	- 14,3	+ 32,3	+ 30,4	+ 51,5	+ 40,1	+ 19,8	+ 10,2	+ 24,9	+ 19,6	+ 14,9	+ 10,6	+ 12,4	+ 7,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	9,9	8,0	6,3	7,2	5,8	5,7	6,5	5,6	5,9	5,7	6,0	6,1	7,4
Männer	10,1	8,1	6,5	7,9	5,5	5,6	6,9	5,5	5,7	5,6	5,9	6,2	8,6
Frauen	9,7	7,9	6,1	6,4	6,1	5,9	6,0	5,7	6,2	5,7	6,0	6,1	6,0
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	11,2	9,6	7,8	8,8	7,4	7,1	8,0	7,0	7,2	7,2	7,5	7,7	8,8
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,6	9,1	9,7	8,9	9,3	10,5	10,2	10,0	10,6	10,8	10,3	10,1	10,2
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	28,5	39,7	34,0	35,3	37,9	34,5	28,8	35,8	34,1	33,6	31,4	29,6	26,0
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	6,5	3,5	2,1	2,5	1,8	1,8	2,4	1,7	1,9	1,8	2,0	2,3	2,8

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,5	+ 7,9	+ 9,9	+ 11,1	+ 9,4	+ 9,3	+ 11,0	+ 11,6	+ 11,2	+ 10,5
Verbraucherpreisindex	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 5,8	+ 7,9	+ 9,8	+ 10,6	+ 9,4	+ 9,3	+ 10,6	+ 11,0	+ 10,6	+ 10,2
Ohne Saisonwaren	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,5	+ 5,8	+ 7,8	+ 9,8	+ 10,6	+ 9,3	+ 9,2	+ 10,7	+ 11,0	+ 10,6	+ 10,2
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,3	+ 0,8	+ 10,7	+ 5,0	+ 9,6	+ 13,1	+ 15,2	+ 12,2	+ 13,1	+ 13,9	+ 14,4	+ 15,2	+ 16,1
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,8
Bekleidung und Schuhe	- 0,1	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 4,5	+ 0,1	+ 1,0	- 0,7	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,2
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,4	+ 3,6	+ 12,6	+ 7,6	+ 9,7	+ 15,4	+ 17,7	+ 12,5	+ 13,9	+ 19,8	+ 19,2	+ 18,2	+ 15,6
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,9	+ 1,8	+ 7,6	+ 4,3	+ 6,3	+ 8,4	+ 11,6	+ 7,8	+ 8,6	+ 8,7	+ 11,8	+ 11,3	+ 11,7
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6
Verkehr	- 1,7	+ 6,6	+ 16,2	+ 12,6	+ 19,7	+ 18,7	+ 13,9	+ 21,8	+ 16,8	+ 17,5	+ 16,6	+ 14,4	+ 10,8
Nachrichtenübermittlung	- 3,0	- 2,9	- 0,7	+ 1,3	- 0,1	- 1,4	- 2,5	- 1,1	- 1,4	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 3,1
Freizeit und Kultur	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,7
Erziehung und Unterricht	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,8
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,3	+ 8,9	+ 6,6	+ 7,4	+ 9,9	+ 11,7	+ 9,3	+ 9,9	+ 10,6	+ 11,0	+ 11,4	+ 12,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 4,9	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,8	+ 5,2
Großhandelspreisindex	- 4,1	+ 10,4	+ 20,9	+ 19,2	+ 25,9	+ 21,6	+ 17,3	+ 22,8	+ 21,3	+ 20,6	+ 21,2	+ 16,5	+ 14,4
Ohne Saisonprodukte	- 4,3	+ 10,5	+ 21,1	+ 19,4	+ 26,1	+ 21,8	+ 17,4	+ 23,0	+ 21,5	+ 20,8	+ 21,3	+ 16,5	+ 14,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,6
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,4	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,1
Angestellte	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,4
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2019	2020	2021	2021 IV. Qu.	2022			2022					
					I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,4	- 0,2	+ 4,8	+ 6,7	+ 9,9	+ 8,7	+ 6,2						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 0,5	+ 4,0										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,2						
Netto	+ 3,0	+ 3,0	+ 1,7										
Netto, real ²⁾	+ 1,4	+ 1,6	- 1,1										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,1	- 1,1	+ 4,1	+ 3,6	+ 6,9	+ 6,2	+ 6,0	+ 7,1	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,7	+ 6,3	+ 5,9
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,5	+ 0,2	+ 3,5	+ 1,8	+ 4,8	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,3	+ 3,7
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,8	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,5	+ 7,9	+ 1,6	+ 4,0	+ 6,4	+ 2,7	+ 4,4
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 8,4	+ 4,6	+ 6,8	+ 5,5	+ 8,7	+ 7,3	+ 6,1	+ 5,1	+ 9,0	+ 7,7	+ 3,7	+ 8,8	+ 5,8
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,4	+ 2,8	+ 6,7	+ 5,7	+ 2,0	+ 7,1	+ 4,2
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,4	+ 4,8	+ 5,2	+ 4,8	+ 5,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut ESVG 2010. – 2) Referenzjahr 2015. – 3) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). – 4) Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	2.450	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	2.078	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277	1.321
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	1.089	878	892	917	945	986	1.021
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	864	877	893	904	930	954	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	359	360	362	364	368	372	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	185	188	193	196	202	208	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455
Landwirtschaft ²⁾	174	171	170	168	166	164	795	811	835	863	912	945
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	96	97	102	111	121	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	53	54	56	58	62	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	43	44	47	52	60	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	18	19	20	22	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	11	12	12	13	16	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	2.467	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264	1.308
Direktpensionen	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.977	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394	1.440
Invaliditätspensionen ¹⁾	165	159	153	147	142	133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230	1.255
Alle Alterspensionen ²⁾	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.844	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407	1.454
Normale Alterspensionen	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.759	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367	1.410
Vorzeitige Alterspensionen	88	79	74	75	83	85	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250	2.364
Bei langer Versicherungsdauer	3	2	2	2	2	2	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462	2.515
Korridorpensionen	17	18	20	21	23	24	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995	2.047
Für Langzeitversicherte ³⁾	53	18	20	21	25	26	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685	2.875
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	9	11	14	18	21	24	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221	2.291
Witwen- bzw. Witwerpensionen	455	452	449	447	444	443	738	747	742	762	787	808
Waisenspensionen	48	47	47	47	47	47	368	373	382	393	407	422
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	143	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422	1.429
Direktpensionen	84	86	91	101	113	108	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620	1.654
Invaliditätspensionen ¹⁾	19	17	16	17	17	13	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197	1.256
Alle Alterspensionen ²⁾	65	69	75	84	96	95	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696	1.710
Normale Alterspensionen	37	42	46	56	62	65	984	1.035	1.098	1.232	1.327	1.386
Vorzeitige Alterspensionen	28	27	29	28	34	30	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371	2.417
Bei langer Versicherungsdauer	3	1	0	0	0	1	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463	2.542
Korridorpensionen	7	8	9	9	10	10	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951	2.015
Für Langzeitversicherte ³⁾	12	11	11	9	15	11	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801	2.880
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	3	4	5	6	6	1	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270	2.354
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26	26	26	26	27	30	725	732	745	769	801	800
Waisenspensionen	5	5	5	5	5	5	297	300	286	305	320	326

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	61,9	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5	59,9
Invaliditätspensionen	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	55,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4	51,6
Alle Alterspensionen	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	63,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6	60,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	5.787,8	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4	15,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	1.563,1	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2	37,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	1.654,2	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6	84,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2019	2020	2021	2021		2022				2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,9	- 35,9	- 18,7	+182,0	+1.222,5	+ 135,2	+ 4,7	+ 61,1	+ 15,3	- 0,2	- 0,6	+ 4,1	+ 49,5
Wien	+ 6,8	- 73,9	+ 8,9	+333,4	+ 557,1	+ 496,3	+ 75,1	+ 256,5	+ 135,1	+ 56,2	+ 53,4	+ 41,5	+111,8
Niederösterreich	+ 3,5	- 40,5	+ 9,4	+ 46,2	+ 85,3	+ 70,1	+ 3,6	+ 33,3	+ 6,9	+ 1,1	+ 3,1	+ 5,0	+ 35,7
Burgenland	+ 3,1	- 27,3	+ 9,6	+ 68,2	+ 241,9	+ 58,1	- 15,4	+ 2,0	- 13,4	- 15,3	- 18,3	- 10,6	+ 29,9
Steiermark	+ 1,7	- 24,6	- 10,6	+ 79,2	+ 618,2	+ 71,9	- 3,2	+ 20,5	+ 4,3	- 6,4	- 7,8	- 2,8	+ 38,3
Kärnten	+ 0,2	- 17,0	- 7,8	+ 71,3	+ 539,0	+ 66,9	- 3,2	+ 38,9	+ 2,5	- 4,9	- 9,7	- 4,4	+ 21,1
Oberösterreich	+ 4,6	- 36,4	+ 5,2	+ 70,7	+ 186,2	+ 81,0	+ 5,5	+ 34,0	+ 12,5	+ 3,6	- 0,8	+ 0,9	+ 45,0
Salzburg	+ 1,6	- 32,3	- 31,1	+206,9	+2.752,2	+ 157,8	+ 5,8	+ 74,9	+ 20,3	- 0,8	- 2,1	+ 1,9	+ 54,4
Tirol	+ 0,5	- 33,5	- 28,9	+435,5	+4.659,1	+ 179,1	+ 2,5	+ 74,3	+ 13,9	- 1,8	- 4,5	- 1,9	+ 30,6
Vorarlberg	+ 0,5	- 30,5	- 28,4	+311,3	+4.084,1	+ 160,2	- 1,8	+ 73,7	+ 8,7	- 6,7	- 5,8	- 0,6	+ 29,0

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2019	2020	2021	2021		2022				2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,0	- 8,8	+18,3	+17,3	+19,2	+18,7	+13,6	+11,8	+29,2	+15,9	+ 9,1	+15,5	+16,4
Wien	- 3,0	+ 8,4	+18,0	+21,4	+ 5,2	+ 2,9	+ 7,6	- 5,8	+17,6	- 1,6	- 2,0	+10,4	+14,2
Niederösterreich	- 1,5	-13,8	+20,8	+27,5	+30,7	+24,4	+11,7	+22,4	+36,0	+15,7	+ 8,3	+16,4	+10,8
Burgenland	- 0,8	-11,7	+10,0	+ 4,5	+12,0	+13,8	+21,1	+ 1,2	+21,9	+18,9	+11,3	+26,5	+26,1
Steiermark	+ 4,1	-12,9	+16,8	+12,8	+ 9,8	+19,9	+10,8	+11,9	+30,2	+18,4	+11,1	+ 6,5	+14,4
Kärnten	- 1,7	- 4,8	+22,3	+21,3	+24,3	+25,3	+19,0	+13,3	+34,1	+28,3	+14,4	+25,0	+17,9
Oberösterreich	+ 1,1	- 9,2	+18,0	+13,8	+20,9	+20,3	+17,6	+ 9,9	+31,4	+20,2	+11,5	+18,5	+22,8
Salzburg	+ 3,7	- 5,8	+18,1	+20,6	+29,2	+20,5	+17,7	+18,5	+26,9	+16,4	+13,9	+22,7	+17,2
Tirol	+ 1,9	- 6,7	+16,5	+11,5	+17,1	+12,7	+ 7,1	+ 7,5	+23,7	+ 7,7	+ 0,8	+ 8,2	+12,6
Vorarlberg	+ 4,4	- 7,9	+17,9	+16,8	+16,0	+12,9	+12,3	+13,8	+17,8	+ 7,6	+ 7,3	+18,0	+12,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2019	2020	2021	2021		2022				2022			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 7,3	- 1,7	+16,7	+12,5	+13,1	+11,1	+ 6,8	+ 6,7	+19,8	+ 7,2	+ 4,8	+ 7,9	+ 7,8
Wien	+ 8,4	- 6,2	+16,3	+13,2	+16,7	+ 5,4	+ 1,9	+ 5,1	+16,6	- 4,6	+ 1,0	- 0,9	+ 5,3
Niederösterreich	+ 8,2	+ 0,1	+15,6	+ 9,3	+18,0	+13,0	+ 9,2	+ 9,7	+18,7	+10,6	+ 9,5	+ 1,9	+16,5
Burgenland	+16,3	- 0,7	+11,5	+11,4	+33,7	+13,9	+ 3,5	+ 9,5	+16,1	+15,8	+ 2,9	+ 8,1	+ 0,5
Steiermark	+ 7,3	- 0,4	+16,8	+12,5	+10,5	+11,2	+ 8,9	- 0,1	+23,0	+11,2	+ 5,1	+13,6	+ 8,3
Kärnten	+ 6,0	- 4,5	+13,5	+ 6,7	+ 2,2	+15,4	+11,3	+15,3	+16,9	+14,2	+ 5,9	+10,1	+17,9
Oberösterreich	+ 4,8	- 2,9	+21,8	+20,0	+10,9	+ 9,8	+ 6,2	+ 3,2	+22,5	+ 4,2	+ 2,5	+ 9,7	+ 6,8
Salzburg	+ 5,8	+ 3,7	+14,3	+ 3,6	+ 9,1	+14,7	+13,4	+10,5	+23,0	+11,0	+ 8,6	+20,5	+11,6
Tirol	+12,3	- 0,8	+12,7	+11,4	+ 4,6	+12,9	+ 5,2	+11,0	+16,7	+11,1	+ 5,8	+12,3	- 1,2
Vorarlberg	+ 0,1	+ 5,6	+19,2	+13,5	+20,9	+16,0	+ 3,8	+13,5	+21,5	+13,3	+ 3,2	+ 9,3	+ 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2022: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Österreich	3.644	3.734	3.845	3.788	3.840	3.897	3.853	3.903	3.894	3.894	3.872	3.866	3.822
Wien	831	858	887	873	888	893	896	890	890	898	901	903	885
Niederösterreich	611	625	638	624	642	647	640	646	646	649	647	645	626
Burgenland	103	107	110	106	111	113	109	113	112	112	112	110	106
Steiermark	510	523	536	526	537	544	536	543	544	546	542	540	525
Kärnten	206	212	218	210	220	226	215	229	226	222	219	216	210
Oberösterreich	651	666	681	669	682	689	683	690	688	690	690	689	671
Salzburg	248	252	263	263	259	267	263	270	267	263	259	259	269
Tirol	322	327	344	346	336	349	343	353	351	345	335	336	357
Vorarlberg	161	164	168	170	166	169	168	170	169	168	167	167	171
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 76,1	+ 90,4	+110,2	+184,7	+105,9	+ 72,9	+ 77,3	+ 76,6	+ 71,8	+ 70,3	+ 70,0	+ 82,4	+ 79,5
Wien	- 20,5	+ 26,9	+ 29,2	+ 37,1	+ 30,9	+ 23,7	+ 25,2	+ 23,4	+ 23,5	+ 24,2	+ 24,7	+ 26,0	+ 24,9
Niederösterreich	- 3,9	+ 14,2	+ 13,1	+ 18,1	+ 14,4	+ 9,6	+ 10,2	+ 9,3	+ 9,5	+ 10,1	+ 10,1	+ 10,8	+ 9,7
Burgenland	- 0,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,2
Steiermark	- 10,0	+ 12,8	+ 12,7	+ 20,1	+ 13,0	+ 8,9	+ 8,7	+ 8,9	+ 9,8	+ 8,1	+ 8,6	+ 9,2	+ 8,3
Kärnten	- 5,9	+ 6,5	+ 5,6	+ 10,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,6
Oberösterreich	- 8,9	+ 15,0	+ 14,7	+ 21,3	+ 15,5	+ 10,7	+ 11,2	+ 11,6	+ 9,7	+ 10,8	+ 11,2	+ 11,9	+ 10,5
Salzburg	- 8,4	+ 4,1	+ 10,7	+ 23,7	+ 8,0	+ 5,4	+ 5,8	+ 6,6	+ 5,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 6,6	+ 6,9
Tirol	- 14,4	+ 5,1	+ 16,6	+ 39,8	+ 11,4	+ 6,9	+ 8,2	+ 8,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 4,4	+ 9,3	+ 10,8
Vorarlberg	- 3,2	+ 2,4	+ 4,5	+ 10,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Österreich	410	332	263	299	240	241	272	235	249	237	249	258	310
Wien	150	127	105	115	99	100	105	97	103	99	100	100	116
Niederösterreich	65	52	41	49	37	37	41	37	39	36	36	37	49
Burgenland	11	9	7	9	6	7	8	7	7	6	7	7	10
Steiermark	48	37	30	36	26	27	31	27	28	26	27	28	39
Kärnten	27	21	17	21	14	14	19	14	14	14	16	17	23
Oberösterreich	47	36	29	33	25	27	30	27	29	26	26	26	37
Salzburg	20	15	10	11	10	9	12	8	9	9	11	12	12
Tirol	29	23	15	16	15	11	17	10	11	12	18	19	15
Vorarlberg	14	12	9	9	9	9	10	8	9	9	9	10	9
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 108,3	- 77,9	- 68,6	- 129,6	- 79,9	- 38,8	- 26,2	- 47,2	- 37,3	- 31,8	- 20,2	- 31,8	- 26,6
Wien	+ 34,8	- 23,0	- 21,8	- 32,8	- 28,3	- 16,3	- 9,9	- 19,8	- 15,2	- 13,9	- 8,8	- 10,3	- 10,6
Niederösterreich	+ 14,2	- 13,0	- 11,0	- 17,6	- 12,8	- 7,4	- 6,1	- 8,4	- 7,3	- 6,3	- 5,6	- 6,5	- 6,3
Burgenland	+ 2,5	- 1,9	- 1,6	- 2,9	- 1,9	- 0,9	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 0,5	- 0,8	- 0,6
Steiermark	+ 13,9	- 10,7	- 7,1	- 13,8	- 8,0	- 3,9	- 2,5	- 4,5	- 3,7	- 3,4	- 2,0	- 3,0	- 2,6
Kärnten	+ 6,0	- 5,8	- 4,0	- 8,5	- 4,5	- 1,3	- 1,5	- 1,8	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 2,3	- 1,4
Oberösterreich	+ 12,5	- 10,6	- 7,2	- 14,0	- 8,4	- 4,0	- 2,5	- 4,8	- 3,8	- 3,4	- 2,0	- 3,5	- 2,0
Salzburg	+ 7,4	- 5,0	- 4,9	- 12,4	- 4,9	- 1,5	- 0,8	- 2,1	- 1,5	- 0,8	- 0,2	- 1,5	- 0,7
Tirol	+ 12,6	- 5,8	- 8,4	- 21,7	- 8,0	- 2,3	- 1,6	- 3,1	- 2,3	- 1,4	- 0,2	- 3,1	- 1,6
Vorarlberg	+ 4,4	- 2,2	- 2,6	- 5,8	- 3,0	- 1,2	- 0,6	- 1,5	- 1,4	- 0,8	- 0,3	- 0,8	- 0,7

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2020	2021	2022	2022				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	9,9	8,0	6,3	7,2	5,8	5,7	6,5	5,6	5,9	5,7	6,0	6,1	7,4
Wien	15,1	12,7	10,5	11,5	10,0	10,0	10,4	9,8	10,3	9,9	9,9	9,9	11,5
Niederösterreich	9,4	7,5	5,9	7,2	5,3	5,4	5,9	5,3	5,6	5,2	5,2	5,4	7,1
Burgenland	9,4	7,7	6,3	7,8	5,4	5,5	6,5	5,5	5,7	5,3	5,4	5,9	8,1
Steiermark	8,4	6,5	5,2	6,2	4,6	4,7	5,5	4,7	4,9	4,5	4,7	4,9	6,8
Kärnten	11,3	8,8	7,1	9,1	5,9	5,7	7,8	5,6	5,9	5,7	6,6	7,3	9,6
Oberösterreich	6,5	5,0	4,0	4,6	3,4	3,7	4,1	3,7	3,9	3,5	3,5	3,6	5,1
Salzburg	7,3	5,6	3,7	4,0	3,5	3,0	4,2	2,9	3,1	3,2	4,0	4,4	4,1
Tirol	8,1	6,5	4,0	4,3	4,1	3,0	4,8	2,7	3,0	3,3	4,9	5,3	4,0
Vorarlberg	7,7	6,5	5,0	5,0	4,8	4,8	5,3	4,6	4,9	4,9	5,3	5,4	5,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,8	48,6	56,7	56,0
Staatseinnahmenquote	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	48,7	50,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,2	42,6	43,7
Indikator 2	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,7	42,1	43,3
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,0	- 5,9
Bund	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,2	- 5,4
Länder	0,1	0,2	- 0,5	- 0,5
Gemeinden	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,1
Wien	0,0	0,0	- 0,2	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,0	0,0
Struktureller Budgetsaldo laut Europäischer Kommission ¹⁾	- 3,8	- 3,2	- 2,6	- 1,9	- 1,1	- 0,7	- 0,1	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 5,0	- 4,9
Primärsaldo	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 6,7	- 4,8
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	82,9	82,3
Bund	.	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,9	71,7	71,1
Länder	5,6	5,3	5,9	6,0
Gemeinden	2,3	2,3	2,6	2,5
Wien	1,9	1,9	2,2	2,4
Sozialversicherungsträger	.	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

3/2022 Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung • Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag • Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22. Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit • Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie • Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug • Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

4/2022 Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026 • COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021 • Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert

5/2022 Wirtschaftliche Unsicherheit weiterhin hoch • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich trotz erhöhter Unsicherheit. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2022 • Österreichischer Arbeitsmarkt seit Frühjahr 2021 auf Erholungskurs • Industriekonjunktur trotz Lieferengpässen und kräftigem Preisauftrieb. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2021

6/2022 Konjunkturaufschwung verlangsamt sich • Unternehmensinvestitionen wachsen 2022 nur gedämpft. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2022 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, Breitbandinfrastruktur und die Rolle der Open-Access-Netze • Schwächerer Aufschwung in tourismusintensiven Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2021

7/2022 Wirtschaftliche Erholung verliert an Schwung. Prognose für 2022 und 2023 • Ukraine-Krieg bremst Erholung Mittel-, Ost- und Südosteuropas von der COVID-19-Krise • Qualifizierung als Mittel zur Hebung der Beschäftigungsquote • Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2022

8/2022 Konjunkturindikatoren gehen zurück • Konjunkturerwartungen verschlechtern sich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2022 • Kräftige Erholung der Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2022

9/2022 Kräftiger Aufschwung im 1. Halbjahr 2022 • Schadenversicherungen deckten 2021 hohe Schäden aus Naturkatastrophen • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft in einem neuen agrarpolitischen Umfeld • Landwirtschaft und Ernährungssicherheit im Kontext des Klimawandels

10/2022 Stagflation in Österreich. Prognose für 2022 und 2023 • Energiepreisschock trübt auch mittelfristig die Wirtschaftsaussichten. Mittelfristige Prognose 2023 bis 2027 • Verbesserung der Lohnstückkostenposition im Jahr 2021 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

11/2022 Österreichs Wirtschaft im Sog des internationalen Konjunkturabschwungs • Abschwung setzt sich fort. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2022 • Teuerung und geopolitische Unsicherheit belasten Tourismus • Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zur Abfederung hoher Energiekosten • Welcher Kurs wirkt für wen? Effektivität der Qualifizierungsförderungen des Arbeitsmarktservice Österreich

12/2022 Konjunktur trotz schlechter Stimmung • Budgetvoranschlag zwischen COVID-19- und Anti-Teuerungsmaßnahmen. Bundesvoranschlag 2023 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2023 bis 2026 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2022 • Privatkonkurse in Österreich. Institutionen, Entwicklung und Charakteristika seit 1995

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand**Dr. Hannes Androsch**

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Ranja Reda Kouba, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Tobias Schweitzer, Hermann Schultes, Andreas Stangl, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Alexander Loidl, MSc, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Corina van Dyck, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Johannes Stattmann, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

